



Plenarprotokoll

13. Sitzung

Freitag, 26. Februar 2010

Für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung..	932	Beschluss: Ablehnung in namentlicher Abstimmung.....	943
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/259 (neu)		Reform der EU-Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung.....	943
Bernd Heinemann [SPD].....	932	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/276	
Ursula Sassen [CDU].....	935	Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).....	943
Anita Klahn [FDP].....	936	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/331	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	937		
Antje Jansen [DIE LINKE].....	938		
Flemming Meyer [SSW].....	939		
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	940		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	942		

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	943, 951	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	953
Heiner Rickers [CDU].....	945	Flemming Meyer [SSW].....	954
Lothar Hay [SPD].....	946	Wolfgang Baasch [SPD].....	955
Carsten-Peter Brodersen [FPD].....	947	Werner Kalinka [CDU].....	956, 961
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	948	Anita Klahn [FDP].....	957
Flemming Meyer [SSW].....	948	Antje Jansen [DIE LINKE].....	958
Dr. Michael von Abercron [CDU].	950	Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	959
Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	950	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/230	
Beschluss: Überweisung der Anträge an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss...	952	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/267	
Gemeinsame Beratung		3. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/22	
a) Unverzügliche Neuordnung der Trägerschaft im SGB II.....	952	4. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/37	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/22		5. Annahme des Antrags Drucksache 17/264 (neu)	
b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten.....	952	6. Annahme des Entschließungsantrags in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/203.....	961
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/37		Sicherung des Landestheaters Schleswig-Holstein.....	962
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 17/203		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 17/280	
c) Optionskommunen erhalten.....	953	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/304	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/230		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/330	
d) Optionskommunen schaffen und erhalten.....	953	Hans Müller [SPD].....	962
Antrag der Fraktionen von SSW, CDU und FDP Drucksache 17/264 (neu)		Wilfried Wengler [CDU].....	963
e) Grundgesetzänderung notwendig - Zukunft der ARGEn sichern.....	953	Kirstin Funke [FDP].....	964
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/267		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	965
Christopher Vogt [FDP], Berichterstatter.....	953	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	967
		Silke Hinrichsen [SSW].....	968
		Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	969
		Lars Harms [SSW].....	970
		Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	971

Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/304 von den Antragstellern zu- rückgezogen	Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	988
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/280	Hans-Jörn Arp [CDU].....	989
3. Annahme des Antrags Drucksache 17/330.....	Regina Poersch [SPD].....	991
	Christopher Vogt [FDP].....	992
	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	993
	Antje Jansen [DIE LINKE].....	995
	Lars Harms [SSW].....	995
Bericht zur politischen Bildung 2009		973
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/70	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landes- regierung erledigt.....	996
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....		973
Marion Herdan [CDU].....	Europäische Beschäftigungsinitiati- ve - Chancen für Schleswig-Hol- stein	974
Hans Müller [SPD].....		975
Kirstin Funke [FDP].....	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/182	976
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/307	976
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Europa- ausschuss.....	978
Lars Harms [SSW].....		979
Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss zur abschließen- den Beratung.....		980
UNESCO-Weltnaturerbe Watten- meer	Tätigkeitsbericht des Petitionsaus- schusses in der Zeit vom 1. Okto- ber 2009 bis 31. Dezember 2009	980
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/228	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 17/249	997
Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	Katja Rathje-Hoffmann [CDU], Berichterstatteerin.....	980
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 17/249 und Be- stätigung der Erledigung der Peti- tionen.....	981
Karsten Jasper [CDU].....		982
Regina Poersch [SPD].....		983, 988
Oliver Kumbartzky [FDP].....		985
Björn Thoroe [DIE LINKE].....		986
Lars Harms [SSW].....		987
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landes- regierung erledigt.....	Verbesserung der Standortbedin- gungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein	988
Entwicklungsperspektive des Flug- hafens Lübeck-Blankensee	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/271 (neu)	988
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/238	Beschluss: Annahme.....	998

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 28. Januar 2010 über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. September 2009.....	998
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 17/295	
Beschluss: Annahme.....	998
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....	998
Drucksache 17/290	
Beschluss: Annahme.....	999

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:06 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle herzlich. Vorab möchte ich mitteilen, dass Herr Abgeordneter Dr. Robert Habeck von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk von der Fraktion des SSW ab 11 Uhr für die heutige Sitzung beurlaubt sind.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, möchte ich mit Ihnen gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Domschule aus Schleswig auf der Tribüne begrüßen. - Seid herzlich willkommen hier in Kiel im Landeshaus! Es freut uns, dass ihr Interesse an unserer Arbeit habt.

(Beifall)

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 29 auf:

Für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/259 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion.

Bernd Heinemann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Knaller mancher Rede heute Morgen wird sicherlich sein, dass niemand gegen die solidarische Krankenversicherung ist und daher unser Antrag natürlich völlig überflüssig ist. Aber hören Sie jetzt einmal genau zu!

(Zurufe: Oh, oh!)

„Ein Gesundheitssystem, in dem die Lasten solidarisch verteilt sind, gehört zu meinem Markenkern. Das steht nicht zur Disposition.“ Das sagte Horst Seehofer der „Welt am Sonntag“ schon im November des vergangenen Jahres. Und der neue Kanzleramtsminister, Ronald Pofalla, ist fest davon überzeugt, dass der **Gesundheitsfonds** bleibt, weil es der richtige Weg ist. So jedenfalls berichtete er kürzlich in der „Münchner Abendzeitung“.

(Bernd Heinemann)

Der Schutz der Menschenwürde ist im Gesundheitswesen das Entscheidende. Und weiter: Der Schutz der menschlichen Würde ist nicht möglich ohne andere Menschen. Der Mensch ist ein Sozialwesen. Das gelte selbst für den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Aber ich will Heiner Geißler hier lieber nicht weiter zitieren, sonst wird mein Beitrag womöglich noch als allzu linkslastig eingestuft.

Deutlicher sagte es auch noch Norbert Blüm in seinem Kommentar zu den Koalitionsvereinbarungen zum Gesundheitswesen von Schwarz-Gelb. „Die Sozialpartnerschaft wird langsam aber stetig plattgemacht.“ So sorgte er sich vernehmlich und klar im „Tagesspiegel“. Und „Im Focus“ von vorgestern bringt es die CSU nun endgültig auf den Punkt. CSU-Gesundheitsminister Markus Söder, dessen schwarz-gelbe Bayern-Regierung einer Prämie im Bundesrat zustimmen müsste, meinte in der „Berliner Zeitung“, die Prämie sei kein deutschlandtaugliches Modell.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Regierungskommission** werde zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die **Kopfpauschale** weder finanzierbar noch umsetzbar ist. Eine Pauschale sei nur eine fixe Idee und habe keine Chance auf eine Realisierung. Um dies festzustellen, seien keine monatelangen Beratungen in der Regierungskommission nötig.

Genauso sehen wir das auch - genauso!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Und wir begrüßen, dass der **DGB** in dieser Woche kurzerhand selbst eine mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestückte **Gesundheitskommission** gebildet hat. Das ist richtig. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Dialog. Es geht um unser aller Gesundheit.

Gesundheit ist wichtig und sie ist ein kostspieliges Gut. Unser Antrag für den **Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung** soll dazu beitragen, dass das Prinzip des Sozialstaates - ausgerichtet auf Verantwortlichkeit und Solidarität - die Lasten einer biografisch veränderten Gesellschaft auch und gerade in Zukunft tragen kann. Dafür gibt es allerdings einige wichtige Voraussetzungen.

Zukünftig sollen sich **Arbeitgeber** wieder paritätisch an der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung **beteiligen**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist allein schon deshalb gesellschaftspolitisch unverzichtbar, weil die Arbeitgeberseite ein dringliches Interesse daran hat, die Ausgabenseite der gesetzlichen Krankenversicherung mit in den Blick zu nehmen und an der Seite der Arbeitnehmer überzogene Forderungen einzelner Gruppen von Leistungserbringern im Gesundheitswesen abzuwehren. Es kann für unseren Sozialstaat und unsere soziale Marktwirtschaft nur einen **solidarischen Weg** zum solidarischen Frieden geben. Für mehr als 70 Millionen gesetzlich Versicherte muss es möglich sein, würdig und mit erhobenem Haupt - mit breiter Unterstützung der Allgemeinheit - gesundheitliche Risiken und Krisen zu überwinden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es muss verhindert werden, dass eine sogenannte Kopfprämie für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie mit Kindern in Ausbildung womöglich 1.000 € monatlich betragen kann. Damit würde diese Familie zu Bittstellern, um diesen Betrag überhaupt bezahlen zu können.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Ellen Streitbürger [DIE LINKE] und Flemming Meyer [SSW])

Wir müssen auch der Gefahr begegnen, dass das System der Leistungen auf der Höhe des **medizinischen Fortschritts** zukünftig nur noch über **Zusatzversicherungen** sichergestellt werden kann. Denn dann wird aus der schon vorhandenen Zwei-Klassen-Medizin schnell eine Drei-Klassen-Medizin. Entsolidarisierung bedeutet soziale Spaltung und die gefährdet den sozialen Frieden. Unsere hochproduktive Gesellschaft kann sich hier keine Nachlässigkeit erlauben. Sie würde uns alle treffen.

Was wir sicherlich alle nicht wollen - das unterstelle ich jetzt einfach mal -, ist jede Art von Herabwürdigung auch und gerade der Schwächeren. Überall in der Welt werden wir um unser Gesundheitssystem beneidet. Präsident Barack Obama und nicht nur die Demokraten in den USA ringen um einen Einstieg in die solidarische Krankenversicherung, nachdem das private System für die breite Masse keine Lösung ermöglicht hat. Das, was wir hier diskutieren, versteht da drüben kein Mensch.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Bernd Heinemann)

Konkret bedeutet die **Einheitspauschale**: Die alleinerziehende Pförtnerin an der Toreinfahrt zahlt das Gleiche wie der Vorstandsvorsitzende im 13. Stock. Der Unterschied ist beim Nachrechnen der Steuerentlastung für die obere Etage und an dem Bittsteller-Entlastungsantrag zu erkennen, den Millionen anderer Versicherter bei der zu schaffenden Sozialausgleichsbehörde stellen müssen. Das „Handelsblatt“ rechnet nach einer Studie mit 20 bis 30 Millionen Anträgen auf Gewährung eines **sozialen Ausgleichs** mit Kosten von circa 22 Milliarden €. Der Bundesfinanzminister rechnet sogar mit bis zu 35 Milliarden €. Das sind circa 27 Milliarden € mehr, als heute an Steuerzuschüssen gezahlt werden.

Dem Ansturm der kollektiven Bittsteller folgen dann entweder **Steuererhöhungen** für die Masse, also Mehrwertsteuererhöhungen oder Lohnsteueranhebungen. Das will keiner. Innenminister Schäuble hat für diesen Fall einen Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 73 % im besten Fall errechnet, der bei einem Einkommen von rund 121.000 € jährlich greifen würde. Heute liegt der Spitzensteuersatz bei 42 %. Eine solche Lösung kann noch nicht einmal im Interesse der FDP sein, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihnen müsste das aber gefallen!)

- Ich kenne Ihr Einkommen nicht.

Schon beim Gedanken an ein bürokratisches Riesenmonster mit diesen Kostendimensionen und den bei den Kassen einzurichtenden Konten überkommt mich ein Orwellscher Schauer. Ich denke, keiner von uns möchte, dass die soziale Gerechtigkeit von einem Wahrheitsministerium überwacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Da ist mir die **Berechnung der Sozialversicherungsleistungen** an der **Quelle** nahe der bewährten und guten **Finanzverwaltung** deutlich sympathischer, schließt sie doch die Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Interessengemeinschaft für gesunde und leistungsfähige Mitarbeiter fest zusammen. Ich denke, wir wollen auch nicht, dass das kommunale Sozialamt noch etwas auf den Stapel draufgelegt bekommt. Das ist nicht in unserem Interesse. Zurzeit sind ganze 21 Mitarbeiter im Bundesversicherungsamt für die gerechte Verteilung von 170 Milliarden € für die gesetzlichen Krankenkassen verantwortlich und das ist auch gut so.

Wir wollen **Wettbewerb**, aber es soll ein Wettbewerb um die beste Versorgung und nicht um den billigsten Versicherten sein.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich will noch etwas zu den Vorstellungen bezüglich des zu erwartenden Wettbewerbs sagen. Wenn **Kassen** zukünftig mehr unterschiedliche Leistungen anbieten können, wie sie in den Satzungsleistungen beschrieben sind, dann fallen mir besonders wettbewerbliche Unterschiede durch Preissenkungen für die Abwahl von Pflichtleistungen ein. Dieser Weg wäre ein „Gesundheitsweg nach Kassenlage“ der Patientinnen und Patienten. Ist zum Beispiel der vorausseilende Verzicht auf mögliche künstliche Gelenke zukünftig die Grundlage für einen vertraglichen Rabatt? Sollen vielleicht die sozial Schwächeren genötigt werden, Rabatte für sich zu nutzen, was sie später eventuell bereuen werden, oder sollen die Satzungsleistungen umfänglich erweitert und gleichzeitig rabattiert werden? Es bleiben viele Fragen offen.

Wichtig bleibt hier einzig und allein der Grundsatz des **gesellschaftlichen Sozialfriedensvertrages**. Die starken Schultern tragen mehr als die schwachen. Die Jungen stützen die Alten und die Gesunden sorgen für die Kranken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit unserem gemeinsamen rot-grünen Antrag können wir aber noch ein weiteres Signal setzen. Es geht auch um die **Risikosolidarität** und die **interregionale Solidarität**. Das heißt, die Krankenkassen mit vielen alten beziehungsweise den teuersten Risikopatienten werden von den Krankenkassen mit den geringeren Risiken und den hohen Einnahmen entlastet. Dafür brauchen wir einen Risikostrukturausgleich.

Wir im Norden können kein Interesse daran haben, dass die Regionalisierung der Beitragseinnahmen die starken Länder weiter stärkt und die schwachen Länder weiter schwächt. Dann droht in Bayern und Baden-Württemberg wirklich eine Ärzteschwemme und die Flächenversorgung im Osten und im Norden leidet.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an den Antrag von CDU und FDP von gestern.

Um es zum Abschluss deutlich zu sagen: Nach einer aktuellen Befragung des Handelsblattes „Finance Today“, die am vergangenen Montag veröffentlicht wurde, wird die Kopfpauschale von rund

(Bernd Heinemann)

80 % der Bevölkerung abgelehnt. Wie gesagt, wir wollen hier stabile Verhältnisse. Deshalb lohnt es sich, für die solidarische Kranken- und Pflegekasse gemeinsam eine Lanze zu brechen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir diese wichtige Grundhaltung zu unserem Sozialstaat, den unser Antrag einfordert, sichtbar dokumentieren, beantrage ich im Namen aller Mitglieder der SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SPD-Antrag, unterstützt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist nicht zielführend und bestenfalls geeignet, die Diskussion um eine sogenannte **Kopfpauschale** und einen **solidarischen Ausgleich** zwischen Arm und Reich über das **Steuersystem** im Keim zu ersticken. Er lässt die alte gesundheitspolitische Debatte vor der Wahl 2005 wieder aufleben, als die SPD mit der Bürgereinkommenversicherung in Richtung Staatsmedizin drängte, was nach der Wahl von der damaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt forciert wurde und viele Baustellen hinterlassen hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine Großbaustelle ist die Finanzierung der gesetzlichen Kassen. Eine weitere Baustelle ist die Finanzierung des Leistungskatalogs. Es reicht nicht, sich hier für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung einzusetzen und dies mit Schlagworten und bereits bekannten Parolen wie der, der Bankdirektor zahle den gleichen Betrag wie eine Busfahrerin, zu untermauern. Solidarität bedeutet mehr.

Solidarität ist eine Herausforderung für alle gesundheitspolitischen Akteure, die Wahrheit zu sagen. Wir dürfen den Menschen nicht weiter vorgaukeln, dass alle gleichermaßen alle verfügbaren medizinischen Leistungen in jeder Form in Anspruch nehmen werden. Solidarität heißt für mich nicht, an der jetzigen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung um jeden Preis festzuhalten und keine anderen Denkmodelle zuzulassen, sondern auch neue

Wegen zu suchen. Es muss unser Ziel sein, unter Berücksichtigung der problematischen Ausgangslage, dass immer weniger Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen stehen und auch dank des medizinischen Fortschritts immer mehr Menschen älter werden, eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung und Pflege** gewährleisten zu können. Wer dieses Ziel vor Augen hat, muss weiter denken und nach Lösungsmöglichkeiten suchen, die über den SPD-Antrag hinausgehen.

Das bedeutet nicht, sich von der Solidarität verabschieden zu müssen. Grundsätzlich ist der Gedanke, Arbeitgeber, wie durch die Festschreibung des Arbeitgeberanteils geschehen, zu entlasten, nichts Verwerfliches, da so der Anreiz geschaffen wird, mehr Arbeitnehmer zu beschäftigen und das Beitragsaufkommen zur Sozialversicherung zu steigern. Die Finanzierung des Gesundheitssystems krankt, wie eingangs schon gesagt, daran, dass bei der **geringen Zahl der Erwerbstätigen** im Vergleich zur großen Zahl der Sozialhilfeempfänger und Rentner der Leistungsbedarf aus Sozialversicherungsbeiträgen nicht mehr ausgeglichen werden kann. Daher muss es erlaubt sein, über eine Gesundheitsfinanzierung nachzudenken, die eine möglichst weitgehende **Abkopplung** der Gesundheitskosten **von den Lohnnebenkosten** erreicht,

(Beifall bei CDU und FDP)

die niemanden überlastet und die solidarische Gerechtigkeit für Geringverdiener und Sozialschwache gewährleistet.

Es muss auch künftig einen **sozialen Ausgleich** zwischen gesunden und kranken Menschen, Beziehern höherer und niedrigerer Einkommen sowie zwischen Alleinstehenden und Familien geben. Solidarität heißt daher auch, dass die sogenannten Besserverdiener im angemessenen Rahmen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligt werden. Dabei ist die Frage, ob dies über den Versicherungsbeitrag oder aus Steuermitteln geschieht, für mich zweitrangig. Wichtig ist, dass wir alle zu einer zukunftsfähigen Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen müssen, damit für uns alle eine ausreichende medizinische Versorgung möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat ganz bewusst auf einen eigenen Antrag verzichtet. Die Begründung ist einfach: Wir wollen offen sein für die **Ergebnisse** der geplanten **Regierungskommission** zur Reform des Gesundheitswesens. Es ist niemanden damit geholfen, jetzt schon Denkverbote zu formulieren. Außerdem haben wir

(Ursula Sassen)

Vertrauen in die schwarz-gelbe Koalition im Bund. Daher bin ich zuversichtlich, dass es sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene nicht zu gesundheitspolitischen Schnellschüssen kommt, sondern eine sensible Justierung des Systems erfolgen wird, die nicht von ideologischer Sichtweise geprägt ist, sondern Wirtschaftskraft, den Sachverstand der Akteure im Gesundheitswesen, die demografische Entwicklung und die Möglichkeiten der Finanzierung aller erforderlichen medizinischen Leistungen gleichermaßen berücksichtigt.

Wir lehnen den Antrag daher ab, weil wir uns damit keine Denkverbote erteilen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anita Klahn von der FDP.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Menschen haben die Sozialdemokraten abgewählt, damit sich etwas ändert. Wir wollen, dass es langfristig einen wirksamen Krankenversicherungsschutz für alle gibt. Das gelingt nur mit einem Neuanfang im Gesundheitssystem, nicht mit stümperhaften Reparaturen oder mit dem vorliegenden rot-grünen Antrag unter dem Motto „Alles bleibt, wie es früher einmal war“, quasi zurück in die Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich den Antrag lese, frage ich mich: In welchem Jahr leben Sie eigentlich?

Das Gesundheitssystem muss fortentwickelt und nicht zurückgedreht werden. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir Konzepte für die Zukunft und holen nicht irgendwelche Rezepte aus der verstaubten Schublade, deren Haltbarkeitsdatum schon lange abgelaufen ist.

(Beifall bei der FDP)

In der Zeit, in der Sie im Bund Regierungsverantwortung getragen haben, ist die Gesundheitsversorgung teurer, aber nicht besser geworden. Wenn wir hier nichts ändern, dann haben die Menschen wieder das Gefühl, dass Krankheit und Gesundheit immer teurer wird, dass es aber nicht besser wird.

Derzeit, meine Damen und Herren, wird für die **Krankenkassen** ein prozentualer **Anteil vom Monatseinkommen** abgezogen. Von den insgesamt

14,9 Prozent tragen die Arbeitgeber sieben Prozent. Weil wir eine **Entkoppelung** der Gesundheitskosten **von den Lohnzusatzkosten** wollen, bleibt der **Arbeitgeberanteil** fest. Die Bundesregierung hat jetzt einen ersten richtigen und wichtigen Schritt gemacht. Die vom Kabinett eingesetzte **Kommission** unter Leitung von FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler soll Wege zur **Einführung eines einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeitrags** zur Krankenversicherung erarbeiten. Die FDP hält weiter an dem Plan fest, die **Finanzierung** der gesetzlichen Krankenkassen von 2011 an schrittweise auf **Pauschalbeträge** umzustellen, die jeder Versicherte unabhängig von seinem Einkommen zu zahlen hat. Für Geringverdiener soll und muss es selbstverständlich einen Sozialausgleich geben

Meine Damen und Herren, mit jedem Tag, der vergeht, ohne dass eine Umstellung auf eine nachhaltige Finanzierung erfolgt, verschärft sich das Finanzierungsproblem des Gesundheitssektors.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP will vielmehr ein grundlegendes Umsteuern in ein freiheitliches System, das Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang bringt, das Schluss macht mit einer zentral gesteuerten Staatsmedizin und der sozialen Bevormundung der Patienten und den Bürgern den notwendigen Gestaltungsspielraum für ihre Versicherungs- und ihre Therapieentscheidungen gibt.

(Beifall bei FDP und CDU)

In der Krankenversicherung muss der Weg wegführen von der Lohnbezogenheit der Beiträge und vom Umlageverfahren hin zu einem leistungsgerechten **Prämiensystem**, das über Kapitaldeckung

(Zuruf von der SPD: Aha!)

eine sichere Grundlage für eine generationengerechte Verteilung der Lasten schafft und gleichzeitig dafür sorgt, dass jeder Bürger so weit wie möglich selbst bestimmen kann, wie er sich absichern möchte.

Der **soziale Ausgleich** zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen soll nicht mehr innerhalb der Krankenversicherung stattfinden, wo er zum Teil zu Ungereimtheiten oder sogar Ungerechtigkeiten führt und jegliches Kostenbewusstsein außer Kraft setzt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weber zu?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Jürgen Weber [SPD]: Frau Kollegin, Sie tragen ja mutige Thesen vor. Darf ich Sie fragen, warum Sie sich nicht dazu haben durchringen können, mit Ihren Freunden von der Union einen entsprechenden Antrag zu stellen oder einen Änderungsantrag zu unserem Antrag oder einen Gegenantrag vorzulegen? Könnte es vielleicht sein, dass Sie sich so einig nicht sind?

- Warum sollen wir einen Antrag vorlegen, wenn dieser Antrag - sage ich jetzt mal - so blöde ist,

(Zuruf von der SPD: Oho!)

dass man ihn nur ablehnen kann?

Wenn Sie gestatten, darf ich weiter fortfahren. - Er gehört vielmehr in das Steuer- und Transfersystem, wo jeder nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Die Kosten für die **Krankenversicherung der Kinder** sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher aus **Steuermitteln** zu finanzieren. Durch Wettbewerb auf allen Ebenen - sowohl aufseiten der Versicherer als auch aufseiten derjenigen, die für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind - muss dafür gesorgt werden, dass die Bürger nicht mehr als notwendig für ihren Versicherungsschutz bezahlen müssen und dass sie ihn nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können.

Es ist ein Mythos, dass die aktuelle Finanzierung der Krankenkassen sozial gerecht ist und der Logik der Sozialversicherung entspricht. Der von uns vorgeschlagene **Sozialausgleich** ist zielgenauer und gerechter, weil er eben nicht über Krankenversicherung läuft, sondern über das Steuersystem.

Meine Damen und Herren, die von uns geplanten Reformen sind finanzierbar und unbürokratisch.

(Lachen bei der SPD)

Unser Sozialausgleich lässt niemanden zurück. Kein Bedürftiger würde durch das Kopfpauschalensystem schlechter gestellt, und die Leistungsfähigen würden an den Kosten der Finanzierung des Gesundheitswesens gerechter beteiligt werden.

Meine Damen und Herren von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der von Ihnen vorgelegte Antrag dagegen ist dermaßen rückwärtsgerichtet, dass wir ihn ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen haben die Sozialdemokraten abgewählt, weil sie etwas Vernünftiges wollen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor ich die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an das Rednerpult bitte, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Debatte bitte etwas sachlicher zu führen ist.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das gilt aber vor allem für die Rednerin!)

- Ich habe ausdrücklich um eine sachlichere Auseinandersetzung gebeten, und ich bitte alle Fraktionen, sich daran zu halten.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Ich will ein faires System für die gesetzliche Krankenversicherung.“ So wird der Bundesgesundheitsminister, Herr Rösler, in der aktuellen Ausgabe des „Deutschen Ärzteblatts“ zitiert. Das klingt wie ein Versprechen, doch leider ist es ein Versprechen, das jetzt schon gebrochen worden ist. Gesundheit ist für viele Menschen selbstverständlich. Für viele Kranke ist Gesundheit das, was sie sich am meisten wünschen. Gesundheit ist etwas Kostbares, und wir geben in Deutschland viel Geld für unser **Gesundheitswesen** aus. In diesem Jahr werden es in der gesetzlichen Krankenversicherung 170 Milliarden € sein, und das ist auch gut so. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Demografischer Wandel, Zunahme chronischer Erkrankungen und Fortschritt in der Medizin führen zu steigenden Kosten. Das Gesundheitswesen ist längst selbst zum Patienten geworden. Daher gibt es in regelmäßigen Abständen Therapieversuche, die sich „Gesundheitsreform“ nennen. Der letzte Therapieversuch ist der **Gesundheitsfonds**. Das aktuelle Symptom ist der **Zusatzbeitrag**, den ein Teil der **Krankenkassen** jetzt angekündigt hat. Unser Bundesgesundheitsminister Rösler sagt dazu, dass viele es für unfair halten, wenn alle dasselbe zahlen; die Erzieherin genauso wie der leitende Angestellte. Da hat er recht.

Gleichzeitig hält derselbe Herr Rösler verbissen am Zusatzbeitrag fest und knüpft sogar sein politisches Schicksal daran. Wie gesagt, das ist derselbe Herr

(Dr. Marret Bohn)

Rösler, der uns ein faires System versprochen hat. Eine klare Linie sieht anders aus. Um es ganz klar zu sagen: Ich fordere Herrn Rösler nicht zum Rücktritt auf. Damit ist aus meiner Sicht niemandem geholfen. Ich fordere ihn auf, sein System noch einmal zu überdenken. Es fehlen jetzt schon 3,5 Milliarden € im System. Daher rührt der aktuelle Zusatzbeitrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Es sollte hier nicht um Schuldzuweisungen gehen, die bringen uns nicht weiter. Wir brauchen eine **solide Finanzierung** des Gesundheitssystems. Die ersten Kassen haben einen **Zusatzbeitrag** in Höhe von 8 € eingeführt. Daraufhin hat das **Bundeskartellamt** ein **Prüfverfahren** eingeleitet. Weitere Kassen haben Zusatzbeiträge im Laufe dieses Jahres angekündigt. Einige wenige hoffen und werben damit, dass sie vorerst ohne Zusatzbeiträge auskommen können. Die Frage ist nur: Klappt das? - Wenn ja, wie lange?

Die **Verteuerung der Ausgaben** im Gesundheitssystem geht derzeit einseitig zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitslosen. Die **Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber** werden bei dem neuen System nicht in gleichem Maße beteiligt. Völlig unerträglich ist die **Situation für Langzeitarbeitslose**. Der gesetzliche Krankenkassenbeitrag wird von den Jobcentern gezahlt, Zusatzbeiträge nicht. Das Argument lautet: Die Betroffenen können ja ihre Krankenkasse wechseln und damit den Zusatzbeitrag sparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was passiert, wenn nach und nach alle Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben? - Wie sollen die Arbeitslosen dann verfahren? - Dann können sie nicht mehr von einer Kasse zur anderen wechseln; ganz zu schweigen von dem Verwaltungsaufwand und den Verwaltungskosten. Für uns ist klar: Zusatzbeiträge bedeuten eine weitere Entsolidarisierung des Gesundheitssystems. Genauso sieht es übrigens auch die CDU-Senioren-Union. Sie geißelt Zusatzbeiträge als einen Eingriff in den Solidaritätspakt, und ich sage Ihnen: Die Senioren-Union hat meine volle Unterstützung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum: Die Bundestagsdrucksache 17/499 beantwortet eine Kleine Anfrage meiner Kollegin Birgitt Bender. Wenn die Kopfpauschale kommt, dann fehlen 35 Milliarden € im System. Sie können sich dann entscheiden, ob Sie die Mehrwertsteuer um 4 % erhöhen wollen oder den

Spitzensteuersatz auf 73 %. Nur der Klarheit halber: Das ist nicht die Meinung meiner Kollegin, das ist die offizielle Antwort auf die Kleine Anfrage.

Haben Sie sich das gut überlegt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ist das wirklich das, was Sie wollen? - Eines muss uns auch klar sein: Jeden Euro, der im Gesundheitswesen investiert wird, müssen wir uns genau angucken. Wir müssen für mehr Transparenz und eine gerechte Verteilung im System sorgen. Daher begrüßen wir Grüne es ausdrücklich, dass mehr und mehr Krankenkassen sich auf freiwilliger Basis zusammenschließen. Wir müssen uns auch fragen, ob genügend moderne Verfahren wie das Critical Incident Reporting System - in der Drucksache als modernes Fehlerberichtssystem - in unseren Krankenhäusern in Schleswig-Holstein eingeführt worden sind, damit wir Geld einsparen und die Patientenversorgung trotzdem verbessern können. Bei all diesen Maßnahmen müssen wir jedoch realistisch bleiben. Es gibt zwei Fragen, die wir uns heute stellen müssen: Medizinischer Fortschritt für alle ja oder nein? - Solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens - ja oder nein? - Für uns Grüne kann ich beide Fragen mit einem klaren Ja beantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Antje Jansen von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Zurufe)

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Es freuen sich alle, das finde ich gut. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem vorliegenden Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zu, denn natürlich gilt es zu den Plänen der Bundesregierung ein Gegengewicht zu setzen. Insbesondere die FDP will ihre unsoziale Ideologie mit aller Macht durchsetzen; hier mit Hilfe der Kopfpauschale. Die Krankenschwester und der Müllkutscher sollen am Ende dieselben **Kassenbeiträge** zahlen wie der Chefarzt und der Außenminister. Nicht mit uns, meine Damen und Herren, das ist in der Gesellschaft nicht konsensfähig!

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings birgt der vorliegende Antrag auch Anlass zu deutlicher Kritik an den Antragstellern. Der Grund ist dieser: In Ihrer Antragsbegründung heißt es, die **paritätische Finanzierung** sei ein unver-

(Antje Jansen)

zichtbarer Bestandteil einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung. Dieser Grundsatz gilt aber schon lange nicht mehr. Durch alle möglichen Zuzahlungszwänge, die den Versicherten in den vergangenen Jahren zunehmend aufgebürdet wurden, finanzieren diese inzwischen rund zwei Drittel der Gesundheitskosten. Die **Arbeitgeber** finanzieren nur noch ein Drittel. Mit Parität hat das rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Zuzahlungszwänge waren ein wesentliches Mittel der gewaltigen Umverteilung von unten nach oben, die seit Jahren hier betrieben wurde. Ich muss leider sagen: Die rot-grüne Bundesregierung hat ganz wesentlich mit an diesen Stellschrauben gedreht, nicht zuletzt durch Einführung der **Praxisgebühr**. Nun also gehen SPD und Grüne in die Opposition zu ihrer eigenen Politik und erwarten ausgerechnet von den schwarz-gelben Regierungen in Berlin und Kiel eine Rückbesinnung. Meine Damen und Herren, ich muss leider sagen, das ist reine Träumerei. Deshalb brauchen wir mehr als diesen Antrag. Wir brauchen in den Parlamenten Konzepte darüber, wie eine solidarische, paritätische Finanzierung tatsächlich herbeizuführen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier müssen wir uns auf den Weg machen. Das **Solidarsystem** kann nur bestehen, wenn alle Berufsgruppen und alle Arten von Einkommen zu seiner Finanzierung herangezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beitragsbemessungsgrenze muss weg. Natürlich müssen auch Zins- und Kapitaleinkünfte, also die tatsächlichen leistungslosen Einkommen, mindestens zu gleichen Teilen beitragspflichtig werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon jetzt können sich Besserverdienende für geringere Beiträge eine bessere Versorgung einkaufen. Diese wird im bestehenden System durch die normalen Beitragszahler subventioniert, denn die vorhandene Infrastruktur und Qualität des Gesundheitswesens finanziert sich vornehmlich aus den Leistungen der Pflichtversicherten. Die Beiträge der Privatversicherten allein würden bei Weitem nicht reichen, um all das auch nur im Ansatz aufrechtzuerhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion, damit erzähle ich Ihnen nichts Neues. Viele Ihrer Parteifreundinnen und Parteifreunde äußern sich immer wieder

ähnlich in wohlfeilen Erklärungen und allen möglichen Talkrunden. Es wird höchste Zeit, diese Einsichten auch hier im Parlament in praktische Politik umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE im Landtag lädt Sie jedenfalls ganz herzlich dazu ein, gemeinsame Parlamentsinitiativen zur Schaffung eines echten und überlebensfähigen Solidarsystems auszuarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte gern vorweg sagen, dass ich sehr viel Verständnis für den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe, denn die Bürgerinnen und Bürger haben sich nur vermeintlich mit den immer neuen Leistungsver-schlechterungen beziehungsweise einseitigen Kostensteigerungen im Namen einer sogenannten Reform abgefunden. Tatsächlich sind die meisten mit dem Ausstieg aus dem Solidarsystem nicht zufrieden. Sie bemerken sehr wohl, wo die Reise hingeht, nämlich weiter in Richtung Beitragserhöhung und mehr Zuzahlungen. So kann es nicht weitergehen.

Der Antrag hat durch die Einsetzung von Arbeitsgruppen, wie vorgestern in Berlin bekannt wurde, eine ungeahnte Aktualität erlangt, die weit über den Antragstext hinausgeht. Wir müssen uns in der Tat mit der **Zukunft der Kranken- und Pflegeversicherung** beschäftigen. Wenn wir diesen Antrag nicht mitgetragen haben, dann liegt es daran, dass er bereits im Titel falsch ist. Die solidarische Krankenversicherung gibt es nicht mehr.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Die **Solidarität** wurde und wird schrittweise ausgehöhlt. Spätestens mit den Überweisungsvordrucken für die einseitige Beitragserhöhung, die den meisten gesetzlich Versicherten in den letzten Wochen ins Haus geflattert sind, war auch noch dem letzten Verteidiger des Solidarprinzips klar, dass es mit der solidarischen Finanzierung nicht mehr weit her ist.

Der paritätischen Finanzierung haben einseitige Zuzahlungspflichten der Patienten und die Praxisgebühr den Garaus gemacht. Der **Sozialverband Deutschlands** sprach vor wenigen Tagen von der

(Flemming Meyer)

einseitigen Verlagerung der Gesundheitskosten auf die Versicherten. Die zusätzlichen Beiträge verstärken darüber hinaus die soziale Schieflage, weil ein Geringverdiener tatsächlich 96 € im Jahr mehr bezahlen muss, während sich ein Großverdiener seine Kosten über die Steuererklärung wieder zurückholen kann. Da gibt es also wenig zu erhalten. Die Solidarität ist perdu. Chronisch Kranke und Geringverdiener zahlen mehr, und das schon seit Jahren. Der Ausstieg aus der Solidarität durch die **privaten Krankenversicherungen** ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Das ist der einzige Weg.

Der SSW setzt sich darum für eine Kehrtwende in der Kranken- und Pflegeversicherung ein. Wir fordern eine Sozialversicherung, die die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilt und dabei die Stärkeren stärker belastet und die Schwächeren weniger.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn man genau hinguckt ist das ja auch dem Programm der **Antragssteller** zu entnehmen. Da heißt das Ganze **solidarische Bürgerversicherung**. Alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich an der Finanzierung, wobei allerdings alle Einkünfte, auch Kapitalerträge und Mieteinnahmen bei der Berechnung berücksichtigt werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Anstatt also mit Pflaster am Wasserrohr zu hantieren, sollten wir eine gründliche Renovierung durchführen. Das kann keineswegs die **Kopfpauschale** sein, das ist selbstredend,

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

weil sie die Privatversicherung erhalten und daneben den Arbeitgeberbeitrag einfrieren will. Das ist der direkte Weg in das Zwei- oder Dreiklassensystem.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Stattdessen müssen wir schleunigst über einen grundlegenden und gerechten **Umbau des Sozialstaates** nachdenken. Dazu gehört eine **steuerfinanzierte soziale Grundsicherung** bei der Krankenversorgung, wie wir sie in den skandinavischen Ländern kennen.

Bei allem Verständnis dafür, dem fortgesetzten Abbau sozialer Leistungen mittels des vorgelegten Antrags ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen zu wollen, kann der Erhalt des derzeitigen Systems zu keinem Zeitpunkt im Vordergrund stehen. Gerade darum sollten wir einen grundlegenden Perspektivenwechsel - nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich - in Angriff nehmen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Wir sollten uns keineswegs mit der zweitbesten der schlechteren Lösungen begnügen und weiter herumdoktern, indem wir mit einer Krankenversicherung weitermachen, die einseitig die abhängig Beschäftigten belastet und unter einer massiven Einnahmenkrise leidet, und das nicht erst seit der Wirtschaftskrise.

Die solidarische **Bürgerversicherung**, die ohne Umwege steuerfinanziert direkt den Patientinnen und Patienten zugute kommt, ist die bessere Wahl.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Diese soziale Absicherung entspricht tatsächlich dem Gedanken der Solidarität, weil sie dem Wortsinne nach solide ist und damit auch zukunftsfest und sich darüber hinaus auf einer alle Bürgerinnen und Bürger umfassenden Gegenseitigkeit begründet.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Weil wir anfangs der Debatte mit so schönen Zitaten überrascht wurden, will ich Ihnen auch eins nennen: „...die an Löhnen und Arbeitsverhältnissen geknüpfte Finanzierung“ - der Sozialversicherungssysteme - „tendiert dazu, ihre eigenen Grundlagen in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben ... ist intolerabel hoch.“ Dieser Satz ist nicht von mir, er ist heute noch nachzulesen auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung und stammt von Wolfgang Clement. Er ist allerdings nach wie vor richtig.

(Minister Dr. Heiner Garg)

In dem Jahr, als er von Wolfgang Clement gesagt wurde, da hatten SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Regierungsverantwortung im Bund. Dass die von Rot-Grün angestoßenen Agenda-Reformen in vielem missraten sind, was die Ausführung betrifft, durften wir in den vergangenen Plenarsitzungen erleben. Dass allerdings der Ausgangspunkt zu diesen Überlegungen richtig war, das zeigt dieses Zitat von Wolfgang Clement, das nach wie vor hochaktuell ist,

(Beifall bei der FDP)

nämlich dass unser Sozialstaat neue Antworten auf die **demografische Entwicklung** benötigt und dass bei seiner Finanzierung das Thema Solidarität auch mit Blick auf die Belastung des Faktors Arbeit und mit Blick auf die nachfolgenden Generationen eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Opposition ist nicht unbedingt dazu gezwungen, sich der Finanzierung von Solidarität grundsätzlich zu entziehen. Aber genau das machen Sie mit Ihrem Antrag.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie schreiben Solidarität darüber, aber wie sie finanziert werden soll, das teilen Sie uns bedauerlicherweise nicht mit. Gerade in diesem Bereich - ja wohl, Gesundheit ist das wichtigste Gut! - hätten es die Bürgerinnen und Bürger verdient, eine an der Sache orientierte Debatte zum Thema zu bekommen und nicht einfach Solidarität über einen Antrag zu schreiben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Was heißt eigentlich „Solidarität erhalten“? Was heißt es angesichts der heutigen Situation, Solidarität zu erhalten? - Zusatzbeiträge und Praxisgebühren - wohlgemerkt ohne jeglichen Sozialausgleich sind das Vermächtnis der sozialdemokratischen Reformen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ist das Vermächtnis eines **Gesundheitsfonds**, der bewirkt, dass Krankenkassenbeiträge der Versicherten nicht den Versicherten und Leistungserbringern in Schleswig-Holstein zugutekommen, sondern denjenigen in Nordrhein-Westfalen, die Solidarität, die Sie meinen? Die Versicherten in Schleswig-Holstein werden nach Schätzung des Bundesversicherungsamts in diesem Jahr 180 bis 200 Millionen € in den Fonds mehr einzahlen als sie zurücker-

halten. Ist das die Solidarität, die Sie sich vorstellen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Heinemann zu?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Nein.

(Zurufe von der SPD)

- Über Souveränität unterhalten wir uns gern einmal zu einem anderen Zeitpunkt.

Diese für ein Versicherungssystem nur schwer begründbare **Vorteilsverschiebung**, die gibt es im jetzigen System der GKV, und zwar nicht nur regional, sondern auch zwischen den Generationen. Finden Sie es besonders solidarisch, meine Damen und Herren, dass alle nach 1972 Geborenen eine Lebensgesamtzahlung zu diesem System, das Sie solidarisch finden, in einer Höhe leisten müssen, die rund 40 % über dem Erwartungswert der Leistungen liegt, die sie jemals aus diesem System potenziell in Anspruch nehmen könnten? Ist das die Solidarität, die Sie meinen?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein massiver Verstoß gegen die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen, der sich mit dem Schlagwort der Solidarität eben nicht mehr länger verkleistern lässt. Wer dauerhaft gegen diese Verteilungsgerechtigkeit verstößt, setzt die Akzeptanz sozialer Sicherungssysteme insgesamt aufs Spiel.

(Beifall bei FDP und CDU)

Einkommen als Korrektur marktwirtschaftlicher Ergebnisse umzuverteilen - natürlich ist das ein prägendes Element der sozialen Marktwirtschaft. Aber das geeignete Instrumentarium dazu ist ein **Steuer-system**, das an der Leistungsfähigkeit der Steuerbürger anknüpft. Damit wird dann der finanzielle Spielraum geschaffen, soziale Komponenten in umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystemen zu schaffen.

Was wir brauchen, um das System erhalten zu können, ist der grundlegende **Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung**, der Antworten auf den Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen und damit

(Minister Dr. Heiner Garg)

den Rückgang der Zahl der potenziellen Beitragszahler und gleichzeitig auf die Fragen gibt, wie die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen aufgrund der demografischen Entwicklung aufgefangen werden sollen und wie die **Kostensteigerungen** aufgefangen werden sollen, die durch medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritt entstehen. Ich meine, es gibt wenig Anlass, vor einem Umbau zurückzuschrecken; denn das Gesundheitssystem, so wie es jetzt ist, ist unsolidarisch finanziert.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es gehört schon eine ganze Menge Ignoranz der tatsächlichen Fakten dazu, wenn man in den Mittelpunkt eines Antrags lediglich das Wort „erhalten“ stellt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Ein Antrag zum Thema gesetzliche Krankenversicherung, der ohne das Wort „Lohnzusatzkosten“, ohne das Wort „Demografie“, ohne das Wort „Kostenentwicklung“ auskommt, bedeutet schlicht Verweigerungshaltung vor der Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sehr geehrter Herr Kollege Meyer, ich fand das, was Sie zur Steuerfinanzierung gesagt haben, bemerkenswert. Sie wissen, dass es unterschiedliche Meinungen hierzu gibt und dass manche davor warnen, das Gesundheitssystem sozusagen nach Kassenlage auszugestalten. Aber nichts anderes wird jetzt in Berlin diskutiert: ein Umbau hin zu **mehr Steuerfinanzierung**, nämlich ein steuerfinanzierter Sozialausgleich einer Prämienfinanzierung. Das ist das, was Sie gerade gefordert haben: eine stärkere Steuerfinanzierung der Gesundheitskosten, eine Steuerfinanzierung, bei der starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, der Minister hat seine Redezeit um 1:46 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen ebenfalls zur Verfügung. - Ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Daher erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bernd Heinemann von der SPD zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss

sagen, ich bin ein wenig enttäuscht darüber, dass es nicht möglich ist, einem Mitglied der Regierung während seines Vortrags eine Frage zu stellen,

(Zuruf von der FDP: Oh!)

um ihn darin zu befragen, wie er denn darauf komme, dass die Praxisgebühr eine Idee der SPD, der Grünen oder sonst wem sei. Das ist ein Vorschlag der CDU gewesen, die für jeden Arztbesuch eine Praxisgebühr erheben wollte. Wir haben darum gekämpft, dass es wenigstens nur eine einmalige Gebühr ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind nach wie vor gegen die **Praxisgebühr**. Ich finde, das, was gesagt wurde, ist eine Unterstellung. Ihr Beitrag strotzt von Unterstellungen. - Ich will mich kurz fassen. Wir wollen schnell zur Abstimmung kommen. Aber Sie müssen Ihren Beitrag, wenn Sie ihn sich haben schreiben lassen, wirklich überprüfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nach dem Wortbeitrag von Ihnen, Herr Minister Garg, noch einmal zu Wort gemeldet.

Es gibt zwei Probleme, die wir zu bewältigen haben. Alle Experten sagen, wir haben derzeit das beste medizinische System auf der Welt, ein medizinisches System, das Hochleistungsmedizin garantiert. Aber die Frage lautet: Wie lange noch? Alle Experten sagen, 20 % bis 25 % **Effizienzrenditen** seien im System zu erwirtschaften. Meine Damen und Herren, es ist gerade Ihre Partei, die jetzt ganz klar zu entscheiden hat, ob sie die Machtkartelle der Pharmaindustrie, der ärztlichen Berufsverbände durchbricht und tatsächlich erreichen kann, dass diese Effizienzrenditen auch zur Verfügung stehen. Dieses Problem müssen Sie lösen. Bisher haben Sie diesbezüglich keine Erfolge vorzuweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Dr. Andreas Tietze)

- Ja. Brechen Sie die Kartelle! - Zweitens möchte ich sagen: In dem „Cicero“, den wir gestern alle auf dem Tisch hatten, wird berichtet, wie sich die medizinischen Kosten im internationalen Vergleich darstellen. In Deutschland kostet ein Armbruch mit Krankentransport etwa 4.000 € bis 8.000 €.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von Abercron?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wollte Ihnen zwar gerade noch ein paar Rechenbeispiele geben. Aber bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Michael von Abercron [CDU]: Herr Kollege Tietze, Sie haben eben über die Kartelle gesprochen. Was halten Sie denn vom Wettbewerb der Versicherungen untereinander? Das haben Sie eben vergessen.

- Ich denke, wenn wir endlich die Effizienzrenditen im System für die Bevölkerung generieren, dann haben wir das, was wir dringend brauchen, nämlich Geld im System für die Solidargemeinschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Solidargemeinschaft bezahlt diese unmöglichen Dinge der Pharmafirmen. Das ist doch die Realität. Das bezahlen wir alle mit unseren Geldern. Das müssen wir als Allererstes ändern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage mehr zulassen. Ich möchte gern meinen Dreiminutenbeitrag zu Ende bringen. Ich bitte um Verständnis.

Noch einmal: Die Effizienzkosten sind das eine. Tatsächlich zu diskutieren haben wir zweitens die solidarische **Bürgerversicherung**. Wir können das hier in Europa einmalig auf den Weg bringen. Wir werden in der Welt beneidet um unsere solidarische Krankenversicherung. Die Amerikaner schauen gerade nach Europa und versuchen, diese endlich durchzusetzen, und Sie wollen anglo-amerikanische Verhältnisse in unserem System etablieren. Das ist kontraproduktiv.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb sagen wir Ihnen: Auch „Old Europe“ kann mit dieser solidarischen Bürgerversicherung den Beitrag leisten, den wir in unserer Gesellschaft dringend brauchen, nämlich Solidarität und Mäßigung bei allen im System.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und komme somit zur Abstimmung.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Diese ist nach § 63 Abs. 2 der Geschäftsordnung zulässig, wenn sie von mindestens 18 Abgeordneten verlangt wird. Der Kollege Heinemann hat sie für die gesamte SPD-Fraktion verlangt. Damit ist das Quorum erreicht.

Ich rufe daher zur namentlichen Abstimmung auf.

(Namentliche Abstimmung)¹

Meine Damen und Herren! Der Antrag Drucksache 17/259 (neu) ist mit 48 Nein-Stimmen bei 43 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 43 auf:

Reform der EU-Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/276

Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/331

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernd Voß von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr 2010 wird die Euro-

(Bernd Voß)

päische Kommission zwei Grundsatzpapiere vorlegen, die für Schleswig-Holstein und insbesondere für die Land- und Ernährungswirtschaft und auch für die Umweltentwicklung von weitreichender Bedeutung sein werden. Es ist die Finanzplanung der EU bis 2020 und die Überarbeitung der **EU-Agrarpolitik**.

Auf europäischer Ebene - das ist neu - wird in den Fragen von Ernährung und Umwelt erstmals das Parlament mitentscheiden, und - das ist auch neu - die andere Entscheidungsinstanz, die Ministerräte, müssen nach über 40 Jahren raus aus den Hinterzimmern. Es wird endlich transparent, wer sich hier warum entschieden hat.

Doch selbst dann, wenn die Gesellschaft und damit die Steuerzahler dahinterstehen, und der Brüsseler Agrarretat als Summe bestehen bleibt, wird es eine große Auseinandersetzung um die **Aufteilung der Mittel** zwischen den einzelnen Mitgliedsländern geben. Ich nenne hier besonders die zwölf neuen Beitrittsstaaten, die in ihrer Entwicklung gleichziehen wollen mit den Prämien, die hier zum Beispiel als **Direktzahlung** gezahlt werden. Ich nenne nur zwei Zahlen. Griechenland bekommt 500 € pro ha, Deutschland 340 € pro ha und die baltischen Länder wie Lettland gerade einmal eine Summe von 70 € pro ha. Wer vor diesem Hintergrund den Landwirten und den Steuerzahlern erzählt, dass sich an der inhaltlichen Ausgestaltung der Agrarpolitik nichts ändern werden wird, betreibt schlicht und einfach eine verlogene Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Fatale an solchen bewussten Scheinkämpfen ist, dass bei diesem Vorgehen am Ende genau diejenigen Betriebe den Kopf unter Wasser gedrückt bekommen, die das meiste für das Land, für die **Wertschöpfung in den Dörfern** und Landkreisen leisten, die den meisten Arbeitskräften Einkommen sichern, und die auch - ob bewusst, gezielt oder auch nur „nebenbei“ - für den Erhalt einer möglichst vielfältigen und belebten Kulturlandschaft den größten Einsatz bringen.

Die ungleiche Verteilung der Mittel - ich nenne nur zwei Zahlen -: 1,6 % der Betriebe greifen 30 % der Direktzahlungen ab. Die Vorschläge zur **Degression der Direktzahlungen** sind endlich aufzugreifen, und die Zahlungen sind danach zu begrenzen, wie viele Arbeitsplätze vorhanden sind oder eben neu geschaffen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so kann eine große Zahl vielfältiger Arbeitsplätze abgesichert werden. Wir brauchen eine Strategie für Beschäftigung und Innovation, und sie muss auch bei uns erarbeitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch eine falsch betriebene Globalisierung sind **Rohstoffe** völlig **entwertet**. Eine neue ländliche Wirtschaftsentwicklung ohne neue Fördertöpfe ist nur durch faire Marktregeln möglich. Die staatlich organisierte und inspirierte Übererzeugung an Märkten ist schlicht und einfach zu unterlassen. Nicht nur das Geld steht in der EU auf der Tagesordnung, sondern auch die Rahmenbedingungen für die Marktakteure.

Ob wir wollen oder nicht, als Politik kommen wir nicht aus der Verantwortung für die funktionierenden Märkte heraus. Ich erinnere nur an die Kartellamtsberichte, die in Deutschland in den letzten Monaten erstellt wurden und die sehr deutlich machen, wie die **Kleinerzeugersituation** verbessert werden muss. Es sind vorhandene Instrumente, wie zum Beispiel bei der Milch, zu nutzen, um die Erzeugung flexibel an den Bedarfen der Märkte auszurichten. Die rechtlichen Möglichkeiten sind zu schaffen und abzusichern, damit sich Erzeuger und Erzeugerinnen organisieren können.

Kostenträchtige Eingriffe in die Mottenkiste der alten Agrarpolitik wie Exportsubventionen und Interventionen sind zu unterlassen. Ich höre schon: Das wollen wir ja nie, und das machen wir ja nie. Erst vorletzte Woche hat der Bundeshaushalt, die schwarz-grüne - nein, das war jetzt eine schwarz-gelbe Bundesregierung -,

(Beifall)

also die schwarz-gelbe Bundesregierung über 3 Millionen € zur Exportsubvention „herübergeschaufelt“ heraus aus Fördertöpfen für den ökologischen Landbau.

Wir brauchen eine Orientierung an Beschäftigung und Innovation und eine neue Ausrichtung der Säulen auf die Herausforderungen **Klima**, Biodiversität, Wasser und neue Energien. Ich will diese Punkte im Einzelnen nicht näher erläutern. Die Möglichkeiten der **Landbewirtschaftung** für eine positive Klimaentwicklung werden nicht annähernd wahrgenommen. Ich nenne einerseits die Grünlandbewirtschaftung, andererseits die zunehmenden Monokulturen, die wir in der Fläche haben. Ich nenne fehlende Eiweißstrategien, um nur einige Fragen aufzugreifen.

(Bernd Voß)

Einhergehen kann das alles, wenn man es denn will, auch mit einem **Verwaltungsabbau**. Der Vorschlag, 5 % der Fläche für Begleitmaßnahmen, Knicks und Gewässer, vorzusehen, macht die Sache nicht schwieriger, sondern kann den Bäuerinnen und Bauern draußen völlig neue Gestaltungsfreiheiten eröffnen.

Wir müssen uns bei der zweiten Säule von einem Reparaturbetrieb für Arbeitsplätze und Umwelt trennen und davon, mit Programmen gegenläufige Entwicklungen zu fördern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Offensive für Innovation, Arbeit und Umwelt in der ländlichen Entwicklung.

Auf der Grünen Woche konnten wir von zwei geplanten **Leuchtturmprojekten** aus dem ländlichen Entwicklungsbereich erfahren. Das eine war ein mit einer Glaskuppel versehenes Liebesnest auf dem Telekomturm des Bungsbirg, das in Planung ist. Das andere war die Revitalisierung des Fernsehponyhofs Immenhof aus den 50er-Jahren. Wir wollen hier überhaupt keine Spaßbremse sein. Aber ich denke, auch hier muss klar sein: Politik ist kein Ponyhof, Politik ist kein Wunschkonzert. Es geht hier um entscheidende Weichenstellungen für Arbeit, für Umwelt und für eine effiziente, nachhaltige und wirksame Verteilung der Gelder.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eineinhalb Sätze noch! - Der frühe Vogel frisst den Wurm. Wer lange wartet, um Vorschläge vorzutragen, wird kaum Gehör finden.

Frau Ministerin Rumpf, Sie sind schon einmal kurz hoch geflogen. Sie haben einen Vorschlag gemacht. Ich hoffe, Sie werden erneut starten und unsere Vorschläge aufgreifen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Ranka Prante [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Politik ist kein Ponyhof. Es ist schon viel gesagt. Die sogenannte **GAP**, die gemeinsame Agrarpolitik der EU, verbindet eine wettbewerbsfähige Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen mit gesellschaftlichen Sonderleistungen der Landwirtschaft für unsere Allgemeinheit. Dabei ist sie eine der wenigen Politikbereiche der EU - das muss man wissen -, die auf EU-Ebene nicht nur weitgehend geregelt, sondern auch finanziert wird. Dadurch begründet ist der hohe **Anteil am EU-Haushalt** von heute 40 % an Ausgleichszahlungen und inklusive der zweiten Säule, der Förderung ländlicher Räume, sogar bei 50 %. Das nennt man das Zwei-Säulen-Modell. In den 90er-Jahren waren es sogar 61 beziehungsweise 65 %. Ab 2013 aber sollen es nur 32 beziehungsweise 39 % werden.

Aus einer Phase der Überproduktion mit hohen Interventionsbeständen und Exportsubventionen besonders in den 90er-Jahren ist bei der Agrarreform der Weg mit Ausgleichszahlungen für niedrige Erzeugerpreise über Nachbesserungen 1999 hin zu einer schrittweisen Entkoppelung der Flächenprämien im Jahr 2003 eingeschlagene worden. Der 2008 durchgeführte **Health-Check**, ein Gesundheitscheck in dieser Phase der Politik, für die Phase bis 2014 hat über den Gleitflug zu Veränderungen geführt, die dann die nächste Haushaltsphase für weitere fünf Jahre bestimmen und einläuten werden.

Auch die im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwähnten für die zukünftige GAP-Entscheidung entscheidenden Herausforderungen wie Klimaschutz, Umwelt und tiergerechte Produktion, Biodiversität, Wassermanagement, Ausbau erneuerbarer Energien und die Lissabon-Strategie für Bildung und Beschäftigung werden damit unsere Landwirtschaft in Schleswig-Holstein maßgeblich beeinflussen.

Bei im internationalen Vergleich in Schleswig-Holstein besten Böden, ausgewogenem Klima, guter Wasserversorgung, hervorragendem Know-how und relativ guten Strukturen sollte unsere politische Aufgabe weiterhin bleiben, eine wettbewerbsfähige, qualitätsvolle, gesunde und umweltverträgliche Nahrungs- und Biorohstoffproduktion zu unterstützen und zu fördern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Voß, der **ökologische Landbau** als einziges Leitbild, wie von Ihnen gefordert, ist aus unserer Sicht daher nicht der rich-

(Heiner Rickers)

tige Weg. Wir wollen dem landwirtschaftlichen Unternehmer nach wie vor die Chance und die Freiheit geben, sich auf Wettbewerb und freien Markt einzulassen - egal, ob als Ökolandbau oder als **intensiv integrierter Ackerbau**.

Dabei soll das bisher erfolgreiche **Zwei-Säulen-Modell** der GAP mit einer Direktzahlung aus der ersten Säule zum Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft und der zweiten Säule für die Entwicklung der ländlichen Räume in seiner bisherigen Form und Höhe möglichst nicht verändert werden. Um Wettbewerbsnachteile im globalisierten Markt abfedern zu können, ist die Direktzahlung aus der ersten Säule für unsere Betriebe weiterhin überlebenswichtig; macht doch diese einen Anteil von über 50 % am Einkommen der schleswig-holsteinischen Landwirte aus. Dabei dürfen wir natürlich nicht die sogenannten gesellschaftlichen Mehrwertleistungen als weitere Begründung für diese Gelder außer Acht lassen.

Sauberes Wasser, saubere Luft, weniger klimaschädliche Gase, Förderung der Biodiversität bei gleichzeitigem Erhalt der Kulturlandschaft und der Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen muss oberste Zielsetzung bleiben. Die Bayern verkaufen das immer sehr gut. 3,4 ct pro Quadratmeter landwirtschaftlich genutzter Fläche als Direktentlohnung betrachte ich als gut angelegtes Steuergeld.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Ausgestaltung der Zahlungsvoraussetzungen muss dabei zukünftig von einer bisher übertriebenen Bürokratie entschlackt werden.

Die sogenannte **zweite Säule** für die Entwicklung der ländlichen Räume, die in der Summe nur etwa ein Zehntel des Betrages der ersten Säule darstellt, sollte in Zukunft aus unserer Sicht - bei von der EU vorgegebenen Maßnahmen wie Wasserrahmenrichtlinie und Natura-2000-Gebiete - **ohne Kofinanzierung** zugewiesen werden. In diesem Bereich wäre eine Bindung an geschaffene Arbeitsplätze und die Schaffung von Wirtschaftskraft durchaus sinnvoll.

Um 2014 die nächste Förderperiode auf EU-Ebene mit all den unterschiedlichen nationalen Interessen starten zu können, müssen wir heute beginnen, unsere Ideen in entsprechenden politischen Gremien zielgerichtet zum Wohl unseres Landes und unserer Landwirtschaft auf den Weg zu bringen. Dem dient der Antrag der Koalitionsfraktionen in besonderem Maße. Ich bitte um Zustimmung und beantrage, dass beide Anträge in den zuständigen Ausschuss überwiesen werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor ich den Kollegen Lothar Hay ans Pult bitte, möchte ich, dass Sie mit mir gemeinsam eine weitere Klasse der Domschule aus Schleswig auf der Tribüne begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lothar Hay von der SPD-Fraktion.

Lothar Hay [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft prägt Schleswig-Holstein und stellt mit den vor- und nachgelagerten Arbeitsplätzen zusammen den wichtigsten wirtschaftlichen Motor in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins dar. Allein die landwirtschaftliche Endproduktion belief sich für Schleswig-Holstein im Jahr 2008 auf fast 3,3 Milliarden €. Das entspricht einem Anteil von 6,6 % der deutschen Endproduktion.

Auf der anderen Seite - das muss man immer wieder betonen - unterstützt die Gesellschaft die Landwirtschaft mit **Direktzahlungen** aus der ersten Säule mit jährlich über 349 Millionen €, und über Agrar- und Umweltmaßnahmen kommen noch einmal 20 Millionen € dazu. Bisher fließen 75 % der Fördermittel des Agrarbereichs als direkte Zahlungen. Hierfür erbringt die Landwirtschaft Leistungen, die sie aber aus Sicht der SPD-Fraktion **transparent** darlegen muss, damit auch in Zukunft die **gesellschaftliche Akzeptanz** für diese Zahlungen erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Brauchen wir nicht eine Landwirtschaft, die sorgsam mit Boden, Luft und Wasser umgeht und die Arbeit auf dem Land hält, statt sie wie bisher dem Strukturwandel zu opfern? - Dies war vor Kurzem in einer überregionalen Zeitung zu lesen. Dies haben Regierungsinstitutionen auf Bundesebene im Gegensatz zu Bundesagrarministerin Aigner erkannt. Genannt seien der Sachverständigenrat Umwelt, das Umweltbundesamt oder das Bundesamt für Naturschutz. Dessen Präsidentin verlangt einen **Paradigmenwechsel** zugunsten einer **Ökologisierung der Landwirtschaft**, der Sachverständigenrat will **Direktzahlungen** völlig abschaffen, und das Umweltbundesamt fordert: Alle staatlichen Trans-

(Lothar Hay)

fers kommen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen auf den Prüfstand.

Die Europäische Union diskutiert derzeit über Eckwerte für die nächste Förderperiode ab 2013. Aus meiner Sicht ist die Forderung des Bauernverbandes, die Mittel in der ersten Säule auf dem bisherigen Niveau zu erhalten, zwar verständlich, aber kaum zu realisieren. Um zukunftsfähige Strukturen in der Landwirtschaft und im ganzen ländlichen Raum zu sichern, muss die betriebliche Förderung zugunsten der Förderung des Ausbaus der Infrastruktur und zum Schutz von Umwelt und Natur für alle Menschen verändert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Botschaft muss sein: weniger Direkthilfen für die Landwirtschaft aus der sogenannten ersten Säule und Weiterentwicklung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Kern muss die Landwirtschaft zeigen, dass sie nicht nur Nahrungsmittel produzieren, sondern einen echten **EU-Mehrwert** schaffen kann. Dieser Mehrwert muss nach unserer festen Überzeugung in den Bereichen der **neuen gesellschaftlichen Herausforderungen** wie Klimawandel, Erhaltung der Biodiversität, modernes Wassermanagement und Ausbau der erneuerbaren Energien liegen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann dem Steuerzahler vermittelt werden, weiter die Landwirtschaft mit hohen Fördersummen zu unterstützen.

Frau Ministerin Rumpf, ich freue mich, dass Sie im **Diskussionspapier** zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds nach 2013 die richtigen Weichen stellen wollen, um die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein stärker ökologisch auszurichten. Hier sollen in Zukunft die richtigen Fördermaßnahmen angeboten werden, um die auch von uns geforderten Ziele - Schaffung einer ökologischen Grundprämie für die Bereitstellung von bis zu 10 % landwirtschaftlicher Nutzfläche als ökologische Vorrangflächen, Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen, die weiterhin gezielt ökologische Anforderungen in den Mitgliedstaaten umsetzen sollen, sowie Förderung von Naturschutzleistungen ohne zwingenden Bezug zur Landwirtschaft durch Landschaftspflegemittel - zu erreichen. Das Diskussionspapier, das Sie vorgelegt haben, ist es aus Sicht der SPD-Fraktion wert, in einem öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs vorgestellt und weiterentwickelt zu werden - ohne Vorbehalte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Angesichts des Wandels in der Landwirtschaft müssen wir **Perspektiven** anbieten sowohl für die Landwirte, die sich dem internationalen Wettbewerb stellen wollen, als auch für die Landwirte, die diversifizieren wollen. Ein „Weiter so“ nach dem Partikularprinzip mit Vorrang für das Eigeninteresse führt nicht in die Zukunft, und deshalb darf es das in Schleswig-Holstein nicht geben. Interessen einzelner Verbände müssen für das Gemeinwohl zurückstehen. Die neuen Chancen durch die EU-Vorgaben werden in der Landwirtschaft von modernen Betrieben bereits erkannt und - da bin ich mir sicher - auch ergriffen.

Eine umweltgerechte Bewirtschaftung zum Nulltarif wird es nicht geben; deshalb wird auch in Zukunft die Gesellschaft dafür zahlen müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Carsten-Peter Brodersen von der FDP.

Carsten-Peter Brodersen [FPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Antrag von dem Kollegen Voß einige gute Ansätze bescheinigen. Doch schafft es der Antrag an mehreren Punkten nicht, zu politisch umsetzbaren Ergebnissen zu kommen. Schon in der Formulierung sind Ihnen wirkliche Fehler unterlaufen.

Chronologisch beginnend ist zu begrüßen, dass Sie sich in der Sache mit dem **Positionspapier** des **Landwirtschaftsministerium** anfreunden können. Unklar bleibt mir jedoch, warum im Weiteren gute Ansätze mit dem Einwand der Nachhaltigkeit eben diese widerlegen oder nicht ermöglichen sollen.

Meine Damen und Herren, in der Tat stehen wir vor einer entscheidenden **Reform** der **Gemeinsamen Agrarpolitik** im Jahre 2013. Ohne Finanzmittel der EU, die sich immerhin auf mehrere 100 Millionen € belaufen, wäre die Agrarwirtschaft, zumindest in bäuerlicher Form, nicht mehr möglich. Daher ist es wichtig, über die Ausgestaltung der ersten und zweiten Säule rechtzeitig zu diskutieren, so wie von der Ministerin angeschoben. Die erste und die zweite Säule müssen die neuen Herausforderungen an eine moderne und nachhaltige Agrarwirtschaft berücksichtigen.

(Carsten-Peter Brodersen)

Dabei muss es unser Ziel sein, die erste Säule auf einem hohen Niveau zu halten. Die Bereitstellung von Versorgungssicherheit, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Schutz- und Erholungsfunktion der Landschaft und der Erhalt vitaler ländlicher Räume durch die Landwirtschaft muss von der Gesellschaft fair entlohnt werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das ist mit der Prämienzahlung möglich und auch zu rechtfertigen.

Ihre Forderung, den **ökologischen Landbau** als **Leitbild** zukünftiger Agrarpolitik festzuschreiben, schießt weit übers Ziel hinaus und deklassiert den konventionellen Landbau. Ideologische Debatten auf dem Rücken der heimischen Landwirtschaft zu führen, ist nicht sehr hilfreich.

Gleiches gilt für Ihr Anliegen, die **Ausgleichszahlungen** an der Zahl der **Arbeitskräfte** zu bemessen. Unklar erscheinen mir hier Ihre Formulierungen zur „neuen Offensive“ der ländlichen Entwicklungs- und Umweltpolitik. Es ist paradox, auf der einen Seite eine gezielte Förderung daran auszurichten, wie viele Arbeitsplätze vorhanden sind und geschaffen werden, und auf der anderen Seite dann eine Beendigung der Zahlungen für Maßnahmen zu fordern, die Arbeitsplätze schaffen und sichern.

(Beifall bei der FDP)

Diese Logik, wenn man sie als solche bezeichnen kann, ist schon sehr abenteuerlich, Herr Kollege.

Auch Ihre Forderung nach **Steuerung der Produktionsmengen** durch die Politik ist der falsche Weg. Dafür ist die Milchquote das beste Beispiel. Sie hat lediglich enorme Kosten verursacht, aber weder der Landwirtschaft noch sonst jemandem irgendetwas gebracht.

(Beifall bei der FDP)

Darum ist es gut, dass der Ausstieg beschlossene Sache ist.

Wichtig ist allerdings, dass wir mit der Reform 2013 einen verträglichen Übergang hin zu einer **marktorientierten Landwirtschaft** schaffen. Dies ist unter anderem für diese Zeit durch kontrollierte Exportsubventionen und Interventionsintervalle durchaus möglich.

Meine Damen und Herren, die Reform der Agrar- und Umweltpolitik ist auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene definitiv eines der wichtigsten Themen in der laufenden Legislaturperiode. Ihr Antrag weist

allerdings in die falsche Richtung. Darum unser Änderungsantrag von CDU und FDP, der einen ideologiefreien Dialog ermöglicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! DIE LINKE bewertet den vorliegenden Antrag der Grünen positiv. Die Forderung, die Entstehung von **genossenschaftlichen Modellen** in der **Landwirtschaft** zu fördern, wird von uns unterstützt. So können die Investitionen auf mehrere Schultern verteilt werden, das wirtschaftliche Risiko sinkt für den einzelnen Betrieb.

Wir unterstützen auch die Forderung, **Exportsubventionen** zu streichen, um Produktion auf Halde nicht auch noch zu fördern. Dies sind sinnvolle, wenn auch kleine Schritte hin zu einem fairen weltweiten Handel mit Agrarprodukten.

Auch die **Biolandwirtschaft** liegt der LINKEN am Herzen. Artgerechte Haltung von Tieren und eine Landwirtschaft, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, verdient es, gefördert zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ergänzend schlagen wir vor, die Entstehung **regionaler Wirtschaftskreisläufe als Förderkriterium** aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden unsere Änderungsvorschläge in die Ausschussberatung einbringen. Ich hoffe, die Landesregierung wird im Sinne des Antrages auf die Neuverhandlungen auf EU-Ebene einwirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-**Agrarpolitik** steht vor neuen Reformen. Daher gilt es, rechtzeitig den Weg dafür vorzubereiten, wie die **Förderkulisse ab 2013** ausgestaltet sein soll. Es ist davon auszuge-

(Flemming Meyer)

hen, dass für den Agrarhaushalt ab 2013 weniger Mittel bereitgestellt werden als bisher. Die Diskussionen darüber, wie der größte Fördertopf der EU künftig verteilt werden soll, sind bereits entbrannt - nicht nur EU-weit, sondern auch bundesweit. Es geht dabei nicht nur um einen Streit zwischen verschiedenen Politikressorts, sondern auch darum, wie die zwei Säulen der Agrarförderung künftig ausgestaltet werden sollen.

Die Landwirtschaft unterlag in der Vergangenheit vielfachen Veränderungen, und sie wird sich auch in der Zukunft noch vielfachen Veränderungen stellen müssen. Es ist für ein Agrarland wie Schleswig-Holstein wichtig, diese Veränderungen aktiv zu begleiten. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass Ministerin Rumpf als Vorsitzende der Agrarministerkonferenz das Heft in die Hand genommen und ein Positionspapier vorgelegt hat.

(Beifall beim SSW)

Direktzahlungen und Interventionen sind keine **marktwirtschaftlichen Maßnahmen**. Sie sind das süße Gift für jede Marktwirtschaft - dies gilt auch für die Landwirtschaft. Doch wenn eine Branche über Jahrzehnte mit Subventionen gefüttert wurde, dann wirkt eine Reform wie ein kalter Entzug. Mit der Entkoppelung von Direktzahlungen und Produktionsprämien hin zu einer mehr marktwirtschaftlich orientierten Landwirtschaft wurden bereits die ersten Schritte eingeleitet, um eben genau dieses abzufedern. Trotzdem wissen wir, dass die weiterführende EU-Agrarreform weitere Härten für die Landwirtschaft mit sich bringen wird. So ehrlich muss man sein. Es ist ein politischer Irrtum zu fordern, dass die **Direktzahlungen** in der ersten Säule auf bisherigem Niveau beibehalten werden können.

(Beifall beim SSW)

Daher ist der erste Spiegelstrich im Änderungsantrag von CDU und FDP Augenwischerei und nur weiße Salbe, um die Landwirtschaft zu beruhigen - nach dem Motto: Wir fordern den Status quo, wissen aber bereits heute, dass dies nicht umsetzbar ist.

Für den SSW kann ich sagen, dass wir diesen Reformprozess immer konstruktiv begleitet haben. Wir haben uns für eine **marktwirtschaftliche Ausrichtung** der Landwirtschaft ausgesprochen. Auch wenn der Landwirtschaft dies nicht immer schmeckt, kann man auf der einen Seite nicht nach dem Markt rufen und auf der anderen Seite an der alten Förderpolitik festhalten.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, das haben auch die Landwirte verstanden.

Angesichts der kritischen Beugung der allgemeinen Direktzahlungen, muss der Reformprozess fortgeführt werden. Das soll heißen, sie sind nur noch dann zu vertreten, wenn damit auch **gesellschaftliche Anforderungen** erfüllt werden.

(Beifall beim SSW)

Damit sind Zahlungen künftig stärker an die Einhaltung der Vorgaben für Umweltschutz, Tierschutz sowie Lebensmittel- und Futtermittelqualität zu knüpfen - im Sinne einer ökologischen Grundprämie. Für solche Maßnahmen müssen die Landwirte entsprechende Kompensationsleistungen bekommen, wenn sie international bestehen sollen. Alles andere ist nicht mehr vertretbar.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Bereits der **Agrar-Gesundheitscheck** hat deutlich gemacht, dass die neuen Herausforderungen - wie zum Beispiel Klimawandel, Wassermanagement und Natura 2000 - aufgegriffen werden müssen. Für diese Herausforderungen wird das Geld gebraucht. Es wird unsere Aufgabe sein, die Politik der ländlichen Räume so zu gestalten, dass wir diese Herausforderungen annehmen können. Daher macht es Sinn, diese neuen Herausforderungen in beide Säulen zu stecken: in die erste Säule, um die damit verbundenen erhöhten Umweltauflagen zu finanzieren, und in die zweite Säule, um Umweltmaßnahmen im ländlichen Raum durchzuführen.

Auch wenn ich es mir derzeit nicht vorstellen kann, wie es funktionieren soll, gibt es in beiden Anträgen einen Punkt, dem wir gut zustimmen könnten. Das ist die Sache mit dem **Verwaltungsaufwand**. Wir meinen ganz klar, dass der verringert werden muss. Damit rennen wir bei jedem Landwirt, der die Hälfte seines Tages im Büro verbringen muss, offene Türen ein.

Wir plädieren dafür, beide Anträge in die Fachausschüsse, das heißt in den Umwelt- und Agrarausschuss und in den Europaausschuss, zu überweisen, um dort die EU-Agrarförderung nach 2013 zu vertiefen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron von der CDU.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube, in den wesentlichen Zielen der Agrarpolitik sind wir uns einig, und die Frau Ministerin hat uns auch eine klare Vorgabe gemacht. Zunächst einmal müssen wir aber trotzdem feststellen, dass es sehr wichtig ist, dass wir unsere Interessen bei der EU erst einmal einfordern. Denn wir brauchen die Unterstützung für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft natürlich dringend. Deswegen unterstützen wir gern die Verhandlungen, die unsere EU-Parlamentarier und die Bundesregierung in Brüssel zu führen haben.

Wir brauchen zweitens klare Regeln für eine umweltfreundliche, wettbewerbsfähige und tierschutzfreundliche Landwirtschaft. Das ist auch schon angesprochen worden. Was wir nicht brauchen, ist eine Diskussion und ein Ausspielen der ersten gegen die zweite Säule. Lieber Kollege Voß, der **Bungsberg** war als Beispiel denkbar schlecht, denn wir erwarten, dass dort viele Arbeitsplätze entstehen und wir dort etwas für den Tourismus tun können. Deswegen glaube ich, dass das sehr wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:
Das gilt auch für den Ponyhof!)

Das wird ein Leuchtturmprojekt, das sehr hoch ist, nämlich 169 oder 168 m - je nachdem, wie man rechnet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne die finanzielle Unterstützung der EU in einer Größenordnung von mehreren 100 Millionen € pro Jahr würde sich das Gesicht unserer Landwirtschaft und unserer ländlichen Räume in Schleswig-Holstein stark verändern. Das will sicherlich niemand von uns. Die neuen Herausfor-

derungen an eine moderne und nachhaltige Agrarwirtschaft werden der Landwirtschaft zukünftig stärker als bisher eine vielfältige und strategische Schlüsselrolle in unserer Volkswirtschaft zukommen lassen. Ich nenne nur die Stichworte: Sicherung der Welternährung, Beitrag zum Energiemix, Erhalt der biologischen Vielfalt und der Kulturlandschaft.

Daher müssen die anstehenden Weichenstellungen sehr sorgfältig erkannt und diskutiert werden. Eine Weiterentwicklung auf diesem Weg ist erforderlich.

Meine Politik zielt darauf ab, für diese Leistungen der Landwirtschaft die **Hektar-Prämien** der ersten Säule im Planungszeitraum 2014 bis 2020 möglichst hoch zu erhalten und vor allem plausibel zu begründen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vor diesem Hintergrund ist mein konkreter Vorschlag für die künftige Ausgestaltung der ersten und der zweiten Säule zu verstehen, das heißt also für die zukünftigen Direktzahlungen und die Förderprogramme zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Hier kann ich nur unterstützen, was der Abgeordnete von Abercron eben gesagt hat: Die Projekte **Bungsberg** und **Immenhof**, Herr Voß, dienen der Vitalisierung der ländlichen Räume und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Das brauchen wir in Schleswig-Holstein. Der Landwirtschaft wird dadurch kein Euro entzogen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe mich dafür entschieden, frühzeitig die Interessen, aber auch die Zwänge Schleswig-Holsteins klar zu benennen. Wir reden über sehr viel Geld, sehr viel Steuergeld - und das in Zeiten unausweichlicher Sparzwänge in allen öffentlichen Haushalten. Die deutschen Landwirte erhalten allein jährlich circa 5,8 Milliarden € **Direktzahlungen**. Um diese Direktzahlungen über die erste Säule auch nach 2013 im notwendigen Umfang sicherzustellen, müssen diese auch künftig gegenüber der Gesellschaft mit **gesellschaftlichen Leistungen** gut begründet werden - das auch deshalb, weil das Europäische Parlament einen viel größeren Einfluss haben wird. Nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags zum 1. Dezember 2009 wird das Parlament erstmals mit dem Ministerrat über die Agrarpolitik und den gesamten Haushalt verhandeln. Die Zeiten einer rein sektoralen Politik sind aus meiner Sicht damit vorbei.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

Die Agrarpolitik und die Politik für die ländlichen Räume werden absehbar nur noch dann so umfangreiche Finanzmittel bekommen, wenn sie auch sichtbar zur Erreichung anderer EU-Ziele beitragen. Die EU-Kommission nennt dies **EU-Mehrwert** und fordert, die europäischen Strategien und Ziele stärker darauf auszurichten. Das ist kein Schreckgespenst für die Landwirtschaft. Im Gegenteil, aus meiner Sicht stecken in diesem Prozess sehr viele Chancen auch für Schleswig-Holstein, das künftig einen noch strikteren Sparkurs fahren muss. Wir müssen es zum Beispiel schaffen, unausweichliche EU-Vorgaben nur minimal mit Landesmitteln und maximal mit EU-Mitteln umzusetzen.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann weder im Interesse der EU noch unseres Landes noch unserer Landwirtschaft sein, EU-Mittel nur deshalb nicht abrufen zu können, weil wir die Kofinanzierung nicht leisten können, gleichzeitig aber alle Auflagen und Vorgaben der EU auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Umweltschutzes erfüllen müssen.

Herr Voß, einen Teil dieser Grundgedanken finde ich in Ihrem Antrag wieder. Manches sehe ich allerdings auch sehr kritisch, zum Beispiel die Forderung, Lösungen zur Vermeidung der Überschusserzeugung auf den Märkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse anzubieten. Gerade weil die Agrarpolitik mit der **Steuerung von Produktionsmengen** in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht hat - die Milchquote ist dafür ein gutes Beispiel -, zieht sich die gemeinsame Agrarpolitik der EU seit der grundlegenden Reform Anfang der 90er-Jahre mehr und mehr davon zurück. Im Übrigen ist Schleswig-Holstein eine der am höchsten entwickelten und produktivsten Agrarregionen der Europäischen Union. Der überwiegende Teil unserer Produkte wird außerhalb des Landes abgesetzt. Das sollten wir nicht infrage stellen. Sonst würden wir unserem Land schaden.

Ebenso wenig halte ich von der alleinigen **Fokussierung** auf den **ökologischen Landbau** als Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft oder von der Bemessung der Ausgleichszahlungen nach der Zahl der Arbeitskräfte in einem Betrieb. Diese Forderungen schießen weit über das Ziel hinaus und werden von mir nicht unterstützt.

Der Landwirtschaft fällt eine Schlüsselrolle bei der Vermeidung und der Lösung gravierender Umweltprobleme zu. Gleichzeitig ist sie einem enormen Anpassungsdruck durch internationale Märkte aus-

gesetzt. Im ländlichen Raum stellt sie nach wie vor den wirtschaftlichen Kern dar. Wir können selbstbewusst sein und sagen: Die Landwirtschaft und die ländlichen Räume verfügen über ein wertvolles Potenzial, das über eine sinnvolle, zielgerichtete Weiterentwicklung der ersten und zweiten Säule der EU-Agrarpolitik genutzt werden sollte. Die Landwirtschaft kann und wird in Zukunft vermehrt Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen. Das muss fair entlohnt werden. Darin sind wir uns, wie ich glaube, alle einig.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Es ist - sicherlich auch durch meine Initiative - eine breite Diskussion über die künftige Agrarpolitik angestoßen worden. Es gab einen ausführlichen Meinungsaustausch zwischen Bundes- und Landesministern. Wir haben eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, um Lösungsvorschläge für die Agrarministerkonferenz Ende April 2010 in Plön vorzulegen. Im Interesse unseres Landes und unserer Landwirtschaft sollten wir nun gemeinsam an Lösungen arbeiten, die in Deutschland und in der EU mehrheitsfähig sind.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Aufgrund der Überschreitung der Redezeit der Frau Ministerin steht allen Fraktionen nunmehr das Recht auf weitere Redezeit von 2:17 Minuten zur Verfügung. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Bernd Voß von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf ein paar Punkte muss ich doch noch kurz eingehen. Damit das klar ist: Ich habe überhaupt nichts gegen **Immenhof** als Ponyhof und gegen die Revitalisierung und den Aufbau des **Bungsbergs**. Es ist nur die Frage, wie viel öffentliche Mittel wir dafür zur Verfügung stellen. Ansonsten finde ich die entsprechenden PR-Aktionen ausgesprochen klug und sinnvoll.

Es hat auch wieder Reflexe zum Stichwort „**Ökolandbau**“ gegeben. Ich bitte den Antrag ganz genau zu lesen. Wir haben den Ökolandbau dort bewusst als Leitbild ländlicher Wirtschaftsentwicklung bezeichnet. Er wird immer und überall dafür abgefeiert, dass er ländliche Entwicklungsziele,

(Bernd Voß)

Einkommensziele und so weiter erfüllt. Ich finde ihn aber - ich habe viele der Papiere gelesen, die jetzt mit Blick auf 2013 geschrieben werden - in der Masse der Papiere nicht wieder. Von daher sollten wir unser Augenmerk stark darauf richten, dass er entsprechend berücksichtigt wird.

Das nächste Thema ist die Frage der **Arbeitskräfte**. - Herr Rickers scheint sich bei der CSU informiert zu haben. Ich begrüße es, dass die Frage der Arbeitskräfte das erste Mal auch von der CDU erwähnt wird. Wir haben pro Arbeitskraft Differenzen mit einer Reichweite von 8.000 € im Durchschnitt bis 120.000 € zu registrieren, die Jahr für Jahr an Direktzahlungen gezahlt werden. Wir sind schlicht und einfach dazu verpflichtet, eine Diskussion darüber zu führen, wie wir zu einer gerechteren Verteilung der Zahlungen kommen können, um Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen. Wir können uns dem nicht verschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist an dieser Diskussion beteiligt. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet ebenfalls intensiv an diesem Thema und unterbreitet Vorschläge.

Nun zum Stichwort „Märkte“. Wenn wir **ländliche Wertschöpfung** wollen, dürfen wir - das haben gerade wir vonseiten der Grünen immer wieder betont - nicht immer neue Fördertöpfe aufmachen. Wir sagen vielmehr: Wir wollen, dass die Einkommen letztlich auf den Märkten erzeugt werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Herr Brodersen, es passt zur FDP, wenn Sie hier sagen: Die **Quote** hat gar nichts gebracht. - Natürlich will keiner mehr die alte Quote. Es gibt aber kluge Marktinstrumente, die man entsprechend einsetzen kann beziehungsweise mit denen man die Erzeuger - ob nun im Bereich der Landwirtschaft oder im Bereich der Fischerei - in die Lage versetzen kann, den Problemen der Überproduktion zu begegnen, die kleine Erzeuger haben. Auch das Kartellamt will eine entsprechende Ausgestaltung der rechtlichen Regelungen.

Die Quote hat vom ersten Tag an, als sie eingeführt wurde, für den europäischen Steuerzahler eine Einsparung von zig Milliarden €, eine Einsparung eines hohen zweistelligen Milliardenbetrags jedes Jahr, gebracht. Sie sagen hier aber, sie habe überhaupt nichts gebracht. Das passt ein Stück weit zur FDP: Es ist scheißegal, was mit den Haushalten los ist.

(Zurufe von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss und unterlassen Sie eine bestimmte Wortwahl.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Okay, Entschuldigung.

Ich komme zum Schluss. Ich denke, wir sind schlicht und einfach dazu verpflichtet, kluge Regeln für die Märkte zu entwickeln. Wir stellen fest - ich habe dafür ein Beispiel genannt -, dass in schwarzen Kreisen politisch ständig anders gehandelt wird. Es werden Exportsubventionen und Interventionen beschlossen, um nur einige Maßnahmen zu nennen, die mittelfristig letztlich massiv gegen Erzeuger wirken. Davon müssen wir, wie ich denke, endlich wegkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es ist Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Europaausschuss beantragt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die beiden Anträge Drucksachen 17/267 und 17/331 einstimmig dem Umwelt- und Agrarausschuss und dem Europaausschuss überwiesen worden.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung nunmehr die Tagesordnungspunkte 46, 22, 33 und 36 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Unverzügliche Neuordnung der Trägerschaft im SGB II

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Drucksache 17/22

b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 17/37

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

[Drucksache 17/203](#)

c) Optionskommunen erhalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/230](#)

d) Optionskommunen schaffen und erhalten

Antrag der Fraktionen von SSW, CDU und FDP

[Drucksache 17/264 \(neu\)](#)

e) Grundgesetzänderung notwendig - Zukunft der ARGEn sichern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/267](#)

Zunächst erteile ich dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat dem Sozialausschuss die Anträge Drucksachen 17/22 und 17/37 mit Beschluss vom 20. November 2009 zur Beratung überwiesen. Diese hat der Ausschuss in seiner Sitzung am 21. Januar 2010 beraten. Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen eigenen Antrag in die Beratung eingebracht. Der Ausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung ab:

Erstens. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von SPD und der LINKEN wird die Ablehnung des Antrages Drucksache 17/22 empfohlen.

Zweitens. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW wird Ablehnung des Antrages Drucksache 17/37 empfohlen:

Drittens. Im Rahmen des Selbstverfassungsrechts wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW die Annahme des folgenden Antrages empfohlen.

„Neuorganisation SGB II

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem Einsatz, die Neuorganisation des SGB II verfassungsfest, bürgerfreundlich und zeitnah zu gestalten. Der Landtag befürwortet dabei die Ergebnisse der Sonderkonferenz der 86. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 14. Dezember 2009. Der Landtag hält es für geboten, dass es bei der Ausgestaltung zu keiner Finanzverschiebung zulasten von Ländern und Kommunen kommt. Ebenso müssen die Mitwirkungsrechte der Länder und Kommunen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestärkt werden. Aus Sicht des Landtages besteht zudem die Notwendigkeit, das Optionsmodell (SGB II-Experimentierklausel) in seiner bisherigen Ausgestaltung zu entfristen sowie weiteren Kommunen die Möglichkeit zu geben, zu optieren.“

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Berichterstatter, ich danke Ihnen. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zur Begründung der Anträge gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Drei Monate sind vergangen, seitdem wir Grünen einen Antrag zur **unverzüglichen Neuordnung der Trägerschaft im SGB II** eingebracht haben. Drei kostbare Monate! Ich frage Sie: Was ist seitdem passiert? Viele Gespräche, viele Presseerklärungen und viele Ausschusssitzungen. Eine Lösung hat die Regierung noch nicht gefunden. Sie hat allerdings nur noch bis Ende dieses Jahres Zeit für eine gesetzliche Neuordnung. Das ist schon für eine einfachgesetzliche Regelung knapp bemessen. Bei einer Änderung des Grundgesetzes grenzt die Tatenlosigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Bundestagsfraktionen an Harakiri.

Unsere **grüne Bundestagsfraktion** hat im Dezember einen **Gesetzentwurf** eingebracht, der verfassungsfest und finanzkonform die Trägerschaft in SGB II neu ordnet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Marret Bohn)

Dieser Gesetzentwurf liegt in den Bundestagsausschüssen. Da liegt er ja auch gut. Im Januar wurde die Chance, inhaltlich darüber zu beraten, bereits vertan. Das finde ich unverantwortlich. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen rückt näher. Ich hoffe doch sehr, dass damit auch eine Lösung näher rückt.

Richtungswechsel gab es in der Debatte über die Verfassungswidrigkeit der ARGEn jede Menge. Olaf Scholz, seines Zeichens damals SPD-Arbeitsminister, wollte mit den Zentren für Arbeit und Grundsicherung eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung unter Führung der BA durchsetzen. Er wurde von der Riege der Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers jäh ausgebremst. Ursula von der Leyen, amtierende CDU-Bundesarbeitsministerin, wollte eine getrennte Trägerschaft von Kommunen und ARGEn in der Hoffnung, diese Variante käme ohne eine Grundgesetzänderung aus.

Die **getrennte Aufgabenwahrnehmung** - ich sage das hier noch einmal ganz deutlich für unsere Fraktion - ist aus unserer Sicht die denkbar schlechteste Lösung. Das wäre endgültig das Ende der Hilfe aus einer Hand, ein neuer alter Verschiebebahnhof für Langzeitarbeitslose und ein schwarzes Loch für Millionen neuer zusätzlicher Verwaltungskosten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Bundestagsfraktion und allen voran Landeschef Roland Koch wollen am liebsten die Option beibehalten und für weitere Kommunen öffnen. Letzteres wiederum lehnt die SPD ab. Das Politikkarussell dreht sich im Kreis und freut sich über die Geschwindigkeit.

Unseren Antrag vom November 2009 haben Sie nicht unterstützt. Unseren heutigen Antrag haben wir gestellt, nachdem aus dem Bundesarbeitsministerium angekündigt wurde, dass auch die Zukunft der schon vorhandenen **Optionskommunen** infrage gestellt wird. Das ist für uns Grüne völlig inakzeptabel. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom Dezember 2007 festgestellt, dass dezentrale Strukturen zentralen Strukturen vorzuziehen sind. Das ist einer der Gründe, warum wir Grünen in Schleswig-Holstein für eine kommunale Stärkung sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole: Wichtig ist, dass es jetzt bald zu einer Lösung kommt. Das liegt im Interesse der Arbeitslosen und im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jobcentern und in den Kommunen. Wir Grünen wollen, dass die Optionskommunen - Flensburg und Nordfriesland - erhal-

ten bleiben. Jedenfalls das sollten Sie heute unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sind sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene alle darin einig, dass die Unterstützung, Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosen aus einer Hand funktioniert. Aber anstatt gemeinsam dafür zu sorgen, dass die durch das Bundesverfassungsgericht beanstandete Mischverwaltung rechtlich abgesichert wird, verlieren sich SPD und CDU auf Bundesebene seit drei Jahren in ihren permanenten Machtspielchen.

Erst wollte die SPD noch in der Großen Koalition in Berlin eine Grundgesetzänderung, dann wollte die CDU sie nicht, die FDP dann auch nicht, aber dafür die CDU wieder ein bisschen, und jetzt muss die CDU sie wollen, und die SPD lacht sich ins Fäustchen. Positiv ausgedrückt kann man sagen, dass dies ein ganz schöner Zickzackkurs war. Negativ ausgedrückt haben wir es aber wohl eher mit einem Spießrutenlauf auf Kosten der Arbeitslosen und der in den Jobcentern angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun.

Aus Sicht des SSW sprechen viele Argumente dafür, die **Zusammenarbeit** zwischen **Arbeitsagentur und Kommunen** zu erhalten. Ein Kompetenzwarr zwischen diesen beiden Institutionen ist mit der Einführung der ARGEn und Optionskommunen ins Positive gewendet worden. Nicht nur, dass sich Arbeitsagenturen und Kommunen ergänzen, sie können gar nicht ohne einander. Die Arbeitsagentur bringt Kompetenzen wie Verwaltung und Buchführung mit. Die Kommunen haben dagegen ein stärkeres Handlungsinteresse und vor allem Vorteile durch ihr regionales Netzwerk. Sie sind mit kommunalen Diensten vernetzt, beziehen Familie und Sozialraum mit in die Beratung ein und setzen sich mit Engagement und Phantasie für die Vermittlung Arbeitsloser ein. Der SSW begrüßt daher ganz ausdrücklich, dass auf Bundesebene eine Lösung abzusehen ist, die das erprobte System **verfassungsrechtlich absichert** und die gewährleistet, dass die Arbeitsagenturen und Kommunen weiterhin in den ARGEn zusammenarbeiten können.

(Flemming Meyer)

Für den SSW steht allerdings neben der Erhaltung der ARGEN und ihrer rechtlichen Absicherung noch ein weiterer Punkt im Vordergrund: die **Optionskommunen**. Mit der Einführung der ARGEN wurde auch die Möglichkeit geschaffen, eine begrenzte Anzahl an Optionskommunen zu schaffen, die ihre Hartz-IV-Empfänger alleine betreuen dürfen. 69 solcher Kommunen gibt es derzeit, 171 weitere wollen gern optieren.

In Schleswig-Holstein hätten vier Optionskommunen gebildet werden können, allerdings haben sich nur die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg diese Arbeit zugetraut.

Die Optionskommunen sind nicht verfassungswidrig, sondern mit Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 des Grundgesetzes vereinbar. Es handelt sich hier nämlich nicht um eine Aufgabenübertragung, sondern um die gesetzliche Ermöglichung des Zugriffs der einzelnen Kommunen auf bestimmte Aufgaben. Eine Begrenzung der Anzahl der Optionskommunen auf 69 lässt sich nicht aus der Verfassung herleiten. Die Zahl 69 kam nur zustande, weil jedes Land so viele Optionskommunen zulassen durfte, wie es Stimmen im Bundesrat hatte. Bisher sind die **Optionskommunen** bis Ende 2010 befristet. Erfreulicherweise setzen sich CDU und FDP aber nicht nur für eine **Fortführung**, sondern auch für einen **Ausbau** ein. Der SSW teilt diese Zielsetzung.

(Beifall beim SSW)

Wir brauchen eine Entfristung und eine Ausweitung der Optionskommunen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Die von der SPD angestrebte Erweiterung um 10 bis 15 % reichen aus unserer Sicht nicht aus. Das wären maximal elf Kommunen in ganz Deutschland. Allein in Schleswig-Holstein wollen aber sechs Kreise und die Stadt Flensburg optieren. Die Zielsetzung muss aus Sicht des SSW also ganz klar heißen, dass nicht nur die Arbeit der ARGEN verfassungsrechtlich abgesichert wird, sondern dass auch jede Kommune, die optieren will, auch optieren kann. Nur so schaffen wir die optimalen Rahmenbedingungen für eine regionale Arbeitsmarktpolitik, die wirklich Hilfe aus einer Hand sichert.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben als SPD eben zusammen mit CDU und FDP versucht, uns noch ein wenig abzustimmen. Ich mache auch gleich einen Vorschlag, wie man in dem Verfahren zur Neuordnung der ARGEN und der Optionskommunen in Schleswig-Holstein, aber auch bundesweit, weiterkommen kann. Nachdem der Streit innerhalb der CDU über die Zukunft der ARGEN Anfang Februar 2010 eine entscheidende Wendung erfahren hat, ist auch hier im Hohen Haus die in Papierform vorliegende Antragslage in Bewegung geraten. Nachdem die Bundesarbeitsministerin von der Leyen und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Widerstand gegen eine Grundgesetzänderung aufgegeben haben, haben bereits erste Gespräche der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen mit der SPD stattgefunden.

Ziel ist es, mit einer **Grundgesetzänderung** dafür zu sorgen, die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur und Kommunen verfassungsfest zu gestalten. Die SPD und die Ministerpräsidentin der Bundesländer haben dabei immer die Grundgesetzänderung favorisiert. Jetzt gilt es, schnell Klarheit zu schaffen, damit die Betroffenen, die Arbeitssuchenden, auch weiterhin aus einer Hand betreut werden können und damit auch die Beschäftigten der Arbeitsgemeinschaften eine verlässliche Zukunftsperspektive haben.

Wie wichtig hoch motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, belegen auch die heutigen Zeitungsberichte über den **Prüfbericht** des **Landesrechnungshofes**. Mit einer Grundgesetzänderung wird es uns auch gelingen, den beiden in Schleswig-Holstein bestehenden Optionskommunen in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg eine verlässliche Zukunftsperspektive zu geben.

Für die SPD ist aber auch klar, dass es bei der **Neuordnung der Trägerschaft** der **ARGEN** weder zu einer Kürzung der Mittel für die Arbeitssuchenden noch zu einer Kürzung bei der Arbeitsförderung kommen darf. Die bestehenden Fördermaßnahmen und die bundesgesetzlich festgeschriebene Zahl der Vermittler müssen erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang will ich auf den Bericht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes hinweisen, in dem festgestellt wird, dass die zentrale Bedeutung der Grundsicherung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit der Bundesrepublik Deutschland **eine einheitliche gesetzmäßige Rechtsanwendung** erfordert. Über die für die kon-

(Wolfgang Baasch)

krete Leistungsgewährung wesentlichen Merkmale muss daher bundesweit einheitlich rechtmäßig entschieden werden.

Dieser Appell im Bericht des Bundesrechnungshofs ist mit einer Bewertung der verschiedenen Modelle der Arbeitsgemeinschaften und der zugelassenen kommunalen Träger, der Optionskommunen, verbunden. Im Vergleich dieser Organisationsformen kommt der Bericht des Bundesrechnungshofes auch bei Feststellung vieler Unzulänglichkeiten in den jeweiligen Modellen zu einer Bewertung, die das System der Arbeitsgemeinschaften eindeutig stärkt.

Unter Maßgabe der neuen Diskussion auf Bundesebene und unter Einbeziehung unserer regionalen schleswig-holsteinischen Erfahrungen sowie unter Hinzuziehung des Berichts des Präsidenten des Bundesrechnungshofes sollten wir alle vorliegenden Anträge vielleicht noch einmal im Sozialausschuss beraten. Ich bitte daher für die SPD-Fraktion um Überweisung der Anträge an den Sozialausschuss und sage zu, dass die SPD-Landtagsfraktion bereit ist, schnell und konstruktiv an Lösungen mitzuwirken. Diesen Weg unterstützt auch der Vorsitzende des Sozialausschusses. Herr Vogt hat schon gestern eingeladen und alle Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung am 4. März 2010 gesetzt.

Vor dem Hintergrund der notwendigen Neuordnung der ARGEN und der Sicherung der beiden schleswig-holsteinischen Optionskommunen werden wir als Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein auch auf Bundesebene den Weg konstruktiv begleiten und mitgestalten. Daher freue ich mich auf eine Fortsetzung der Diskussion im Sozialausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine gute und effektive Arbeitsmarktpolitik zeichnet sich häufig dadurch aus, dass sie vor Ort stattfindet und regional arbeiten kann. Dort sind die Menschen und die Situationen persönlich bekannt. Es ist auch für die Betroffenen wichtig, dass Arbeitsplatz, Familie, Freizeit und Kultur in einem möglichst gemeinsamen Rahmen gesehen werden. Deshalb ist es von Bedeutung, dass wir **Optionskommunen** haben, sie **entfristen** und ihnen **weite-**

re Möglichkeiten eröffnen. Das ist der wichtigste Appell an Berlin.

(Beifall bei CDU und FDP)

Daher haben wir vonseiten des SSW, der FDP und der CDU gesagt: Das wollen wir heute als Signal deutlich machen.

Herr Kollege Baasch, in einigen Punkten haben Sie sich uns angenähert. Ich glaube, dass wir ein Signal von diesem Parlament aus dahin gehend ausgeben müssen, wo wir stehen. Dass wir dieses Signal heute schon geben sollten, schließt nicht aus, dass wir uns im Ausschuss weiter ganz offen über die Dinge unterhalten und austauschen. Auch die Grünen haben dazu eine differenzierte Meinung, mit der man sich gut auseinandersetzen kann.

Sie von der SPD haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie **bestehende Optionskommunen** langfristig sichern wollen. Ich habe es dargelegt, dass uns der Begriff „bestehend“ zu wenig ist. Wenn wir eine Verfassungsänderung bekommen, dann muss Berlin schnell handeln. Rückwärtsgewandte Diskussionen helfen uns in dieser Frage nicht weiter.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich formuliere es einmal so: **unter einem Dach** und **aus einer Hand**, meinethalben beides zusammen; hauptsache, es ist verfassungsfest und effektiv. Das sind die Dinge, auf die es in unserer Diskussion ankommt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb unterstützen wir die Landesregierung dabei, diesen Weg zu gehen und ihn in den Verhandlungen auf Bundesebene durchzusetzen und umzusetzen. Die Zeit drängt. Sie drängt unglaublich, und ich kann nur das wiederholen, was in der Debatte am Mittwoch schon deutlich wurde: Die Menschen erwarten von uns eine Aussage, mit der sie etwas anfangen können. Wir wollen auch deutlich sagen: Wir wollen die Bundesagentur für Arbeit nicht überdominant sehen. Ich glaube, auch das ist ein ganz wichtiger Punkt in dieser Debatte, für den wir miteinander mit unseren regionalen Bezügen stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Thema Reibungen und Probleme hinzufügen. Ich kann es nur wiederholen: Wir haben eine Vielzahl an Verfahren. Wir müssen uns auch bei dem jetzigen System die Frage stellen, wie die tatsächliche **Wirk-**

(Werner Kalinka)

samkeit der **begleitenden Sozialmaßnahmen** ist. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, ob das wirklich ausreichend und optimal ist. Ich glaube, hier gibt es noch Defizite, über die man sprechen muss.

Wenn ich an die Debatte von Mittwoch denke, dann ist eines bemerkenswert: Sie sagen zu Hartz IV, in der Grundstruktur soll alles so bleiben, wie es ist. Auf Landesebene sagen Sie das etwas differenzierter als auf Bundesebene. Ansonsten wird Hartz IV in allen Bereichen heftig kritisiert so wie es an dem Tag auch passiert ist. Das passt nicht so ganz zueinander.

Mit Aufmerksamkeit habe ich gelesen, dass die Sozialdemokraten in Ihrem Antrag schreiben: Es darf keine Kürzung der Mittel für Arbeitssuchende geben. Das ist eine interessante Formulierung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt: 420 €, DIE LINKE sagt: 500 €, Sie sagen: keine Kürzung. Ich habe es wohl registriert, dass Sie sagen, Sie wollen keine pauschalen Ausweitungen.

Herr Kollege Stegner, wenn ich Ihre Rede von Mittwoch höre, in der Sie einen Strauß von neuen Forderungen aufgestellt haben, dann muss man Ihnen auch entgegenen, eine Wunsch-dir-was-Debatte schadet einer zukunftsorientierten Sozialpolitik. Das gehört auch zu dieser Diskussion.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Denn wir brauchen auch das Geld, um es finanzieren zu können. Wenn man sich vor Augen hält, was gestern in **Lübeck** beschlossen wurde, muss man sagen, dort macht man es sich sehr einfach. Nur mehr Ausgaben zu beschließen, ist weder eine kommunal verantwortliche Politik noch wird sie den Problemen gerecht. Das gehört auch zu dieser Diskussion, die wir führen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie uns weitere Punkte auch im Ausschuss miteinander intensiv diskutieren. Wir werden dies sorgfältig und gern tun. Wir werden dann auch den Fokus darauf zu richten haben, wo wir tatsächlich ein **Mehr an Hilfen** geben wollen. Dieses wird bei Kindern, in Härtesituationen und bei Härtefällen sein. Heute ist eine politische Entscheidung zu treffen, zumindest sollten wir jedoch ein Signal geben, wo es hingehen soll, damit wir auch in Berlin eine Weichenstellung mit auf den Weg geben. Ich hoffe, dass dies ein wichtiges Signal ist. Ansonsten mag unsere Debatte in manchem Punkt begrenzt sein. Es

gibt aber auch Anliegen, in denen wir uns ein Stück annähern und wo es sich lohnt, gemeinsam zu schauen, ob wir einen schleswig-holsteinischen Korridor und Eckpfeiler hinbekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Dezember 2007 hat das **Bundesverfassungsgericht** entschieden, dass die Organisation der ARGE in der jetzigen Form mit kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundes und der Zuständigkeit für kommunale und Bundesaufgaben eine **unzulässige Mischverwaltung** darstellt, die Verantwortlichkeiten zwischen den Trägern intransparent und deshalb diese Organisationsform verfassungswidrig ist. Der Gesetzgeber soll bis Ende 2010 eine Organisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II vornehmen, die dem föderalen System des Grundgesetzes entspricht. Einigen konnte sich die Politik in Berlin bis heute nicht, und das, obwohl zum Beispiel die Große Koalition in der letzten Legislaturperiode über die entsprechenden Mehrheiten im Bundestag wie auch im Bundesrat verfügte.

Die **Bundesregierung** hat nunmehr in dieser Legislaturperiode einen **Gesetzesentwurf** vorgelegt, der die **getrennte Aufgabenwahrnehmung** von kommunalen und Bundesaufgaben in jeweils eigener Zuständigkeit vorsieht. Das bedeutet im Grundsatz, dass sich der Leistungsberechtigte wegen der KdU an eine kommunale Dienststelle wenden muss und wegen der Regelsatzleistungen und der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen an die Bundesagentur. Zwar sollte zwischen beiden Dienststellen eine enge Zusammenarbeit stattfinden, aber das würde für den Leistungsempfänger zwei Bescheide, zwei Rechtsmittelwege und das Aufsuchen von zwei Dienststellen bedeuten.

Ungeklärt ist auch, wie eine zweimalige Prüfung der Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit vermieden werden und wie der notwendige Datenaustausch einschließlich EDV-Unterstützung funktionieren soll. Die Lösung der **getrennten Aufgabenwahrnehmung** ist meilenweit von dem Gedanken der Hilfen aus einer Hand entfernt, **verwaltungsunökonomisch** und deshalb schon vom Ansatz her abzulehnen.

(Anita Klahn)

(Beifall der Abgeordneten Kirstin Funke [FDP])

Der richtige Weg ist die sogenannte **Option**, also die Einrichtung von kommunalen Dienststellen, die in Selbstverwaltung die kommunalen und die Bundesaufgaben wahrnehmen.

Hier ist, anders als in den Jobcentern, ein einheitlicher Personalkörper mit kommunalen Mitarbeitern gegeben, die Organisationsverantwortung liegt in einer Hand, die Verantwortung ist transparent geregelt, und insbesondere sind die **Hilfen aus einer Hand** uneingeschränkt für die Leistungsberechtigten nach dem SGB II gewährleistet. Entgegen den Unkenrufen der Bundesagentur für Arbeit haben sich die 69 Optionskommunen auch gut bewährt und brauchen den Vergleich mit den Jobcentern nicht zu scheuen.

Die Option hat noch einen Vorteil. Der **Bund** hat über die Arbeitsmarktmaßnahmen nur die **Rechtsaufsicht**. Das bedeutet, dass anders als bei den Jobcentern, die Bundesagentur nicht bis ins Detail vorgeben kann, wie die Arbeitsmarktpolitik vor Ort auszusehen hat. Denn Arbeitsmarktpolitik und die Ansätze zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt sind in München sicherlich anders zu bewerten als zwischen Nord- und Ostseeküste.

Die Neuorganisation des SGB II muss verfassungsfest, bürgerfreundlich und zeitnah vorgenommen werden. Ich möchte den hervorragenden Einsatz der Landesregierung hervorheben, die sich erfolgreich auf Bundesebene für genau diese Ziele eingesetzt hat. Dieses hat insbesondere Minister Dr. Heiner Garg auch von vornherein und mit Nachdruck eingefordert.

Die Bundesregierung ist nach langen Verhandlungen mit den Ländern nunmehr dieser Linie auch gefolgt, und es wird mit der SPD wegen der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Parlament derzeit über eine entsprechende **Grundgesetzänderung** verhandelt. Hier sollte angesichts der Zeitenge die SPD aber auch Flexibilität zeigen und nicht mit der neuen Forderung nach einer Bundesaufsicht über die Optionskommunen, also der Einführung einer Fachaufsicht, Sand ins Getriebe streuen und damit gar eine Mindestlohndebatte verknüpfen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Aussagen des Abgeordneten Baasch aus der Aktuellen Stunde lassen hoffen, dass hier vonseiten der SPD keine Spielchen getrieben werden.

Meine Damen und Herren, es bleibt nur noch wenig Zeit für die Grundgesetzänderung, der gesetzlichen Anpassung des SGB II und der notwendigen Organisationschritte, nämlich weniger als zehn Monate. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter muss schnellstens Klarheit geschaffen werden, was mit ihnen geschehen soll. Die Hilfen müssen aus einer Hand gewährt werden, damit ohne Einschränkung nach dem Prinzip des Förderns und Forderns arbeitslose Menschen wieder in Arbeit gebracht werden. Ein Defizit hier können wir uns aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen auf keinen Fall leisten.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag Drucksache 17/264 (neu), damit wir Minister Dr. Garg für die anstehenden Beratungen mit einem deutlichen Votum des Landes Schleswig-Holstein ausstatten können.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Kollegin Jansen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte um die ARGEn und die Optionskommunen und die notwendige Änderung des Grundgesetzes zeigt nur eins: Hier geht es in erster Linie um **politische Eitelkeiten** und letztlich überhaupt nicht um die, um die es gehen sollte, nämlich die Langzeitarbeitslosen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer darf was; wer ist für was zuständig; wer hat wo was zu sagen? Das sind die Fragen, die die herrschende Politik momentan bewegen und über die die Betroffenen, die Langzeitarbeitslosen, nur verständnislos mit dem Kopf schütteln können.

(Beifall bei der LINKEN)

Denen kann es vollkommen egal sein, welche Modelle dazu dienen sollen, die Hartz-IV-Gesetze umzusetzen. Denn diese Gesetze sind an sich schon nicht tauglich,

(Beifall bei der LINKEN)

Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Trotz dieser gesamten Gesetzesregelungen hat die Armut zugenommen, die Arbeitslosigkeit hat ebenfalls zugenommen. Dies und nichts anderes ist der Kern des Problems. Deswegen macht weder eine Verfas-

(Antje Jansen)

sungsänderung noch eine Ausweitung des Systems der Optionskommunen tatsächlich Sinn.

Wir schließen uns der Einschätzung von Annelie Buntenbach, die sowohl dem DGB-Vorstand als auch dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit angehört, an. Sie erwartet, dass nicht unsere bewährte Verfassung an die schlechte Praxis angepasst wird, sondern umgekehrt. Sie bezeichnet es als Armutszeugnis, dass statt einer sinnvollen Hartz-IV-Reform der faule Kompromiss zu den ARGen und Optionskommunen mit all dem bürokratischen Chaos in Beton gegossen und dafür auch noch das Grundgesetz geändert werden soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Ausweitung der Optionskommunen** hätte zur Folge, dass sich die Regeln für die Betreuung künftig von Ort zu Ort unterscheiden. Ein solcher Flickenteppich wird dem Problem Arbeitslosigkeit nicht gerecht. Es wäre eine schwere Hypothek für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wenn sich Langzeitarbeitslose künftig statt an eine Behörde zusätzlich an eine andere Behörde wenden müssten.

Das Verfassungsgebot der **Existenzsicherung** trägt nur eine **einheitliche Lösung** für die Betreuung Langzeitarbeitsloser. Mit der geplanten Verfassungsänderung wird der Verzicht auf eine wirksame Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik fortgeschrieben. Stattdessen müsste eine komplette Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf die Tagesordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass erwerbslose Menschen in zwei Klassen eingeteilt werden, dass zwischen Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld I, die zum Arbeitsamt gehen, und Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II, die zur ARGE gehen müssen, unterschieden wird, ist nicht hinnehmbar. Für eine **einheitliche Arbeitsmarktpolitik**, die gleiche Rechte für alle Erwerbslosen ermöglicht, muss ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztendlich wird sich das Problem der Massenarbeitslosigkeit aber nur lösen lassen, wenn die seit fast 20 Jahren schwächelnde **Binnenkonjunktur** endlich wirksam gestärkt wird. Diese leidet nun einmal vornehmlich daran, dass immer mehr Menschen immer weniger Geld in der Tasche haben. Die unterdurchschnittlichen Einkommen, seien es Renten, Sozialleistungen oder Niedriglöhne, müssen deutlich aufgebessert werden. Diese zusätzlichen Einkünfte werden dem Wirtschaftskreislauf

unmittelbar zugute kommen und nicht auf Spar- oder Finanzmarktkonten volkswirtschaftlich sinnlos versauern. Für diese wirkungsvollen Wege zur **Überwindung von Hartz IV** setzt sich DIE LINKE mit aller Kraft ein. Wir wollen die Überwindung, wir möchten, dass die Hartz IV-Gesetze abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Herrn Kalinka möchte ich noch sagen: Der Weg, den wir gestern in Bezug auf Lübeck beschritten haben, nämlich uns für die Schwächeren einzusetzen und ihnen aus der Armut herauszuhelfen, war der richtige Weg. Wir haben gesagt: Flughafen: Nein, aber Sozialleistungen: Ja.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit Urteil vom 20. Dezember 2007 die sogenannte **Mischverwaltung** von Bund und Ländern in den **Arbeitsgemeinschaften** zur Erbringung der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch für verfassungswidrig erklärt. Das würde dazu führen, dass § 44 SGB II, der die Zusammenarbeit der Leistungsträger in den ARGen regelt, zum Ende des Jahres 2010 außer Kraft tritt. Über das hieraus folgende Erfordernis haben wir in diesem Landtag nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern bereits in der letzten Legislaturperiode immer wieder heftig miteinander diskutiert. Dabei gab es immer einen sehr breiten Konsens zwischen SPD, CDU und FDP darüber, dass wir eine Grundgesetzänderung zur Absicherung der Hilfen aus einer Hand unterstützen wollen, dass wir eine solche Grundgesetzänderung erreichen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Zur Neuregelung der Verwaltungszuständigkeiten haben dann die Koalitionspartner auf Bundesebene zunächst eine verfassungsfeste Trägerzuständigkeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung vereinbart, weil diese Grundgesetzänderung in der vergangenen Legislaturperiode nicht möglich gewesen ist. Ich finde, heute ist nicht der Tag, zurückzuschauen

(Minister Dr. Heiner Garg)

und Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, sondern heute besteht durchaus Grund zur Erleichterung, weil es so aussieht, als könnten wir diese **Grundgesetzänderung** erreichen. Insofern sind ein eindeutiges Signal und eine eindeutige Unterstützung dieses Landtags für das, was im Moment in Berlin geschieht, außerordentlich hilfreich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Landesregierung hat im Übrigen wie die Vorgängerregierung - das zu sagen, gehört auch zur Fairness - nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie die getrennte Aufgabenwahrnehmung kritisch sieht. Das Prinzip der **Hilfen aus einer Hand** müsste aufgegeben werden, und das ist mit Sicherheit nicht im Sinne der Hilfe suchenden Menschen. Letztlich waren die Argumente der Länder überzeugend, und man hat sich mit dem Bund grundsätzlich darauf verständigt, den Weg einer Grundgesetzänderung zu gehen. Im Übrigen war es nie ein Konflikt zwischen den Landesregierungen beziehungsweise zwischen den Ländern, sondern in dieser Frage bestand immer ein Bund-Länder-Konflikt. Die Landesregierungen, gleich wer sie gestellt hat, wollten stets die Hilfen aus einer Hand beibehalten und wollten dies grundgesetzlich absichern. Hierzu darf ich noch einmal an den **ASMK-Beschluss** im vergangenen Dezember und an den Beschluss der Sonder-ASMK erinnern.

Die Position der Landesregierung für das weitere Verfahren stellt sich wie folgt dar: Die Landesregierung will die **Grundgesetzänderung**. Im Zusammenhang damit steht die Fortführung der Zusammenarbeit von Bundesagentur und kommunalen Trägern und die Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung durch die zugelassenen kommunalen Träger auf Dauer. Sowohl der Ministerpräsident als auch ich haben uns auf allen Ebenen intensiv hierfür eingesetzt. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass es auf Bundesebene endlich zu der Verständigung gekommen ist, nunmehr an der Realisierung eines entsprechenden **Organisationsmodells** zu arbeiten, das eben auch die **kommunale Option auf Dauer** verfassungsfest absichert.

(Beifall bei der FDP)

Bundesarbeitsministerin Frau Dr. von der Leyen hat heute eine **Bund-Länder-Arbeitsgruppe** zur SGB-II-Neuorganisation einberufen, der neben der Bundesarbeitsministerin unter anderem der sächsische Ministerpräsident Tillich, Frau Staatsministerin Dreyer aus Rheinland-Pfalz, die Herren Steinmeier, Kolb und auch ich angehören werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Staatssekretärin vertritt mich heute.

Lieber Kollege Baasch, wir haben das beinahe auf Zuruf gemacht: Natürlich ist die **Bundesaufsicht** noch eine strittige Frage, die geklärt werden muss. Es ist klar, dass auf der einen Seite der Bund, wenn er Geld gibt, auch ein Interesse daran hat, die Aufsicht auszuüben, auf der anderen Seite widerspricht das der Philosophie der Optionskommunen. Das ist zum Beispiel ein Punkt, der in dieser Arbeitsgruppe diskutiert werden muss.

Frau Kollegin Bohn, ich kann Sie beruhigen: Die Arbeitsgruppe soll bis Ende März 2010 Ergebnisse vorlegen.

Ich werde mich in dieser Arbeitsgruppe auf der skizzierten Linie für die aus meiner Sicht vernünftige und sachgerechte Lösung einsetzen, die in der Landesregierung absoluter Konsens ist. Zugleich ist klar - davon lasse ich mich leiten -, dass wir im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ARGEN und Optionskommunen **schnell** zu einer **Einigung** kommen müssen. Es geht um ein Sozialsystem, von dem rund 6,7 Millionen Leistungsbeziehenden und Leistungsbezieher abhängen. Für diese Menschen muss die Zahlbarmachung der Leistungen im neuen System zum 1. Januar 2011 sichergestellt sein. Vor allem aber muss es darum gehen, das Prinzip der Hilfen aus einer Hand zu stärken und weiterzuentwickeln.

Im Übrigen gilt nicht nur seit der heutigen Berichterstattung im schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag, sondern grundsätzlich: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGEN und der Optionskommunen brauchen endlich Sicherheit darüber, wie es für sie weitergeht. Diese Sicherheit haben sie seit 2007 nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir brauchen verlässliche Strukturen, an deren Verfassungsfestigkeit und Rechtssicherheit kein Zweifel mehr bestehen darf. Die Anstrengungen der Politik und der Fachkräfte in den ARGEN und in den Optionskommunen vor Ort müssen sich endlich wieder darauf konzentrieren, wie Menschen dauerhaft in Arbeit gebracht werden können. Das ist das Prinzip des Förderns und Forderns aus einer Hand.

Ich freue mich über den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und SSW, weil er auf die regionalen Kompetenzen setzt, weil er ganz klar sagt, dass die regionalen Kompetenzen vor Ort genutzt werden müssen. Ich freue mich auch deswegen, weil dies heute angesichts der Konstituierung der eben er-

(Minister Dr. Heiner Garg)

wählten Arbeitsgruppe genau das richtige Signal hier aus diesem Landtag ist. Eigentlich wäre es schön gewesen, wenn es noch eine breitere Zustimmung hätte finden können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Darüber stimmen wir zunächst ab. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Für die Ausschussüberweisung haben die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE LINKE votiert. Die anderen Fraktionen haben gegen eine Ausschussüberweisung votiert.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen in der Sache und hier zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/230. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und SSW, Drucksache 17/264 (neu). Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Ergebnis lautet wie folgt: Der Antrag Drucksache 17/264 (neu) wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE angenommen.

Wir stimmen jetzt aber über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/267 ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Der Sozialausschuss empfiehlt weiterhin, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/22, abzulehnen. So möchte ich abstimmen lassen. Dazu hat jetzt noch einmal Herr Kalinka kurz das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Ich wollte nur auf Drucksache 17/203 aufmerksam machen, in der der gesamte Beschluss des Sozialausschusses zu den Anträgen zusammengefasst ist.

Präsident Torsten Geerds:

Wir müssen dennoch einzeln abstimmen, weil es einzelne Tagesordnungspunkte waren. So ist mir das gerade mitgeteilt worden.

Der Sozialausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/22, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das Votum des Ausschusses bestätigt worden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und DIE LINKE.

Damit haben wir das Ergebnis festgestellt.

Weiter empfiehlt der Sozialausschuss, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/37, abzulehnen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Damit wurde das Votum des Ausschusses ebenfalls bestätigt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW.

Damit kommen wir zur nächsten Abstimmung. Weiterhin haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag mit Drucksache 17/203 einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Wer mit der Übernahme dieser Entschließung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Jürgen Weber [SPD]: Das war euer Antrag!
Dann müsst ihr dafür stimmen!)

- Ich wiederhole das. Es gibt ein Votum zu einem Entschließungsantrag des Ausschusses, und darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dem Entschließungsantrag des Sozialausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde diesem Antrag die Zustimmung erteilt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW.

(Präsident Torsten Geerds)

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 45 auf:

Sicherung des Landestheaters Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 17/280

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/304

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/330

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hans Müller für die SPD-Fraktion.

Hans Müller [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist das unstrittige Ziel aller Fraktionen hier im Landtag, dass alle Bürgerinnen und Bürger unseres Flächenlandes Zugang zu möglichst vielen kulturellen Angeboten haben,

(Beifall bei der LINKEN)

ohne dass sie durch unüberwindbare wirtschaftliche oder räumliche Grenzen daran gehindert werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner stehen vier Theaterstandorte zur Verfügung: Kiel, Lübeck, das **Landestheater** mit den Dependancen und Hamburg. Während die Menschen im südlichen Landesteil also zwei oder sogar drei Theaterstandorte in erreichbarer Nähe haben, ist dieses Angebot für den **nördlichen Landesteil** von der Zukunft des Landestheaters abhängig.

Gegenüber der Spielzeit 1996/97 ist die **Zahl der Besucher** zu Aufführungen des Landestheaters bis zur Spielzeit 2008/09 um 32 % **rückläufig**. Das Landestheater steht damit allerdings nicht allein; in dem gleichen Zeitraum gab es auch einen Rückgang in Lübeck zu verzeichnen, einzig Kiel hatte Zuwächse. Allerdings ist dieser Rückgang nicht unvermeidlich und kein Gesetz. In Lübeck hat sich gezeigt, dass durch besondere Anstrengungen die Besucherzahlen deutlich erhöht werden können.

Es ist bundesweit auch nichts Ungewöhnliches, dass jede einzelne Eintrittskarte hohe öffentliche Subventionen in Anspruch nimmt. Das war bislang allgemeiner Konsens.

Die ab 2010 bestehende Deckelung der Theatermittel aus dem **kommunalen Finanzausgleich** auf 36,7 Millionen € - ein stolzer, stattlicher Betrag; das muss man sagen - ist trotzdem nicht auskömmlich. Wenn wir heute über mögliche Lösungen für das Landestheater reden, müssen wir uns immer auch vergegenwärtigen, dass vergleichbare Schwierigkeiten in absehbarer Zeit auch auf das Theater Lübeck und mittelfristig auch auf das Theater Kiel zukommen werden.

Es hat in den vergangenen Wochen eine große Zahl von Gesprächen gegeben, die die einzelnen Fraktionen, aber auch die Kulturpolitiker des Bildungsausschusses geführt haben. Ich bedanke mich bei meiner Kollegin Frau Herold, die eine Reihe dieser Gespräche initiiert, organisiert und moderiert hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

- Ja, das ist so.

Die Leitung des Landestheaters mit dem amtierenden und dem künftigen Intendanten hat ein **Finanzierungskonzept** vorgelegt. Seine Elemente sind die Aufstockung der Gesellschafterzuschüsse, um frühere Kürzungen durch Flensburg zu kompensieren - Flensburg beteiligt sich daran -, ein Wiedereinstieg in die Dynamisierung des Anteils des kommunalen Finanzausgleichs und der Gesellschafteranteile sowie ein weiterer Haustarif.

Die dabei eingerechneten neuerlichen Zumutungen für das Personal sind aus meiner Sicht, wenn überhaupt, nur zu rechtfertigen, wenn diese große **Vorleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** entsprechend belohnt wird. Wir haben heute vor dem Landeshaus gesehen, wozu diese Künstler in der Lage sind. Sie können innerhalb kürzester Zeit eine gute Stimmung herstellen. Ob uns das immer so gelingt, daran habe ich Zweifel.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Spartenschließungen möglichst vermeiden, nicht nur, weil sie das Angebot und damit die Attraktivität des Landestheaters schmälern würden. Sie würden nichts anderes bedeuten, als dass diejenigen, die bereits in den letzten drei Jahren auf Einkommen verzichtet haben in der Erwartung, dadurch zur Stabilisierung beizutragen, erneut ver-

(Hans Müller)

zichten müssten beziehungsweise entlassen werden. Das ist keine Belohnung.

SPD, Grüne und SSW - ursprünglich hatten wir vor, mit allen Parteien in diesem Haus eine Einigung herbeizuführen; aber es ist bei diesen dreien geblieben - legen Ihnen deshalb einen Antrag vor, der die Landesregierung darin bestärkt, Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über eine der drei Säulen des Theaterkonzepts, nämlich die **Wiedereinführung der Dynamisierung**, zu verhandeln. Diese Dynamisierung soll zunächst auf drei Jahre begrenzt werden und dem Landestheater Gelegenheit geben, organisatorische Einsparungen zu prüfen und zu realisieren.

In die Debatte um die Struktur und die Organisation im künstlerischen Bereich wollen wir uns nicht einmischen. Ich möchte erwähnen, dass es in Lübeck aus dem Bereich des Theaters ein Papier gibt, das in Richtung **Theaterfinanzierung** durchaus hilfreich sein kann. Es ist lesenswert. Ein Autor, der Theaterdirektor Christan Schwandt, sitzt da oben. Dieses Papier verdient Aufmerksamkeit. Die Theaterfinanzierung kann nicht von einer Stelle aus aufgelöst werden.

Der Landtag muss heute ein klares Signal zugunsten des Landestheaters aussenden. Das jedenfalls ist unser Standpunkt.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, der Ihnen in der Drucksache 17/280 vorliegt.

Ich möchte eine weitere Bemerkung machen. Vorhin hat der Minister gesagt, dass das mit den **kommunalen Landesverbänden** wohl nicht so recht funktioniert habe. Wir hatten zwei Gespräche mit Vertretern der kommunalen Landesverbände. Wir hatten durchaus den Eindruck, dass da noch Spielraum besteht. Es muss allerdings weiter verhandelt werden. Das muss bald passieren und darf nicht auf die nächsten zwei Jahre verschoben werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Wilfried Wengler.

Wilfried Wengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine heutige Rede fällt mir als kulturpolitischem Sprecher der CDU-Fraktion nicht leicht, erst recht nicht

angesichts der heutigen niveauvollen Demonstration. Auch ich möchte unsere vielfältige Kulturlandschaft, hier insbesondere unsere Theaterlandschaft, erhalten. Ich kann auch alle Bürgerinnen, Bürger, Gruppen und Institutionen verstehen, die um den ungeschmälernten Erhalt ihres Landestheaters kämpfen. Aber es muss auch gestattet sein, dieses Thema nicht nur aus dem regionalen Blickwinkel zu betrachten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Die „sh:z“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 24. Februar 2010 - ich darf zitieren, Herr Präsident -:

„Wenn das Land Schleswig-Holstein wegen seiner großen Finanznot ab 2011 jedes Jahr 80 Millionen € zur Etatsanierung erhält, muss Carstensen das Defizit jährlich ein Zehntel verringern - das sind 125 Millionen €. Verpasst er diese Marke, gibt es auch den Zuschuss nicht.“

Vor diesem Hintergrund haben wir nun zwei Anträge der Oppositionsfraktionen vorliegen, die eine **Erhöhung der Zuwendungen** an die Theater vorschlagen.

Im Fall des Antrages der SPD, der Grünen und des SSW reden wir über einen Betrag von rund 2,2 Millionen €.

(Johannes Callsen [CDU]: Und das ist ein Sparbeitrag!)

Da die kommunalen Landesverbände bereits ihre Ablehnung zu einer Erhöhung des Vorwegabzuges aus dem FAG signalisiert haben, müsste dieser Betrag aus dem Landeshaushalt erbracht werden. **Deckungsvorschläge,**

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Null!)

geschweige denn eine angesichts unserer Haushaltssituation erforderliche Überkompensation sucht man jedoch vergeblich. Dem konstruktiven Ansatz der Position zwei des Antrags, Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges, kann ich durchaus folgen, allerdings mit einer Einschränkung. Wir werden uns keine drei Jahre Zeit für die Erstellung leisten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein solches Konzept ist längst überfällig und muss daher umgehend erstellt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

(Wilfried Wengler)

Eine Anmerkung zum **Antrag der Linken** sei mir gestattet. Dem ersten Satz Ihres Antrages könnte ich ohne Vorbehalt sofort zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Da es bisher keine Landeszuschüsse für das Landestheater gab, könnten wir eine Erhöhung um 2 % zusagen. 2 % von 0 € ergibt immer noch 0 €. Mit dem Rest des Antrages kann ich mich nicht ernsthaft auseinandersetzen.

Doch zurück zum Landestheater: Ich erkenne vorbehaltlos die Anstrengungen zur Sanierung in den zurückliegenden Jahren an. Insbesondere der **Hausarbeitsvertrag** mit den selbst auferlegten Einschränkungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genießt meine größte Hochachtung.

Aber ich kann mir auch eine Kritik gegenüber den Leitungsgremien nicht sparen. Man hat die vergangenen vier Jahre nicht dazu genutzt, vorsorglich landesübergreifend **Konzept- und Strukturüberlegungen** zu entwickeln, die der heutigen Situation angemessen sind. Sich jetzt nur hinzustellen und vom Land die Schließung finanzieller Lücken zu fordern, ist zu einfach und zu wenig.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

In diesem Zusammenhang sei mir folgende Überlegung gestattet: Basierend auf der Spielzeit 2008/2009 betrug der durchschnittliche Preis einer Eintrittskarte für das Landestheater circa 14 bis 15 €. Das heißt, jede verkaufte Karte wurde aus öffentlichen Mitteln, FAG- und Gesellschafterbeiträgen, mit rund 130 € subventioniert. Meine Damen und Herren, das ist eine Relation von Einnahmen zu Subventionen von eins zu neun. Für mich stellt sich hier die Frage: Was will, was muss und zuvorderst kann sich unser Land für die **Alimentation der Theaterkultur** zukünftig noch leisten?

Wir werden auch im kulturellen Bereich um Einsparungen nicht herumkommen. Zwangsweise werden wir uns daher auf schmerzhaft Einschnitte im gesamten kulturellen Angebot einstellen müssen.

CDU und FDP schlagen Ihnen daher mit ihrem Antrag ein zielgerichtetes Verfahren vor, unter der Moderation des zuständigen Ministeriums ein **Gesamtkonzept** mit Trägern und Gesellschaftern des Landestheaters, der Theater in Kiel und Lübeck sowie der Eutiner Festspiele und den kommunalen Landesverbänden zu entwickeln, um eine tragfähige und zukunftsfähige Struktur für ein niveauvolles, landesweites Theaterangebot zu gewährleisten. Keinesfalls zeichnet sich hierdurch ein Untergangssze-

nario ab, weder für die Theaterkultur in Schleswig-Holstein noch für ein einzelnes Theater, sondern es ist die Chance, sich auf die gegebene Haushaltssituation einzustellen und gesicherte Planungen für die Zukunft zu ermöglichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Kirstin Funke.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich sagen, dass die FDP-Landtagsfraktion die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Landestheaters und auch deren persönlichen Einsatz für ihr Theater und den Verzicht auf Lohn-erhöhungen der letzten Jahre anerkennt und wertschätzt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, Kultur ist, gleichgültig, in welcher Form, immer etwas, was berührt und innerlich bereichert. Es ist nichts, was man mit bloßen Händen greifen kann, aber das Leben wäre arm, wenn wir sie nicht hätten. So ist es aus meiner Sicht ganz selbstverständlich, dass in Zeiten, in denen die Weichen für die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein gestellt werden müssen, Emotionen dabei nicht auszuschalten sind. Doch möchte ich an alle appellieren, eine ehrliche Diskussion in der Sache zu führen, die gerade die Mitarbeiter verdienen.

Wir stehen heute an einem Punkt der Geschichte des Landestheaters, an dem über neue oder andere Wege nachgedacht werden muss. In der Vergangenheit konnte leider nie eine Lösung gefunden werden, wie die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein solide finanziert werden kann, und die die Entwicklung bis heute hätte aufhalten können.

Wenn man Sätze hört, wie

„Der Landesregierung ist daran gelegen, dass eine möglichst dichte Theaterversorgung in allen Sparten im Lande aufrechterhalten wird. Der Erhalt der Bühnen als Mehrsparten-theater muss jedoch in Einklang gebracht werden mit den zur Verfügung stehenden und in Zukunft knapper werdenden öffentlichen Zuschüssen und mit den qualitativen ... Erwartungen der Theaterbesucherinnen und Theaterbesucher an ihre Theater“,

(Kirstin Funke)

so könnte man denken, dass dies eine Äußerung aus dieser Wahlperiode ist. Es handelt sich hier jedoch um eine Antwort der Regierung aus der 13. Wahlperiode aus dem Jahr 1994 auf die Große Anfrage der FDP-Landtagsfraktion, des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug. Schon damals wurde die Idee geboren, dass sich die Theater Schleswig-Holsteins zusammensetzen und ein **gemeinsames Konzept** erstellen sollten, was aber im Laufe der mehr als 15 Jahre nie passierte. Dafür ist es jedoch nicht zu spät.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen fordern wir die Regierung im Antrag von CDU und FDP auf, die Moderation zu übernehmen und die Träger, die Gesellschafter und die kommunalen Landesverbände an einen Tisch zu bringen, damit sich diese auf die längst überfälligen **Strukturveränderungen** einigen. Das Land kann nämlich nicht, wie viele meinen, einfach etwas über die Köpfe der kommunalen Landesverbände entscheiden und FAG-Mittel erhöhen, denn es handelt sich in Schleswig-Holstein nicht um ein Staatstheater, sondern es gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der Ruf nach dem Land ist in den letzten Tagen immer lauter geworden. Doch dürfen wir im Sinne einer ehrlichen Debatte nicht vergessen, dass es sich bei der Diskussion um das Landestheater nicht um die Streichung von Landesgeldern handelt, sondern um den Erhalt des Status quo. Andere Verbände in anderen Politikbereichen müssen dagegen drastische Kürzungen befürchten.

Auch dürfen wir in der Debatte nicht vergessen, dass das Landestheater zu den glücklichen Theatern gehört, die einen Großteil an **Zuwendungen** vonseiten des Landes erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Jede Eintrittskarte des Landestheaters wird mit 131,69 € bezuschusst, und die konkreten Anteile des Landes belaufen sich beim Landestheater auf 102,86 € pro Karte. Das Theater in Lübeck wird dagegen mit 87,17 € pro Eintrittskarte bezuschusst, und der Anteil des Landes beläuft sich auf 54,73 € pro Karte.

Wie Sie sehen, zum einen zahlt das Land schon einen erheblich größeren Anteil, um die Kommunen zu entlasten, und zum anderen ist erkennbar, dass es in Schleswig-Holstein auch Theater gibt,

die weniger Geld vom Land erhalten und wirtschaftlicher arbeiten.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Markus Matthießen [CDU])

Hier sind wir an einem Punkt angelangt, an dem ein Umdenken stattfinden muss, um im ureigensten Interesse die niveauevolle Theaterlandschaft zu erhalten.

Wir appellieren deswegen an die Theater und speziell an das Landestheater: Stellen Sie einen **Businessplan** auf, nutzen Sie gemeinsame Ressourcen, um Synergieeffekte zu erhalten! Arbeiten Sie mit daran, dass die Theater in ihrer Gesamtheit nachhaltig gesichert und Kosten eingespart werden können!

Auch kann ich nur an die Bürgerinnen und Bürger appellieren, die sich in den vergangenen Tagen für das Landestheater eingesetzt haben: Engagieren Sie sich weiterhin, vielleicht auch im Wege von Spenden oder Sponsoring von Produktionen, und besuchen Sie die Veranstaltungen der Theater in Schleswig-Holstein!

Wie gesagt: Es geht hier nicht um die Streichung von Landesmitteln, sondern darum, wie mit den vorhandenen Mitteln die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein in ihrer Vielfalt erhalten werden kann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Frau Funke, es fällt mir schwer, nach Ihrem Beitrag ruhig zu bleiben; ich probiere es trotzdem.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Unser Land ist reich an kulturellem Erbe. Es prägt die Identität unserer Heimat. Wir wollen es in seiner Vielfalt pflegen. Wachstum ist Kreativität und Toleranz, und ohne Kunst und Kultur ist Kreativität nicht denkbar! Theater, Museen, Literatur, Musik, bildende Kunst und andere Kulturbereiche zu fördern, bleibt eine herausragende Aufgabe des Landes und der Kommunen.“

(Rasmus Andresen)

Herr Carstensen, auch wenn Sie gerade mit dem Innenminister reden, ich weiß nicht, ob Sie Ihre eigenen Worte aus der etwas zu lang geratenen **Regierungserklärung** wiedererkennen. Ich würde mich darüber sehr freuen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ihre Worte passen nicht zum untätigen Handeln, als Kultur noch Chefsache war, und erst recht nicht zu dem Trauerspiel, Herr Klug, das Sie derzeit abliefern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Die Situation des Landestheaters ist ein Ergebnis dieser Politik.

Der gemeinsame Antrag von SPD, SSW und uns ist das Ergebnis eines sehr konstruktiven parteiübergreifenden **Dialogs mit den Akteuren** des Landestheaters. In diesem Zusammenhang möchte auch ich mich - wie der Kollege Müller - bei der Kollegin Susanne Herold bedanken, die sich vor Ort sehr stark engagiert und für das Landestheater eingesetzt hat. Das findet auch aus unseren Reihen Applaus.

(Beifall)

Wir setzen uns für die **Dynamisierung aus dem KFA** ein. Dies kann im ersten Schritt für ein paar Jahre gewährt werden, sodass das Landestheater eine Chance bekommt, Aufgaben zu prüfen und Konzepte umzusetzen.

Der neue Intendant Peter Grisebach hat viel versprechende Konzepte zur Erweiterung der Zielgruppe und des Angebots vorgelegt. Ihm das Wasser abzugraben, bevor er seine Arbeit richtig begonnen hat, macht keinen Sinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es geht natürlich auch um Arbeitsplätze, aber es geht vielmehr darum, das **kulturelle Angebot im Norden und Westen** von Schleswig-Holstein zu sichern. Wie wichtig das Landestheater von Flensburg bis Steinburg und bis weit nach Dänemark ist, hat die Region in letzter Zeit deutlich veranschaulicht. Es gab Aktionen der regionalen Presse - sie wurden vorhin schon angesprochen -, von Gymnasien und der Fachhochschule Flensburg. Vor einer Woche hat sich eine Bürgerinitiative zur Rettung des Landestheaters gegründet. Alle heben aus ihren unterschiedlichen Perspektiven die Bedeutung des Landestheaters hervor.

Übrigens ist dies kein isoliertes Problem. Auch das war schon Thema. Dieselben Debatten bekommen wir im nächsten Jahr wieder, wenn nicht gehandelt wird für die Theater in Kiel und Lübeck. Deshalb ist es wichtig, dass der Zeitraum von drei Jahren, den wir vorschlagen, so genutzt wird, dass über eine **gemeinsame Struktur** der **schleswig-holsteinischen Landestheater** debattiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt eine weitere Dimension, und das ist die kulturpolitische. Es geht hier nicht nur um Regionalpolitik. Der **Mehrwert von Kultur** ist in Zahlen, auch wenn Sie es probieren, Frau Funke, nicht genau zu beziffern, aber spätestens seit Richard Floridas Studien über die Creative Class steht fest, dass sie nicht außer Acht gelassen werden kann. Weiche Standortfaktoren sind somit nicht nur bildungspolitisch wertvoll, sondern erst recht ökonomisch.

Herr Minister Klug, richtig ist auch, dass Sie sich absolut passiv verhalten. Während Sie im Schulbereich die Verantwortung aus dem Ministerium delegieren und sagen, die Schulen sollten einmal machen, übernehmen Sie im Kulturbereich überhaupt keine Verantwortung. Man kann über die Wege in der Kulturpolitik streiten, aber zeigen Sie doch endlich einmal einen Weg auf!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ihr Motto ist: Schuld sind die anderen. Das haben Sie vorhin vorm Landeshaus wieder eindrucksvoll bewiesen, als Sie sich dann doch, wenn auch etwas spät, den Demonstranten gestellt haben. Was Sie gesagt haben, kann keinen erfreut haben.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich glaube, dass Ihre Redezeit für diese Tagung schon längst überschritten ist, sonst können Sie sich ja gleich melden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Was Sie hier machen bei so wichtigen Themen, wo 400 Leute vor der Tür stehen, die aus guten Gründen Sorge um ihr Landestheater haben, dass Ihnen dazu immer nur dieses blöde Rumpöbeln einfällt, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN - Zurufe von der FDP)

(Rasmus Andresen)

- Es ist gut jetzt, bald ist Wochenende, auch für Sie.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Wir Grüne fordern einen **Kulturentwicklungsplan**, in dem das gesamte kulturelle Angebot des Landes und der Kommunen analysiert wird und ein gemeinsames Konzept entwickelt werden soll und der auch Rücksicht nimmt auf die Soziokultur, die im Antrag der Linkspartei angesprochen wird. Allerdings sind wir der Meinung, dass das im Rahmen eines Gesamtkonzepts vorgelegt werden soll. Daher unterstützen wir in dem ersten Schritt nicht Ihren Antrag, aber sicherlich kommen wir später zusammen.

In der Kulturpolitik brauchen wir Weitsicht. Beim Landestheater ist hingegen Eile geboten, sonst ist es zu spät für irgendwelche Planungen. Handeln Sie dementsprechend, und stimmen Sie unserem Antrag zu! Noch ist es nicht zu spät.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Kollegen Heinz-Werner Jezewski.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, ich muss CDU und FDP nicht erklären, wie man schlecht regiert. Das können sie selber gut genug. Aber über eines sollten Sie sich schon einig werden: Die Kollegen von der CDU behaupten, das Landestheater hat noch nie einen Cent vom Land bekommen, die Kollegin von der FDP behauptet, die kriegen ja sowieso schon so viel. Vielleicht klären Sie das in Zukunft vorher!

Wir wissen alle: Das **Landestheater** beruht auf einem **Drei-Säulen-Modell** der Finanzierung. Es geht nicht nur um FAG-Mittel, es geht auch um Gesellschafterbeiträge, und vor allen Dingen geht es um die gewaltigen Anstrengungen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landestheaters erbracht haben und weiterhin zu erbringen bereit sind.

Diese Anstrengungen werden sie nur erbringen - das ist deutlich gesagt worden -, wenn auch die anderen beiden Säulen stehen.

Wir müssen uns das einmal angucken: Die würden schon wieder auf **Gehalt verzichten**. Ich finde das grausam genug, und ich bin absolut dagegen. Man

müsste eigentlich die Möglichkeit schaffen, dass sie das nicht müssen. Aber sie würden es tun, um ihre **Arbeitsplätze** zu erhalten und um das **kulturelle Angebot** in Schleswig-Holstein breit zu halten. Die können das aber nicht machen, wenn wir sagen, wir sägen eine der beiden anderen Säulen ab. Dann werden sie logischerweise auch sagen, dass ihre Zusage nicht mehr gilt.

Was passiert dann? - Herr Grisebach, der Intendant, der oben sitzt - herzlich willkommen noch einmal, Herr Grisebach -, hat deutlich in den Vorbesprechungen gesagt, dass dann beim **Musiktheater** gekürzt werden muss. Ganz konkret steht die Zahl von 85 Stellen im Musiktheater im Raum.

Was allerdings die Gesellschafter, was vor allen Dingen der größte Gesellschafter, die **Stadt Flensburg**, sagen wird, wenn die Kürzung von 85 Stellen im Musiktheater - im Kernbereich der in Flensburg liegenden Veranstaltungen - durchgesetzt wird, ist offen. Ich kann mir bei der politischen Gemengelage in Flensburg vorstellen, dass dann der Gesellschafterbeitrag der Stadt Flensburg erheblich gesenkt werden wird. Damit werden auch alle anderen Gesellschafter ihre Beiträge senken. Das führt nach Aussage von Herrn Grisebach und von der kaufmännischen Leitung des Landestheaters dazu, dass er das Musiktheater ganz einstellen kann. Dann hören wir bei der nächsten Demonstration des Landestheaters hier vorn nicht mehr den Chor, sondern jemand bringt einen CD-Spieler und eine tolle CD mit. Ich weiß nicht, ob wir das wollen.

Die Konsequenzen beim Ausfall einer oder mehrerer Säulen sind ganz deutlich. Ich habe mir die Anträge angeguckt. Ich habe den Antrag von CDU und FDP gesehen. Dem ersten Absatz nicht zuzustimmen, ist unmöglich. Im zweiten Absatz schreiben Sie Dinge, die alltäglich sind. Das Landestheater hat einen **Businessplan** aufzustellen, der ab sofort insbesondere Aufschluss über Kostenplanungen, personelle Entscheidungen und weitere wesentliche Strukturentscheidungen gibt. Sie sollten sich vielleicht mit dem Landestheater in Verbindung setzen, natürlich gibt es solche Businesspläne. Dieser Antrag ist für uns nicht zustimmbar.

Das Grundproblem, das ich sehe, ist, dass wir diesem Theater nicht nur eine Sparte nehmen, sondern dass wir dem Theater grundsätzlich die **Handlungsfähigkeit** nehmen. Die Nicht-Fachpolitiker haben sich nicht damit beschäftigt, das finde ich auch nicht schlimm, aber es läuft bei Theatern so, dass es da nicht ein Geschäftsjahr von Januar bis Januar gibt, sondern das läuft über die Saison. Eine Saison geht immer von einem Sommer zum näch-

(Heinz-Werner Jezewski)

sten. Schauspieler, mit denen Herr Grisebach arbeiten möchte - auch Musiker -, muss man längerfristig verpflichten. Gute Schauspieler und gute Musiker gehen dahin, wo sich ihnen gute künstlerische Chancen bieten. Und gute künstlerische Chancen bieten sich nur da, wo eine **Finanzierung** - wenn auch nicht auf allerhöchstem Niveau, aber zumindest mittelfristig - gewährleistet ist.

Wir sind dabei, da das Schwert anzulegen. Wir nehmen dem Landestheater die Perspektive. Damit nehmen wir der künstlerischen und kaufmännischen Leitung die Möglichkeit, dieses Theater weiterzuentwickeln. Hier wird die Sparschere zum Henkersmesser, und CDU und FDP werden zu Totengräbern des Landestheaters.

Wir haben uns aus diesem Grund entschlossen, unseren Änderungsantrag zurückzuziehen. Wir werden für den Moment den Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW unterstützen, einfach um zeigen, dass es im Landestheater weitergehen muss. Ich bin mir sicher, dass wir nicht das letzte Mal hierüber diskutiert haben werden. Ich hoffe, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Künstlerinnen und Künstler vom Landestheater ihren kreativen Protest ausweiten und uns noch ganz oft damit beglücken werden.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Beginn einer Debatte über Kultur steht leider immer eine Debatte über Geld. Das konnten wir auch heute erleben. Auch im Fall des schleswig-holsteinischen Landestheaters ist das nicht anders, obwohl man in den letzten Wochen den Eindruck bekommen konnte, dass eigentlich nur noch über das Geld diskutiert wird. Die Kultur wird zunehmend als luxuriöses Anhängsel gesehen, das je nach Kassenlage erhalten oder zusammengestrichen werden kann.

Aber was einmal weg ist, kehrt nicht wieder zurück. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass im **kulturellen Bereich** fröhlich der Rotstift angesetzt werden kann und große Summen eingespart werden können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es kürzt keiner!)

Die Kürzung relativ kleiner Summen im kulturellen Bereich richtet einen sehr viel größeren Schaden an, als wir auf den ersten Blick sehen und verstehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dies gilt insbesondere auch für das Landestheater.

Seit etwa zehn Jahren befindet sich das schleswig-holsteinische Landestheater in einer **finanziellen Abwärtsspirale**. Die Kombination aus gekürzten und eingefrorenen Gesellschafterbeiträgen sowie die Deckelung der Dynamisierung im FAG haben dazu geführt, dass sich das Theater heute sozusagen selbst auffrisst.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wolfgang Kubicki?

Silke Hinrichsen [SSW]:

Nein.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Gehalt verzichtet haben und die Gesellschafter wieder mehr Geld zahlen, können die Kürzungen nicht mehr aus **eigenen Mitteln** aufgefangen werden. Ohne die Dynamisierung im **FAG** steht das Landestheater möglicherweise vor einer **Insolvenz**. Dem Land ist dies seit mindestens eineinhalb Jahren bekannt. Passiert ist aber bisher nichts. Der Ministerpräsident, der Kultur in der letzten Wahlperiode noch als Chefsache hochhielt, hat sich versteckt, und der zuständige Minister für Kultur, Herr Dr. Klug, ist untergetaucht, aber - wie ich vorhin noch gesehen habe - haben Sie ja noch zu den Demonstranten gesprochen. Wir mussten hier drin sitzen und anwesend sein.

(Zuruf)

- Ich hatte einmal gehört, dass das nicht zulässig ist, aber ich bin ja auch auf Sie eingegangen.

Obwohl die Schiefelage des Theaters seit Monaten bekannt ist, hat es erst Anfang der Woche endlich ein Gespräch mit den **kommunalen Landesverbänden** gegeben. Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich im Namen des SSW ebenfalls bei der Kollegin Herold, dass sie sich als Vorsitzende des Bildungsausschusses für die Rettung des Landestheaters stark gemacht hat.

(Silke Hinrichsen)

(Beifall bei SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Unter ihrer Regie wurden Gespräche mit dem Landestheater mit dem Ziel organisiert, einen fraktionsübergreifenden Lösungsansatz zu finden. Dies ist leider nicht gelungen. SPD, Grüne und SSW haben sich auf einen Antrag zur Sicherung des Landestheaters einigen können, mit dem ein vollgültiges Theater im nördlichen Landesteil erhalten bleibt. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden zu intensivieren, um die Dynamisierung wieder im FAG aufzunehmen. So erhält das **Landestheater** für drei Jahre die Chance, zusammen mit **Kiel** und **Lübeck**, die vor ähnlichen Problemen wie das Landestheater stehen, ein **Konzept** zu entwickeln, in dem die Theaterlandschaft des ganzen Landes gesichert wird.

Mit dem vorliegenden CDU/FDP-Antrag verabschiedet sich das Land hingegen - nach unserer Ansicht - von seiner Verantwortung dem Landestheater gegenüber. Das Schicksal eines amputierten Landestheaters wird damit endgültig besiegelt. Anders formuliert: In Zukunft wird es dann keine Musiksparte mehr beim Landestheater geben. Opern und Operetten fallen weg, und ein halbiertes Sinfonieorchester kann eigentlich auch gleich nach Hause gehen.

Für den SSW möchte ich hier ganz klar sagen, dass es ein Irrtum ist zu glauben, dass man mit dem **Wegfall der Musiksparte** das Theater stärkt. Zu sehr sind Musik und Schauspiel miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig, als dass man auf der einen Seite kürzen kann, ohne die andere nicht mit ins Verderben zu stürzen.

Auch lässt sich das Landestheater aus Sicht des SSW nicht gesundsparen. Das ist schon zur Genüge versucht worden, und heute sehen wir, was bei diesen unsinnigen Versuchen herauskommt.

Unser Antrag entspricht der Linie, auf die sich die Kulturpolitiker eigentlich geeinigt hatten. Auch der Kultusminister hatte sich ursprünglich für die **Wiedereinführung der Dynamisierung** ausgesprochen. Umso ärgerlicher ist es, dass wir heute feststellen müssen, dass wir trotz aller Gespräche im Landeshaus in Flensburg und Rendsburg keinen Schritt weitergekommen sind. Kultur ist, wie meine Kollegin schon sagte, kein Luxus. Kultur ist Lebensmittel. Ich bin daher stolz, dass das Landestheater in so kurzer Zeit so viel Unterstützung erhalten hat, dass es eine **Bürgerinitiative „Rettet das Landestheater“** gibt und dass sich zahlreiche

Menschen vormittags vor dem Landeshaus versammeln, um für diese und ihre Kultur zu demonstrieren.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn diese Landesregierung blind dafür ist, wie wichtig Bildung und Kultur für unser Land sind, müssen die Bürgerinnen und Bürger ihr die Augen öffnen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in der Debatte ist deutlich geworden, dass dies ein Thema ist, das von allen Fraktionen durchaus ernst genommen wird. Wir haben auch in unserer eigenen Fraktion darüber debattiert. Angesichts des Engagements, das unsere Abgeordneten vor Ort an den Tag gelegt haben, hat es eine umfangreiche Debatte gegeben.

Sie haben in Ihrem Antrag als Ziel von Verhandlungen formuliert, die **Dynamisierung** im Vorwegabzug wieder vorzusehen. Es ist doch aber die Frage, was passiert, wenn die kommunalen Landesverbände Nein sagen. Geht Ihre Forderung dann dahin, dass das Land dies per Gesetz und per einseitiger Änderung von hier aus durch das FAG durchsetzen soll? Was ist dann die Schlussfolgerung? Wir haben ganz bewusst auf die Aufnahme einer solchen Maßnahme verzichtet. Sie kann als Ergebnis am Ende eines Prozesses ja herauskommen. Sich darauf aber als einziges Mittel festzulegen, ist hochgradig gefährlich.

Eines finde ich überhaupt nicht in Ordnung - auch das sage ich hier deutlich -: Wir sind uns alle bewusst, dass es eine Lösung nur geben kann, wenn wir alle in der **Theaterlandschaft** in Schleswig-Holstein, die über das FAG mitfinanziert werden - also auch die **Theater in Lübeck** und **Kiel** -, mit einbeziehen. Interessanterweise - das möchte ich einmal lobend erwähnen - hat der Oberbürgermeister von Kiel dem zugestimmt und gesagt: Jawohl, das sehe ich ein. Ich komme auch irgendwann in eine Situation, in der ich Finanzierungsprobleme bekomme. Ich bin an einer gemeinsamen Lösung

(Dr. Christian von Boetticher)

durchaus interessiert. - Wissen Sie, wer der Einzige ist, der sich derzeit sehr zurückhält? - Das ist der Oberbürgermeister von Lübeck. Wissen Sie, warum er das tut? - Er tut es, weil Sie gerade mit bestimmten Mehrheiten ganz einseitig beschlossen haben, Lübeck zu unterstützen und in einem extrem hohen Maße noch einmal eine Finanzspritze zu geben, wohl wissend, dass Sie dies aus dem Haushalt in Lübeck gar nicht finanzieren können. Damit wurde die Solidarität, die ja vorhanden gewesen wäre, über die Häuser zu einem gemeinsamen Konzept zu kommen, ein Stück weit aufgekündigt. Es ist dadurch schwerer geworden. Das sage ich ganz deutlich.

Ich will Ihnen hier noch einmal deutlich unser Interesse darlegen. Der Kultusminister - das möchte ich hervorheben - ist in den letzten Tagen extrem aktiv geworden, weil es wichtig ist, dass die Protagonisten zusammengeführt werden. Ich sage an dieser Stelle meinen herzlichen Dank dafür. Es waren wichtige Signale, die gegeben worden sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen hier die gemeinsame Solidarität untereinander. Wir brauchen eine Federführung bei diesem Prozess. Wir brauchen auch die Mithilfe der Kommunen und der kommunalen Landesverbände. Anders - auch das sage ich ganz deutlich - wird es keine Lösung geben. Es muss unser aller Interesse sein, dass dort, wo sie vor Ort Einfluss haben - also auch in Lübeck und in Kiel - die politischen Mehrheiten den hier erwähnten Prozess unterstützen. Anders werden wir es nicht hinbekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms von der SSW-Fraktion das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorhin wurde gesagt, beim Landestheater werde jede Karte mit 130 € **subventioniert**. Das ist eine Tatsache. Es stellt sich nun die Frage, was man tun soll. Wenn ich lediglich eine **Sparte** weg-schneide, sinken möglicherweise die Kosten. Das Problem wird veranstaltungsbezogen dann aber immer noch nicht gelöst sein, weil die anderen Veranstaltungen immer noch so hoch subventioniert werden müssen. Es geht also darum zu prüfen, wie man **neue Strukturen** schaffen kann, damit möglicher-

weise eine so hohe Subventionierung nicht mehr notwendig ist.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Darauf sollten wir uns erst einmal einigen. Man muss sich also fragen: Wie schnell kann man in einer solchen großen Organisation reagieren, wie sie die drei großen Theater in Schleswig-Holstein darstellen? Man muss bedenken, dass auch Arbeitsverträge, feste Verträge, Spielpläne und so weiter eine Rolle spielen. Es dauert durchaus eine gewisse Zeit, um zu reagieren.

Wir haben deshalb gesagt: Wir wollen drei Jahre Zeit geben, um **Planungssicherheit** zu erreichen, wie sie bis zum Jahr 2009 bestanden hat. Ich glaube, das ist kein schlechter Weg. Er eröffnet den **Theatern in ihrer Gesamtheit** die Chance, die Strukturen zu ändern.

Ein zweiter Punkt. Es wurde gesagt, wir müssten sparen. Das ist richtig. Das war vorher aber auch schon klar. Es ist auch schon gespart worden. Man vergisst immer, dass die **Beschäftigten** des Landestheaters **Haustarifverträge** haben und solche abschließen müssen. Dabei wurden im zurückliegenden Zeitraum insgesamt 1,4 Millionen € eingespart. Das ist eine enorme Leistung. Ich finde, man muss einmal würdigen, dass die Menschen das mit sich haben machen lassen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein dritter Punkt. Was ist jetzt noch offen? - Offen ist zunächst einmal die Zielvorstellung, die man formulieren muss. Niemand - das gilt auch für den Bereich der Theater - hat etwas dagegen, eine Zielvorstellung auch finanzieller Art zu formulieren. Das ist überhaupt kein Problem. Man will dann aber auch die Gewissheit haben, dass man sich dieser Zielvorstellung irgendwann einmal nähern kann. Das aber kann man nur, wenn man Planungssicherheit hat und wenn die Leitung des Theaters zum Beispiel wirklich einmal **Verträge** über zwei, drei oder vier Jahre abschließen kann. Gute Leute kommen für ein Jahr nicht hierher, wenn die Perspektive sich so darstellt, dass sie nach einem Jahr wieder hinausgeworfen werden. Das bringt nichts. Man muss den Leuten vor Ort wirklich Planungssicherheit geben. Anders funktioniert es nicht.

Ich bin mir sicher, dass dann, wenn man es so beschließt, wie wir es vorgeschlagen haben, auch die **kommunale Ebene** gesprächsbereit ist. In der Gesamtheit der kommunalen Ebene gibt es ja durchaus Unterschiede, wie die Dinge gesehen werden, ange-

(Lars Harms)

fangen bei den Landkreisen über den Städtetag bis hin zum Gemeindegang. Meines Erachtens ist eine Art selbstreinigender Kraft innerhalb der kommunalen Familie zu erwarten, wenn sich die Beteiligten alle an einen Tisch setzen. Wenn man sieht, dass das Land einen Plan hat und dass wir das politische Ziel verfolgen, das Landestheater und auch die beiden anderen Theater in Lübeck und Kiel in ihrer Gänze zu erhalten - ich beziehe mich hier nicht vorrangig auf die Kosten, sondern mehr auf das Inhaltliche dieser drei Theater -, wird auch die kommunale Familie - dessen bin ich mir sicher - bereit sein, über eine Lösung nachzudenken. Voraussetzung ist allerdings, dass sie eine Chance sieht, sich auf ein entsprechendes Modell einzulassen.

Ich sage es noch einmal: Wir müssen Anpassung überhaupt erst ermöglichen. Wenn man das nicht tut, geht das Vorhaben garantiert den Bach hinunter. Die Leitung der Theater sagt jetzt schon: Okay, wir müssen einen Teil gewissermaßen wegsparen. - Es ist durchaus das Empfinden da, dass eine **Notsituation** gegeben ist. Diese Einsparung eines Teils ist vielleicht sogar das Einzige, was man dort wirklich tun kann.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Harms, erstens möchte ich anmerken, dass Ihre Redezeit eigentlich beendet ist. Zweitens möchte ich Sie fragen, ob Sie noch dem Wunsch nach einer Zwischenfrage Rechnung tragen möchten?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Astrid Damerow [CDU]: Verehrter Kollege Harms, ist Ihnen bewusst, dass im letzten Jahr, als die Gesellschafter des Landestheaters ihre Anteile erhöht haben, im Rahmen der Diskussion bereits ein neues strukturelles Konzept für die Landestheater verlangt wurde? Dieses neue Konzept liegt bis heute nicht vor. Ist Ihnen diese Diskussion erinnerlich?

- Frau Kollegin, das ist richtig. Das ist aber kein Grund dafür, dass wir als Land Schleswig-Holstein jetzt mit dazu beitragen, den Hahn zuzudrehen und das Theater zu amputieren. Ich sage: Es nutzt nichts, wenn wir die Strukturen jetzt schon krampfhaft verändern. Es geht vielmehr darum, dass wir kurz- und mittelfristig eine **Strukturveränderung** zulassen. Das bedeutet: Wir brauchen Planungssicherheit. Das fordern wir in unseren Anträgen. So

viel Fairness müssen wir gegenüber den Theatern schon walten lassen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schleswig-holsteinischen Theater sind ein wesentlicher Teil des Kulturangebots in unserem Land. Angesichts der schwierigen Haushaltslage, in der sich sowohl die kommunalen Träger als auch das Land befinden, stellt sich aber die Frage, wie unter den derzeitigen Gegebenheiten ein anspruchsvolles und zugleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen zu vereinbarendes **Theaterangebot** gewährleistet werden kann.

Ausgangspunkt der aktuellen Debatte sind die **akuten Probleme** des **Landestheaters**. Dazu haben mehrere **Ursachen** beigetragen: erstens die Kürzung von Gesellschafterbeiträgen namentlich der Stadt Flensburg, zweitens rückläufige Erträge durch sinkende Zuschauerzahlen von 166.000 Theaterbesuchern in der Spielzeit 2004/2005 auf rund 129.000 in der Spielzeit 2008/2009, drittens der in der vergangenen Wahlperiode im Landtag beschlossene Wegfall der Dynamisierungsklausel für die Theatermittel ab 2007, der Theatermittel also, die das Finanzausgleichsgesetz durch einen Vorwegabzug bereitstellt.

Die ersten beiden Faktoren, die ich genannt habe, Kürzung von Gesellschafterbeiträgen und rückläufige Einnahmen, beziffern sich auf einen Umfang von über 1 Million €. Wenn man dies mit dem Defizit des vorigen Jahres von 1,4 Millionen € in Beziehung setzt, muss festgestellt werden: Das Thema Wegfall der Dynamisierungsklausel spielt zwar eine wichtige Rolle, aber ist bei Weitem nicht der Punkt, der allein und ausschließlich die Probleme des Landestheaters erklärt. Es sind, wie gesagt, die drei Faktoren, die zusammentreffen und die Krise des Landestheaters erklären.

Generell möchte ich feststellen: Ohne **Strukturveränderung** lässt sich ein anspruchsvolles Theaterangebot nicht erhalten, zumal sich weder die kommunalen Landesverbände noch die Landesregierung in der Lage sehen, die entstandenen und weiterhin zu

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

erwartenden Defizite durch eine Aufstockung der Mittel auszugleichen. Das ist der Stand, das Ergebnis vieler Gespräche. Schließlich erreicht der **Subventionsbedarf** der Theater bereits heute ein beträchtliches Ausmaß. Die Einzelbeträge, die pro Eintrittskarte aus Steuermitteln als Zuschuss zu zahlen sind, sind vorhin schon genannt worden. Ich kann mir eine Wiederholung deshalb ersparen. Eine Steigerung dieses Betrages in der jetzigen Haushaltslage, die sowohl das Land als auch die Kommunen in Schleswig-Holstein in vielen Bereichen zu schmerzhaften **Einschnitten** zwingt, ist für beide Seiten nicht machbar. Ich habe dies auch, was die Dynamisierung für einen befristeten Zeitraum anbetrifft, in den Gesprächen mit den Vertretern der kommunalen Landesverbände so zur Kenntnis nehmen müssen.

Wenn wir die Öffentlichkeit um Verständnis dafür bitten müssen, dass das Land in dieser Haushaltslage, in der wir nun einmal aufgrund der Entwicklung der vorigen Jahre und Jahrzehnte sind, nicht in der Lage ist, aus Landesmitteln einen **direkten Zuschuss** zu zahlen, dann, denke ich, ist auch Verständnis für die Gesamtsituation der Kommunen einzufordern, dass sie in einer Lage, in der sie viele Bereiche mit Kürzungen konfrontieren müssen, nicht in einem Bereich die Mittel erhöhen wollen. Das ist, wie gesagt, Stand der Gespräche, die ich und andere Vertreter der Landesregierung - Staatssekretär Dornquast - mit den kommunalen Landesverbänden geführt haben.

Ich habe nun mit den Vertretern der **drei kommunalen Theater** zusammen mit Herrn Innenminister Schlie die Frage erörtert, wie die unausweichlichen Veränderungen in der **Angebotsstruktur** vorbereitet und gestaltet werden können. In den Grundzügen ergibt sich daraus folgendes **Szenario**: Die kommunalen Träger entwickeln im Laufe der kommenden beiden Jahre Konzepte für Strukturentscheidungen und klären dabei auch die Möglichkeit von Synergieeffekten, zum Beispiel durch verstärkte **Zusammenarbeit**. Das Kulturministerium wird diese sicherlich nicht einfache Arbeitsphase begleiten und sich an dem Diskussionsprozess zwischen den kommunalen Trägern beteiligen. Für diesen **zweijährige Übergangszeitraum** soll die Theaterfinanzierung weiterhin auf der Grundlage der gegenwärtigen Verteilung der FAG-Mittel und natürlich auch der Beiträge der Träger erfolgen. Dabei ist allen Beteiligten, den kommunalen Trägern wie auch der Landesregierung, klar, dass dies angesichts einer Festschreibung der Höhe der Theatermittel im FAG bedeutet: Strukturelle Veränderungen werden kommen. Sie bedeuten auch Einschnit-

te in Art und Umfang des Theaterangebots, und zwar nicht nur beim Landestheater, wo der Handlungsbedarf kurzfristig am größten ist.

Für den Zeitraum nach der zweijährigen Übergangsphase ist ein neues Konzept auch für die **Theaterfinanzierung** zu entwickeln. Dieses Konzept sollte meines Erachtens neben einer Grundfinanzierung auch stärker wettbewerbliche Elemente enthalten. Dazu hat das Lübecker Theater bereits Vorschläge entwickelt, über die sicherlich noch zu diskutieren sein wird, weil hier auch die Interessen der anderen großen Bühnen betroffen sind. Aber den Grundgedanken halte ich für richtig. Der Grundgedanke lautet, dass man durch ein höheres Maß an Erfolgsorientierung Anreize schafft, um die Einnahmen der Theater zu steigern und auf diese Weise neben den anstehenden Strukturveränderungen einen höheren Beitrag für die Theaterfinanzierung in der Zukunft zu erwirtschaften.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich halte es auch für eine gute Idee, im Rahmen eines **erfolgsabhängigen Finanzierungskonzepts** auch den Zuspruch durch ein jüngeres Theaterpublikum besonders zu gewichten; denn das Erreichen **jüngerer Zuschauer** ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Bildung, sondern auch mittel- und langfristig eine wichtige Voraussetzung dafür, den Theatern die notwendigen Besucherzahlen zu sichern. Man muss sich nur den Altersdurchschnitt des heutigen Publikums anschauen, dann weiß man, dass dies eine wichtige Grundlage ist, um für die Theater auch eine Zukunftsbasis zu garantieren.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass vor uns kein einfacher Weg liegt. Die Neuausrichtung der Theaterstrukturen und der Theaterfinanzierung wird mit schmerzhaften Entscheidungen verbunden sein. Dieser Weg ist jedoch ohne Alternative, wenn wir in Schleswig-Holstein unter sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen ein gleichwohl attraktives wie auch regional ausgewogenes Theaterangebot erhalten wollen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst einmal fest, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag Drucksache 17/304 zurückgezogen hat. Es ist beantragt worden, eine alternative Abstimmung durchzuführen. Vorausset-

(Präsident Torsten Geerds)

zung ist, dass keine Fraktion widerspricht. - Diesen Widerspruch sehe und höre ich nicht. Ich schlage Ihnen vor, alle Anträge als selbstständige Anträge zu behandeln. - Ich sehe, dass auch das einvernehmlich so gewünscht wird.

Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 17/280, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/330, seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/330 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen worden ist. Ich stelle weiter fest, dass damit der Antrag Drucksache 17/280 abgelehnt worden ist.

Damit ist der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf:

Bericht zur politischen Bildung 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/70

Ich erteile dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits in der Dezember-Tagung haben wir hier im Landtag über ein Thema der politischen Bildung diskutiert. Dabei ist über alle Fraktionen hinweg sehr deutlich geworden, wie wichtig die Pflege unserer demokratischen Wurzeln ist. Ich spreche von dem Antrag für eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an den schleswig-holsteinischen Schulen. Die damaligen Redebeiträge haben in vielerlei Hinsicht für politische Bildung geworben.

Der heutige Bericht - er liegt schon seit einigen Monaten vor - beschreibt den übergreifenden Rahmen und stellt die verschiedenen Felder der politischen Bildung in Schleswig-Holstein vor. Er wird turnusgemäß einmal pro Wahlperiode vorgelegt. In der vergangenen Wahlperiode war das aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen allerdings nicht mehr möglich. Es lag also schon ein fertiges Papier seit einigen Monaten vor der letzten Landtagswahl in den Schubladen. Das ist der jetzt zu diskutierende Bericht.

Der Zeitpunkt heute für diese Debatte ist gleichwohl gut gewählt; denn vor uns liegt die abschließende Klärung der Frage, wo die Landeszentrale für politische Bildung in Zukunft angebunden sein wird. Ich kann Ihnen sozusagen in Aktualisierung des schriftlich vorliegenden Berichtes sagen, dass die Gespräche zwischen dem Ministerium für Bildung und Kultur und der Landtagsverwaltung in dieser Sache weit vorangeschritten sind. Es sind nur noch einige Details zu klären.

Nach meiner Kenntnis hat im Ältestenrat eine Aussprache über das Thema stattgefunden. Es besteht Einvernehmen zwischen den Fraktionen des Hauses über einen Transfer der Landeszentrale für politische Bildung an den Landtag. Hierüber werden wir in der Konkretisierung alsbald noch zu sprechen haben. Selbstverständlich wird das Kuratorium der Landeszentrale wie vorgesehen beteiligt.

Meine Damen und Herren, der Bericht spiegelt schon im Inhaltsverzeichnis wider, dass die politische Bildung breit aufgestellt ist. Sie ist natürlich in der **Schule** gegenwärtig, nämlich im Lehrplan, in den Schüler- und Elternvertretungen - in ihrer Teilhabe an Schulgestaltung und auch schulpolitischen Entwicklung - sowie in der Lehrerfortbildung durch das Institut für Qualitätssicherung an Schulen Schleswig-Holsteins. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Projekten, in denen sich Schülerinnen und Schüler außerhalb des Unterrichts für das Gemeinwohl engagieren; oft auch auf eigene Initiative hin, zum Beispiel in dem Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, an dem 15 schleswig-holsteinische Schulen teilnehmen.

Die **politische Bildung außerhalb der Schulen** ist erfreulich vielfältig. Es würde den Rahmen sprengen, hier alle Bildungseinrichtungen und Träger zu nennen, die auf diesem Feld aktiv sind. Sie sind vorwiegend in der Jugendarbeit, in der Weiterbildung und im Bereich der Hochschulen tätig. In diesen Kontext gehören auch die Angebote des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung. Sie ermöglichen die direkte Begegnung mit der Politik, geben Hintergrundinformationen und regen dazu an, sich selbst in demokratische Prozesse einzubringen. Erlauben Sie mir dazu eine Bemerkung am Rande: Insofern dient jede Landtagsdebatte auch der politischen Bildung. Wir können hier in diesem Plenarsaal also ganz direkt zum Erfolg politischer Bildung beitragen.

Die thematischen **Schwerpunkte** in diesem Bericht sind zugleich die Themen, auf die sich die gesellschaftlich engagierten Gruppen konzentrieren. Zu nennen sind Umweltpolitik, Entwicklungspolitik

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

und die Integration von Zuwanderern. Eine besondere Stellung hat auch an den Schulen das Thema Europa. Hier besteht für die politische Bildung die große Herausforderung, innereuropäische Entscheidungsprozesse transparent darzustellen und die Einflussmöglichkeiten des Einzelnen in einem größeren Ganzen aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr haben wir uns an viele Meilensteine der demokratischen Entwicklung unseres Staates, unseres Landes und unseres Volkes erinnert: an die Gründung der Weimarer Republik vor 90 Jahren, an 60 Jahre Grundgesetz und schließlich an die friedliche Revolution in der DDR vor 20 Jahren. Wir haben also einen reichen Fundus für die politische Bildung. Es gilt, diesen selbstbewusst zu nutzen, denn Bildung und Demokratie hängen eng miteinander zusammen. Wer das erste vernachlässigt, der vernachlässigt letztlich auch das zweite.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Björn Thoroe [DIE LINKE])

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Marion Herdan das Wort.

Marion Herdan [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! „Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung.“ Dieser Satz unseres ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss stammt aus dem uns hier vorliegenden Bericht zur politischen Bildung 2009. Er verdeutlicht uns die Notwendigkeit einer aktiven und verantwortungsvollen Beteiligung an Demokratie und Gesellschaft. Der ausführliche Bericht erläutert zum einen die Aufgaben und Ziele politischer Bildung. Zum anderen werden die Arbeitsschwerpunkte in verschiedenen Bereichen dargestellt. Im Folgenden möchte ich einige Themen des Berichts aufgreifen, die mir besonders wichtig erscheinen.

Dies ist zum einen die **politische Bildung in der Schule**. Beispielhaft seien hier die Einführung des Faches Wirtschaft/Politik und die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern genannt. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, sich zu orientieren und die eigene Persönlichkeit zu entfalten. Durch aktives Engagement in der Gemeinschaft werden **Kernkompetenzen** wie Toleranz und Kritikfähigkeit gefördert. Ein hervorragen-

des Beispiel hierfür ist das Projekt „Schüler Helfen Leben“, welches mittlerweile deutschlandweit einmal jährlich Hunderttausende Schülerinnen und Schüler für einen guten Zweck mobilisiert.

Das **Fach Wirtschaft/Politik** in den Sekundarstufen I und II trägt zu einer vertieften Allgemeinbildung, aber auch zur Berufs- und Studienorientierung Heranwachsender bei. Insofern sind eine Weiterentwicklung des gesellschaftspolitischen Profils und auch eine damit einhergehende Anpassung der Lehrerausbildung wünschenswert. Politik hat auch zukünftig die Aufgabe, an unseren Schulen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sichern, damit junge Menschen das Rüstzeug für ein verantwortungsvolles und selbstbestimmtes Leben erhalten.

Während politische Bildung in der Schule überwiegend auf junge Menschen abzielt, sollen im Bereich der **Weiterbildung** Menschen aller Altersgruppen Lernmöglichkeiten angeboten werden. Politische, allgemeine und berufliche Weiterbildung sind eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe, aber auch zur Verbesserung der beruflichen Situation des Einzelnen. Lebenslanges Lernen schafft die Flexibilität, die wir brauchen, um zum Beispiel den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu begegnen. Der **Arbeitsmarkt** profitiert von interessierten und qualifizierten Mitarbeitern, wirtschaftliches Wachstum wird gefördert. Der Nutzen erfolgreicher Weiterbildung kommt also nicht nur dem Einzelnen, sondern der gesamten **Gesellschaft** zugute. Der vorliegende Bericht weist insoweit völlig zu Recht auf die Bedeutung eines ausgewogenen Weiterbildungskonzeptes hin, welches aber auch in einem Spannungsverhältnis zu den begrenzten öffentlichen und privaten Haushalten steht.

Die CDU setzt sich dafür ein, die gute Infrastruktur der Weiterbildung in Schleswig-Holstein zu erhalten, denn gerade auch die **Volkshochschulen** in unserem Land leisten einen wichtigen Beitrag zu **Bildung und Integration**.

(Beifall bei CDU und FDP)

- Ich finde, das ist einen Applaus wert. Sie tun dies unter anderem durch nachgeholt Schulabschlüsse, durch Einbürgerungstests oder durch Orientierungskurse für Zuwanderer. Wer staatliche Aufgaben übernimmt oder durch verantwortungsvolle Tätigkeit zum Gemeinwohl beiträgt, der verdient auch eine entsprechende Anerkennung und Förderung.

Weiterhin ist die **Landeszentrale für politische Bildung** zu erwähnen. Als unabhängige und überparteiliche Einrichtung hat sie seit ihrer Gründung eine wechselvolle Geschichte erlebt. Wir haben ge-

(Marion Herdan)

rade erfahren, dass entsprechende Vorgänge laufen und dass die Landeszentrale in eine kontinuierliche Arbeit überführt wird. Ich begrüße die Umstrukturierung in diese Richtung. Hier sollten wir aber weiter im Gespräch bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein für mich wichtiger Gedanke zieht sich durch weite Teile des hier vorliegenden Berichts, nämlich **Politikverdrossenheit** vorzubeugen beziehungsweise abzubauen. Was dazu getan worden ist und auch zukünftig getan werden kann, lesen wir anschaulich auf 70 Seiten dieser Abhandlung. Gerade eine politisch gebildete Gesellschaft ist motiviert, interessiert und beteiligt sich am politischen Leben. Ganz entscheidend ist: Sie ist gegen Extremismus gewappnet - sei es von Rechts oder von Links. Demokratie ist eben in der Tat keine Glückssache, die uns nur so zufällt. Sie muss vielmehr immer wieder erarbeitet werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Hans Müller das Wort.

Hans Müller [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eigentlich sollte es in diesem Hause müßig sein, über die Wichtigkeit politischer Bildung zu philosophieren. Dass es mit den Kenntnissen über Zeitgeschichte, über Fragen politischer Strukturen und Inhalte, über das Parteiensystem, über die deutsche Teilung und Wiedervereinigung oder über Europa mehr als bescheiden bestellt ist, kann man nahezu täglich in den verschiedenen Quizshows im Fernsehen sehen. Fragen zur Sportgeschichte, zu Unterhaltungsmusik oder zu Wer-mit-wem-Schlagzeilen aus der Yellow Press werden problemlos beantwortet, aber relativ simple Fragen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind Klippen, bei denen die meisten Kandidaten ins Trudeln geraten. Viele scheitern endgültig.

Ich finde es sehr gut, dass der Bericht sehr weit gefasst ist und dass auch der **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**, die wir ja gesetzlich geregelt haben, ein angemessener Raum gewidmet wird. Diese Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umfasst die Medienkompetenz, die Mädchenarbeit und Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

Ich will auf einige Punkte eingehen. Der Bericht zitiert die Erhebungen im Rahmen von „**Evaluation im Team**“ (EVIT), wonach sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Eltern mit der Schule insgesamt zufrieden sind und wonach die Kooperation von Lehrkräften und Eltern als gut eingeschätzt wird, allerdings mit erheblichen Unterschieden in der Bewertung zwischen Lehrern und Eltern. Das sind durchaus gewichtige Anhaltspunkte und Daten. Ich begrüße es sehr, dass sie in diesen Bericht einbezogen wurden. Mir stellt sich allerdings die Frage, warum Sie ausgerechnet **EVIT**, also den Schul-TÜV, für entbehrlich halten und diesen für die sogenannten **Entbürokratisierung** opfern wollen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Es hat mich und die Jugendpolitikerinnen und -politiker meiner Fraktion sehr gefreut, dass sich die Landesregierung in ihrem Bericht, der auch Teil des Kinder- und Jugendaktionsplans des Landes ist, ausdrücklich zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bekennt. Ich stelle mit Befriedigung fest, dass zwischen allen Fraktionen des Hauses Einigkeit darüber besteht, dass wenigstens dieses Markenzeichen der schleswig-holsteinischen Jugendpolitik nicht hinter der Tünche der Entbürokratisierung und der Entlastung der Kommunen verschwinden darf.

(Beifall bei der SPD)

Für den Landtag besteht die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit darin, einen Grundsatzbeschluss über die **Zukunft** der Landeszentrale für politische Bildung zu fassen. Wir haben mit der Anhörung des Bildungsausschusses in der 16. Legislaturperiode die Grundlage dafür geschaffen, und wir müssen mit Rücksicht auf die Beschäftigten - da haben wir die Beschäftigten wieder! - bald sagen, wohin die Reise geht, insbesondere, ob die Landeszentrale - was wir auch wollen - als unabhängige und selbstständige Einheit unter das Dach des Landtages kommt. Über diese gewichtigen Einzelheiten ist aber noch zu reden. Wir wissen, der Teufel steckt im Detail. Wir wollen unseren konstruktiven Beitrag hierzu leisten, und wir schlagen vor, dass dieser Bericht abschließend im Bildungsausschuss behandelt wird.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben den Bericht zur politischen Bildung 2009 mit Freude entgegengenommen, dies insbesondere, weil er deutlich macht, dass politische Bildung in Schleswig-Holstein institutionell durchaus fest verwurzelt ist und auch tagtäglich einen wertvollen Beitrag zu einem besseren Miteinander liefert. Politische Bildung - das gilt es gesondert zu unterstreichen - ist ein integraler Bestandteil unserer **Demokratie**. Nur mit politischer Bildung können wir den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Schleswig-Holsteins unsere demokratischen Werte, Toleranz und Mitmenschlichkeit, unser gesellschaftliches Fundament und unsere von Höhen und katastrophalen Tiefen gezeichnete Geschichte vermitteln. Politische Bildung ist und bleibt für die Festigung unserer demokratischen Kultur daher unerlässlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bericht zeigt es deutlich: Die **politische Bildung** ist in Schleswig-Holstein breit aufgestellt. Neben vielen schulischen und Hochschul-Angeboten sowie Angeboten aus der Erwachsenenbildung kann auch der **Sport** für die politische Bildung - für integrative und präventive Maßnahmen - genutzt werden.

Inhaltlich ist die politische Bildung ebenfalls variationsreich: Die Landeszentrale für politische Bildung zum Beispiel bietet - so ist es ihrem **Internetangebot** zu entnehmen - in diesem Jahr eine Fülle unterschiedlicher Veranstaltungen, so etwa zu Themen wie Doping, Extremismus, Klimawandel oder Sicherheitspolitik, an.

Natürlich dürfen historische Themen hier nicht fehlen. Im letzten Jahr gab es eine Vielzahl von Daten, die von der politischen Bildung aufgearbeitet werden konnten und mussten: 90 Jahre Weimarer Republik, der Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren, Gründung der Bundesrepublik und der DDR vor 60 Jahren oder 20 Jahre Fall der Mauer - alles Daten, die einer angemessenen Einordnung bedürfen, alles Ereignisse, die unser heutiges gesellschaftlich-demokratisches Gefüge erkennbar beeinflusst haben. Dies zu erkennen und entsprechend aufzubereiten, ist die ureigenste Aufgabe politischer Bildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum kommenden Bericht zur politischen Bildung möchte ich aber den kleinen Wunsch äußern, dass die Frage des **Extremismus** eine bessere Ausgewogenheit bekommt. Wie das Innenministerium in dieser Woche berichtete, hat die Zahl linksextremistischer Straftaten in

Schleswig-Holstein stark zugenommen. Bei den extremistischen Gewalttaten haben die linksextremistischen die rechtsextremistischen sogar überflügelt. Was ich als eine kleine Schwäche des Berichtes bemängeln muss, ist, dass, wenn über Extremismus in diesem Bericht gesprochen wurde, stets der Rechtsextremismus gemeint ist. Die Gefahren des **Linksextremismus** wurden im Bereich der politischen Bildung in den letzten Jahren meiner Ansicht nach viel zu wenig behandelt.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte also dazu aufrufen, dass wir die Gefahren, die vom Extremismus im Allgemeinen ausgehen, stärker zum Gegenstand der politischen Bildung machen. Dies - da bin ich mir ganz sicher - wird auch das Anliegen von Minister Dr. Klug sein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der Schleswig-Holsteinische Landtag hat in der letzten Legislaturperiode beschlossen, dass eine Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung in Angriff genommen werden muss.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Loedige [FDP])

Wir waren uns weitgehend darüber einig, dass eine **Neuordnung** in Form eines **Dienstleistungszentrums** vonnöten sei. Soll auch künftig qualitativ hochwertige Bildungsarbeit geleistet werden, müssen nun die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um Klarheit über die Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung zu bekommen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich denke, darüber sind wir uns alle einig: Wir brauchen eine gute und fundierte Versorgung mit Angeboten aus der politischen Bildung. Politische Bildung ist ein unerlässlicher Bestandteil unserer Demokratie. Daher ist es wichtig, dass politische Bildung in Schleswig-Holstein weiterhin so groß geschrieben wird wie bisher.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht zur politischen Bildung gibt einen guten Überblick darüber, welche Institutionen, Programme und Projekte es gibt, um Kindern und Ju-

(Ines Strehlau)

gendlichen wie auch Erwachsenen Kenntnisse über das demokratische System und die **demokratischen Spielregeln** zu vermitteln. Wir lernen, dass die Entwicklung politischer Kompetenz, von Urteilsfähigkeit und Selbstverantwortung, von Toleranz und Kritikfähigkeit im Vordergrund steht. So wird die Entwicklung der Beteiligten hin zu toleranten und demokratischen Menschen gefördert.

Schülerinnen und Schüler lernen in der Schule unser demokratisches System kennen, sie lernen, sich als Klassen- oder Schülersprecherinnen und Schülersprecher einzubringen, in Schulkonferenzen ihre Meinung zu vertreten und lernen auch außerhalb der Schule Team- und Konfliktfähigkeit.

Es gibt Europaprojekte, Maßnahmen gegen Rassismus und Gewalt und für Toleranz, Vielfalt und Demokratie. An Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten gibt es Kurse und Seminare für Jung und Alt in vielen Bereichen der politischen Bildung. Politische Bildung begegnet uns also fast überall. So weit, so gut, könnte man sagen. Warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir dann aber Schwierigkeiten, junge Menschen für einen Jugendbeirat zu finden? Warum bringen sich so wenig Menschen – jung wie alt - bei politischen Parteien ein, und warum ist unsere Wahlbeteiligung teilweise dramatisch niedrig?

Eine Erklärung dafür ist meines Erachtens, dass wir **Kinder und Jugendliche** noch immer nicht genug in Entscheidungen einbeziehen, die sie betreffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es gibt zwar § 47 f der **Gemeindeordnung**, der besagt, dass die Gemeinde bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen muss. Das muss aber konkret angewandt werden; denn nur, wenn ich merke, dass meine Ideen auch gehört werden, bringe ich mich das nächste Mal wieder ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es gibt dazu positive Beispiele wie Zukunftswerkstätten, in denen Kinder und Jugendliche ihre Schule oder ein Schwimmbad mitplanen oder die von Kindern erstellte Liste vom Zustand ihrer Spielplätze, die sie an die Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen weiterleiten. Wenn die Kinder und Jugendlichen mit ihren Vorschlägen Gehör finden, erleben sie unsere Demokratie nicht als „die Politiker machen doch, was sie wollen“,

sondern sie fühlen sich ernst genommen und bringen sich auch in Zukunft weiter ein.

Ein anderer **Grund** für die **Politikverdrossenheit** könnte sein, dass politische Bildung eben noch über ganz andere Kanäle als die genannten läuft. Menschen lernen viel am Beispiel. Die Beispiele liefern unter anderem wir als Politikerinnen. Aber machen wir unsere Sache gut?

Wenn hier **Besucherguppen** hier im **Landtag** sind, dann wird uns häufig gesagt, dass wir Politikerinnen und Politiker einander nicht mit Respekt begegnen, dass wir unsachlich und persönlich diffamierend argumentieren und nicht die Sache, sondern den vermeintlichen persönlichen Erfolg in den Mittelpunkt stellen. Wie oft haben wir dort gehört, dass wir uns nicht mit Schlamm bewerfen, sondern die Probleme des Landes lösen sollen.

All diese Besucherinnen und Besucher sind **Multiplikatoren**. Sie berichten zu Hause, ob wir unsere Arbeit sachgerecht und gut machen oder auch nicht. Da müssen wir noch viel besser werden. In der Debatte gestern Abend zur Abschaffung des Optionszwangs waren wir schon gar nicht schlecht. Auch populistische Debatten, wie die um die Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils zu den Hartz-IV-Sätzen, sind einer höheren Wahlbeteiligung sicherlich nicht dienlich und schaden unserer Demokratie.

Ein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Landeszentrale für politische Bildung. Der **Landesrechnungshof** fällt ein hartes Urteil:

„Die Landeszentrale für politische Bildung hat keine klaren Ziele und handelt unwirtschaftlich. ... Seit 2003 ist die Landeszentrale ein Landesbetrieb. Landesbetriebe erfordern erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Tätigkeiten. Diese Voraussetzung erfüllt die Landeszentrale nicht. Der Landesbetrieb ist aufzulösen.“

Die Landeszentrale erfüllt aber mit der Vermittlung überparteilicher politischer Bildungsangebote eine wichtige Aufgabe. Meine Fraktion will die Landeszentrale deshalb erhalten und hatte im Mai 2009 den Antrag gestellt, sie dem **Landtag anzugliedern**. Dort könnte sie gemeinsam mit der bestehenden Öffentlichkeitsarbeit des Landtages politische Bildungsarbeit leisten. Beide Bereiche könnten sich ergänzen und so das Angebot für die Bürgerinnen erweitern und mit anderen Institutionen vernetzen.

(Ines Strehlau)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Über dieses Thema werden wir aber sicherlich in einer der nächsten Tagungen noch vertieft diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Kollegen Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zweimal nun haben wir die Debatte um den Bericht zur politischen Bildung verschoben. Ich bin froh, dass es heute nicht das dritte Mal passiert ist, dass wir heute doch noch zu einer Aussprache gekommen sind. Ich bin auch froh, dass wir heute durchaus auch unterschiedliche Positionen hören. Frau Funke hat uns in ihrer Darstellung erzählt, was sie meint, was extremistisch sei. Ich denke, da gibt es noch viel zu diskutieren. Ich zum Beispiel finde es sehr extremistisch, wenn das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zur Disposition gestellt wird. Da ist eben auch eine Partei beteiligt, die hier im Landtag ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bericht zur politischen Bildung belegt die vielfältigen **Aktivitäten** von Schule über die Volkshochschulen, von der Landeszentrale für politische Bildung bis hin zu den Parteienanstiftungen, zumindest die, die bisher aus dem Landeshaushalt Fördermittel erhalten. Der Bericht legt die Aktivitäten, die hier im Land unternommen werden, um.

Ich zitiere mit Erlaubnis aus dem Bericht:

„... sich in einer sich schnell verändernden Gesellschaft zurechtzufinden sowie selbstbewusst und selbstorganisiert politisch zu denken und zu handeln.“

Weiter heißt es dort richtig - ich darf noch einmal zitieren -:

„Im Vordergrund der politischen Bildung steht die Entwicklung politischer Kompetenz im Sinne von Urteilsfähigkeit und Selbstverantwortung, von Toleranz und Kritikfähigkeit.“

Dazu kann ich nur eines sagen: Das unterstützen wir ohne Wenn und Aber. Ich gehe davon aus, da sind wir uns auch alle einig.

Es ist schon vieles auf dem Weg gebracht worden. Von der Partizipation in der Schule wird berichtet, über Modellprojekte und Modellversuche zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur, die Veränderung der Lehrpläne.

Meine Damen und Herren, die politische Bildung hat zu Recht einen Schwerpunkt bei der **Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**. Dies ergibt sich schon aus dem Ziel, Toleranz und Kritikfähigkeit vermitteln zu wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Offensichtlich müssen wir aber auch mit Blick auf Lübeck in diesem Bereich unsere Anstrengungen noch verstärken. Dafür werden wir uns als Fraktion DIE LINKE hier im Parlament auch einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bildung fängt nicht erst in der Schule an. Interessant und bemerkenswert sind für mich, teilweise auch neu, die Projekte im Rahmen der frühkindlichen Erziehung. Bildung hört auch nicht nach der Schule auf.

Leider haben sich die **Rahmenbedingungen** an den **Volkshochschulen** in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert, und die enge Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung ist ja auch nicht immer von Erfolg gekrönt. Auf jeden Fall - da sind wir uns wahrscheinlich nicht einig, aber dafür stehen wir ein - ist es so, dass wir meinen, dass die Zuschüsse für die wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben der politischen Bildung nicht gesenkt werden dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die **Entwicklung an den Universitäten** - auch darauf wird in dem Bericht eingegangen - lehnen wir ab. Die Verschulung des Studiums, die zunehmende Konzentration auf kapitalverwertbare Studiengänge, der Aderlass bei den gesellschaftskritischen, den geisteswissenschaftlichen **Studiengängen**, diese verringern langfristig die intellektuelle Qualität der für jede Gesellschaft notwendigen kritischen Intelligenz.

Auf zwei Aspekte möchte ich heute noch eingehen. Das Freiwillige Ökologische und das **Freiwillige Soziale Jahr** werden auch in dem Bericht erwähnt. Wir schließen uns den Ausführungen an. Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir ab.

(Ulrich Schippels)

(Beifall bei der LINKEN)

Die entsprechende Kritik des Landesrechnungshofs teilen wir auch nicht in Bezug auf die Landeszentrale für politische Bildung, zumindest nicht in ihrer Rigorosität. In der aktuellen Debatte, wo denn nun die Landeszentrale angedockt werden soll, haben ich jetzt mit Erstaunen vom Minister gehört, wie wir dazu stehen. Wir wollten eigentlich erst einmal schauen, was aus dem Ministerium kommt, aber der vorgeschlagene Weg ist wohl nicht der schlechteste, Herr Dr. Klug.

Die Landeszentrale sollte unserer Meinung nach nicht nur ein Dienstleistungszentrum für politische Bildung sein, sondern ein wenig mehr, auch wenn wir als Linke in der Vergangenheit nicht immer glücklich mit der Veranstaltungsausrichtung gewesen sind. Aber die Landeszentrale ist ja nun auch nicht dazu da, uns glücklich zu machen.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir lehnen Kürzungen - die Papiere liegen wohl schon in den entsprechenden Schubladen - in diesem wichtigen Bereich, im Bereich der politischen Bildung, ab. Es ist nun einmal so, dass präventive Ausgaben in der Regel günstiger sind als Reparaturkosten. Aufgeklärte, kritikfähige Menschen erzeugen keine Kosten, Dummheit und Ignoranz dagegen sehr wohl.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Larms Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass die politische Bildung sehr viel mehr ist, als nur der WiPo-Unterricht in der Schule oder der Vortrag über den Zweiten Weltkrieg an der Volkshochschule.

Zwar steht im Vordergrund der politischen Bildung, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Alter Kenntnisse über demokratische Systeme und **demokratische Spielregeln** erwarten. Sehr viel wichtiger ist aber, dass politische Bildung als integraler Bestandteil unseres Lebens verstanden wird. Sobald **Partizipation** an gesellschaftlichen Entscheidungen erwartet wird, brauchen wir unsere politische Kompetenz. Wir müssen selbstbewusst und selbstorganisiert denken und handeln, Verantwortung tragen, Urteile fällen, tolerant sein und mit Kritik umgehen

können. Das ist ja ganz wichtig auch hier in diesem Parlament.

Dementsprechend geht aus unserem vorliegenden Bericht auch ein sehr breites Verständnis von politischer Bildung hervor. Dieser wirkt auf den ersten Blick wenig prägnant, erst auf den zweiten Blick wird deutlich, dass er eigentlich nur die Tatsache wiedergibt, dass politische Bildung und damit politisches Handeln und Denken eine alltägliche Lebensform sind und deswegen in so vielen Bereichen zu finden sind.

Obwohl der Bericht sehr beeindruckend darstellt, wie umfassend politische Bildung in Schleswig-Holstein ist, haben sich in den letzten zehn Jahren **Veränderungen** ergeben, die aus Sicht des SSW näher zu betrachten sind.

Ich möchte an dieser Stelle drei Beispiele dafür nennen: erstens die zunehmende Notwendigkeit **bürgerschaftlichen Engagements**. Damit meine ich zum Beispiel die Arbeit der Landesschülervertretungen, die noch vor zehn Jahren mit der Einrichtung des Arbeitskreises „Schüler Helfen Leben“, die Kampagnen „Nutze Dein Recht“ oder Demonstrationen vor dem Landeshaus für mehr Schülerpartizipation eingetreten sind.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Aus dieser Zeit stammen die Einführung des Schulprogramms und die drittelparitätische Besetzung der Schulkonferenzen. Da kann man einmal sehen, was unsere Schülerinnen und Schüler erfolgreich erkämpft haben.

Weiter muss die **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungs- und Gestaltungsprozessen** genannt werden. In den Gemeinden wurden Kinder zum ersten Mal an der Gestaltung von Kitas, Freizeitparks, Schulhöfen oder Spielgeländen beteiligt. Das bürgerschaftliche Engagement liegt dem SSW deswegen schon seit Urzeiten am Herzen, und wir wollen dies auch in Zukunft sichern und in Gesetzen absichern.

Zweitens möchte ich an dieser Stelle den Umgang mit den **nationalen Minderheiten** Schleswig-Holsteins im vorliegenden Bericht kritisieren. Wenn man diesen Bericht mit dem Bericht von 1998 vergleicht, stellt man fest, darin wird immerhin noch erwähnt, dass die Heimvolkshochschule Jarplund eine dänische Heimvolkshochschule ist. Und unter den Einrichtungen der politischen Bildung wurde auch noch der Sydslesvigsk Oplysningsforbund genannt. Im aktuellen Bericht werden die nationalen

(Lars Harms)

Minderheiten mit einem einzigen Satz erwähnt. Dieser lautet - ich zitiere -:

„... das Bemühen des Landes, die Gleichstellung der Lebensverhältnisse von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung zu gewährleisten, ist ein Schwerpunkt des Regierungshandelns in Schleswig-Holstein.“

Von dieser politischen Absichtserklärung abgesehen spielt die Kenntnis über die Minderheiten in der **politischen Bildung** kaum eine Rolle. Weder in einer Sprachenpolitik des Landes noch mit einer Finanzierung des Demokratie-Projektes - entstanden aus der Kompetenzanalyse unseres Landtags „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ - hat sich die Landesregierung bisher in der Minderheitenpolitik sonderlich engagiert oder markiert. Für den SSW ist natürlich von besonderer Bedeutung, wie die Minderheiten in der politischen Bildung sichtbar werden können. Ein erster Ansatz wäre da zum Beispiel eine deutlichere Verankerung der Minderheiten, ihrer Geschichte und Kultur in den Lehrplänen und eine Ausweitung der **Sprachunterrichts in friesischer und dänischer Sprache**.

Als dritten Punkt möchte ich an dieser Stelle das FÖJ nennen. Der vorliegende Bericht gibt zum Ausdruck, wie wichtig die **Freiwilligendienste** für Persönlichkeitsförderung, Berufswahlorientierung und das verantwortungsbewusste Handeln sind. Gleichzeitig kündigt die Landesregierung **Kürzungen** in diesem Bereich an. Aus Sicht des SSW kann es nicht angehen, dass man einerseits einen fetten Bericht vorlegt und andererseits nicht bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen, um die Vielfalt der politischen Bildung im Land in Zukunft zu sichern.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Bildung ist nicht zum Nulltarif zu kriegen, aber sie ist die beste Zukunftsinvestition, die wir machen können. Deswegen sollten wir den Bericht über die politische Bildung nicht nur zur Kenntnis nehmen, auch im Ausschuss nicht nur abschließend zur Kenntnis nehmen, sondern sollten ihn uns auch vor Augen halten, wenn es später darum geht, den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein zu beschließen. Da kommt es dann darauf an, ob wir das, was hier drinsteht, wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussberatung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/70, dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 52 auf:

UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/228

Ich erteile der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Juni 2009 hat das Welterbekomitee der UNESCO in Sevilla das **Wattenmeer der Niederlande und Deutschlands** als Weltnaturerbe in die Liste „Erbe der Menschheit“ aufgenommen. Das war ein denkwürdiger und großer Tag für den Schutz des Wattenmeeres und unseren Nationalpark in Schleswig-Holstein, für unser Land schlechthin.

Das Wattenmeer ist das zweite Weltnaturerbegebiet in Deutschland und eines der größten in Europa. Die Ernennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe ist eine ganz besondere weltweite Auszeichnung. Es ist der Nobelpreis für Naturschutz. Die Auszeichnung bedeutet einen außerordentlichen Imagegewinn für die Region.

(Beifall im ganzen Haus)

Ein einstimmiger Beschluss dieses Hauses im November 2007 für die Anmeldung bei der UNESCO hat den Weg für die Anerkennung möglich gemacht. Sie alle haben dazu beigetragen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Ihnen und bei den vielen Akteuren im Land, insbesondere an der Westküste, für Ihren Einsatz zu bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

Zwei Aspekte dieser Auszeichnung möchte ich besonders betonen. Der Welterbestatus ist Anerken-

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

nung der gemeinsamen internationalen Bemühungen um den Schutz des Wattenmeeres und gleichzeitig Ansporn, in diesem Schutz nicht nachzulassen und den Naturschatz unversehrt an kommende Generationen weiterzugeben. Die **Anerkennung** setzt aber auch erhebliche Impulse für die regionale Entwicklung, insbesondere den Tourismus. Es ist zu erwarten - die tourismusfachlichen Umfragen der Fachhochschule Westküste zeigen das -, dass das Weltnaturerbe Wattenmeer ein zusätzlicher Anreiz ist, die **Nordseeküste Schleswig-Holsteins** zu besuchen.

Beide Aspekte sind in dem Bericht behandelt. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass durch das Weltnaturerbe eine **touristische Belebung** erreicht werden kann. Der Erhalt des Wattenmeeres durch den Schutz als Nationalpark ist elementare Basis für ein nachhaltiges touristisches Angebot und den regionalwirtschaftlichen Erfolg. Wenn wir diesen Naturschatz für die kommenden Generationen erhalten wollen, müssen wir den Blick in die Zukunft richten und unsere Kräfte bündeln. Der Erhalt des Weltnaturerbes und ein professionelles und zukunftsorientiertes **Marketing** benötigen ein entsprechendes Budget. Dabei sind die Region, das Land, aber auch der Bund gefordert. Die Namen „Welterbe“ und „Nationalpark“ sagen es bereits: Hier geht es um länderübergreifende nationale Interessen und damit auch Verpflichtungen.

Auf Bundesebene ist im Jahr 2009 erstmals ein Programm zur Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten im Umfang von 150 Millionen € aufgelegt worden, das jetzt im Jahr 2010 um 100 Millionen € aufgestockt werden soll. Die Landesregierung bemüht sich darum, dass im Rahmen dieses Programms das neue Weltnaturerbe Wattenmeer gefördert wird. Die Zeichen stehen zurzeit gut.

Eine enge **Kooperation länderübergreifend** mit unseren Partnern in Niedersachsen, mit der Bundesregierung und den Niederlanden ist für das gemeinsame Weltnaturerbe Wattenmeer von besonderer Bedeutung. Ich freue mich, dass Hamburg inzwischen beschossen hat, seine Flächen nachzumelden.

(Beifall im ganzen Haus)

Auch auf Landesebene ist die Fortführung und Ausdehnung der bisherigen Aktivitäten zum Marketing des Weltnaturerbegebietes unerlässlich. Für erste Maßnahmen vor und nach der Anerkennung im Juni 2009 hat mein Haus kurzfristig die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Wir messen dem eine hohe Bedeutung bei. Eine Fachkraft bei

der Nationalparkverwaltung betreut seit Anfang des letzten Jahres neben dem **Multimar Wattforum** speziell das Marketing für das Weltnaturerbe Wattenmeer.

Ich bin sehr dankbar, dass die Nationalparkkuratorien, die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen, Gesellschafter der Nordsee-Tourismus-Service GmbH, die NTS, und die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein, die TASH, bereits deutlich gemacht haben, dass sie der Anerkennung als Weltnaturerbe große Bedeutung beimessen und daher finanzielle Mittel bereitstellen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Das ist ein deutliches Signal aus der Region, das die Landesregierung aufnehmen wird. Der **Welterbestatus** ist für ganz Schleswig-Holstein von herausragender Bedeutung. Die Federführung für die Marketingaktivitäten wird daher bei der **TASH** als Landesmarketingorganisation angesiedelt. Die TASH arbeitet dabei eng mit den regionalen Partnern, insbesondere der NTS, zusammen. Zurzeit werden Gespräche darüber geführt, wie ein entsprechender Antrag für das Weltnaturerbemarketing als Projekt im Zukunftsprogramm Wirtschaft gefördert werden kann. Die Mittel sind mit Sicherheit gut angelegt. Wir können davon ausgehen, dass sie eine gute Rendite bringen werden für den langfristigen Erhalt unseres Weltnaturerbes Wattenmeer und die touristische Wertschöpfung in der Region.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Tietze.

(Zurufe)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich fange einmal mit einem Kompliment an: Frau Ministerin Dr. Rumpf, Ihre Rede hat mir sehr gut gefallen.

(Beifall)

Sie haben meinen absoluten Respekt, denn Sie haben deutlich gemacht, dass nicht nur wir an der Westküste, sondern wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner insgesamt wirklich stolz sein können, dass wir das Welterbe bekommen haben und mit dem Great Barrier Reef und dem Yellowstone-Nationalpark auf Augenhöhe sind. Das

(Dr. Andreas Tietze)

hat uns alle sehr stolz gemacht, das hat uns vor allen Dingen gezeigt: Wenn man solidarisch für die **Region** und die Schätze der Natur in der Region steht, dann kann man auch etwas erreichen, über Parteigrenzen hinweg. Das ist etwas, worauf nicht nur wir an der Westküste, sondern wir alle stolz sein können.

(Beifall)

Wenn man diesen Stolz sieht, muss man auch sagen: Auch die **Aufmerksamkeit** steigert sich mit der Bedeutung einer Region. Wir haben erlebt, dass jetzt auch Hamburg das Welterbe beschlossen hat. Es war nicht auf Seite 12 zu lesen, sondern auf der ersten Seite. Das heißt, die Presse ist klar und deutlich auf solche Ereignisse gepolt. Die Bevölkerung möchte das lesen, und zwar nicht irgendwo auf Seite 12 oder 13, sondern man nimmt an prominenter Stelle wahr, dass es eine Bedeutung hat.

Für einen nachhaltigen Tourismus in der Welterbe-region ist es gerade für uns an der **Westküste** wichtig, dass wir nicht nur den Wirtschaftsfaktor sehen, sondern dass zum Welterbe auch dazugehört, dass wir die Naturschönheiten bewahren, dass wir die Naturschützer und die Marketingfachleute zusammen in einer Arbeitsgruppe haben.

Eine erstklassige Idee finde ich beispielsweise, angelehnt an die **Big Five** der Serengeti - also Elefant, Nashorn, Büffel, Löwe und Leopard -, dass sich diese Arbeitsgruppe auf die sogenannten **Small Five** geeinigt hat, also Strandkrabbe, Wattwurm, Herzmuschel, Wattschnecke und Nordseegarnele, und im Herbst mit einer Marketingaktion der **Flying Five** antwortet, nämlich Brandgans, Alpenstrandläufer, Ringelgans, Silbermöwe, Austernfischer.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Zum Auftakt der Saison wollen wir dazu eine **Medienkampagne** machen und eine entsprechende Aufmerksamkeit erzielen.

Das macht deutlich, wenn Naturschutz und Tourismus zwei Seiten einer Medaille sind und an einem Strang ziehen, kann es funktionieren. Sie haben zu Recht gesagt, es funktioniert natürlich nicht ohne finanzielle Mittel. Mit Sorge betrachten wir deshalb die Situation, wie sie sich im Moment darstellt. Weder der Landeshaushalt noch die Kommunalhaushalte können derzeit die **notwendigen Mittel** zur Verfügung stellen, um das Marketing nach vorn zu bringen. Sie haben angesprochen, dass Sie nun die **EFRE-Mittel** hier möglich machen wollen. Ich

muss mich auch an Ihren Kollegen Herrn de Jager wenden. Herr de Jager, Sie wissen, dass die Marketingorganisationen fürchten, dass die gesamten **Marketingmittel** gekürzt werden. Es gibt die Diskussion, auch an der Westküste: Wenn uns das Land Butter und Brot streicht, wir keine Marketingmittel mehr haben, dann überlegen wir uns sehr genau, ob wir die **Kofinanzierung** für die Welterbemarketingmittel aufbringen wollen.

Hier müssen wir gemeinsam Seite an Seite stehen und sagen: Liebe Leute, das sind zwei Seiten einer Medaille, bitte trennt das. Lasst uns jetzt gemeinsam das, was wir für das Welterbe erreichen können, tun und die Kofinanzierung, die angedacht ist, durch kommunale Mittel sichern, damit wir hier gemeinsam an einem Strang für das Welterbe ziehen. Wenn Sie das vor Ort diskutieren, haben Sie unsere und meine Unterstützung, damit wir das gemeinsam für die Region erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass das keine parteipolitische Veranstaltung ist. Das haben wir mit dem gemeinsamen Antrag deutlich gemacht. Es geht darum, jetzt die Kräfte zu bündeln und in Zeiten knapper Kassen und angesichts geringer Chancen und Möglichkeiten das zu machen, was möglich ist, und damit die Region voranzubringen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein hervorragendes Marketing, um die Menschen zu uns an die **Nordsee** zu locken. Wir brauchen das Engagement der Menschen vor Ort. Wir brauchen die Betreuung in den Schutzgebieten, und wir müssen dafür sorgen, dass unsere Region künftig davon profitiert.

Insofern mein Appell: Seite an Seite für die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie streiten und ein Erfolgsprojekt für Schleswig-Holstein gemeinsam umsetzen!

(Beifall)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Karsten Jasper das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Bravo!)

Karsten Jasper [CDU]:

Vielen Dank, Herr Kollege Arp. - Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Fraktionen bedanken, dass wir es geschafft haben - und das kommt

(Karsten Jasper)

in diesem Hause nicht so oft vor -, einen gemeinsamen Antrag über alle Fraktionen hinweg zu stellen, nämlich dahin gehend, dass wir gern den Bericht hören wollen. Frau Dr. Rumpf, ganz herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter aus dem MLUR!

Ich habe gerade eben gesehen - und ich bin ein positiv denkender Mensch -, dass Sie und Herr Minister de Jager schon die Köpfe zusammengesteckt haben. Sie hatten den Bericht in der Hand, Herr de Jager hatte - glaube ich - das Konzeptpapier der NTS in der Hand, und Sie haben beide abwechselnd mit dem Kopf genickt. Daraus schließe ich, dass das alles gelaufen ist. Zwei Staatssekretärinnen sind hier, und die Mittel werden sicherlich zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Minister Jost de Jager)

Eine besondere Auszeichnung für die Westküste, ein Imagegewinn und wichtig für die touristische Entwicklung - das ist sicherlich die Ernennung des Wattenmeers zum Weltnaturerbe für uns an der Westküste. Mein lieber Kollege Dr. Andreas Tietze, ich bin froh, dass Sie mir noch zwei Sachen nachgelassen haben, den Grand Canyon und die Serengeti. Auch die gehören zum Weltnaturerbe. Sie haben die beiden anderen großen genannt. Worauf wir besonders stolz sein können, ist, dass das **Wattenmeer** das **flächenmäßig größte Naturerbe** in Europa ist.

Wir brauchen für eine erfolgreiche **Vermarktung** ein professionales Marketing mit einem ausreichenden **Finanzbudget**. Wir brauchen die finanzielle Beteiligung verschiedener Partner. Wir brauchen gute Vermarktungs- und Marketingstrategien. Die NTS, Nordsee-Tourismus-Service-Gesellschaft, hat ein erstes Konzeptpapier erarbeitet mit einem **Vier-Säulen-Modell**: erstens Marktforschung, zweitens Qualifizierung, drittens Infrastruktur und viertens Marketing.

Dieses erste Marketingpapier beinhaltet auch **Zielvereinbarungen**, die getroffen worden sind, und zwar mit allen Partnern, einmal im Jahr eine gemeinsame Werbeaktion durchzuführen, einen gemeinsamen Fonds zu gründen, den man errichten will. Und es soll eine kreative Agentur eingeschaltet werden, um das Weltnaturerbe Wattenmeer im deutschsprachigen Raum - das halte ich für besonders wichtig - zu vermarkten, nämlich in Deutschland, in Österreich und vornehmlich auch in der Schweiz.

Was ist bisher geleistet worden? - Die **NTS** hat schon einen Online-Auftritt konzipiert, der im In-

ternet steht, mit einem Newsletter. Zahlreiche Presseberichte sind erschienen. Es ist ein Pressegespräch in Wien gelaufen, es sind Berichte auf der ersten Seite - wie Sie das richtig gesagt haben - in der „Zeit“, in der „Welt“ und auch in der „Times“ erschienen, und der NDR ist als Medienpartner für das Weltnaturerbe gewonnen worden.

Was ist für 2010 geplant? - Eine Beteiligung an der **ITB** vom 10. März an. Ich bin gespannt, wie man das dort auf dem Schleswig-Holstein-Stand präsentieren wird. Drei regionale Veranstaltungen sind in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und in den Niederlanden geplant, und es gibt erste Ideen für **Kooperationspartner**.

Auch die **Region** hat sich beteiligt, das wurde hier auch schon genannt: für 2010 und 2011 je 50.000 € per annum, von den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen mit der Erwartung, dass das Land auch kofinanziert. Dieses Marketingkonzept, das jetzt über die TASH beim Wirtschaftsministerium beantragt werden muss, muss beinhalten: Medienkooperation, Kooperation mit Partnern aus der Wirtschaft, eine Image bildende Kampagne mit einer hohen Reichweite, aufmerksamkeitsstark und identitätsstiftend - auch für das Innen-Marketing. Mein ganz persönlicher Wunsch ist, dass jetzt eine schnelle Prüfung oder ein schneller Antrag in Zusammenarbeit mit der TASH erfolgt. Herr Minister de Jager, das MLUR hat schon sehr viel vorgeprüft, Ihre Mitarbeiter brauchen eigentlich nur noch das Häkchen dahinter zu machen und dann einen positiven Bescheid zu erteilen, sodass wir die Mittel in die Region kriegen. Herzlichen Dank. Ich hoffe, dass wir das Weltnaturerbe entsprechend vermarkten können.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun sind schon etliche Lobesworte gefallen und so mancher Superlativ genannt. Da möchte ich mich natürlich für die SPD-Fraktion anschließen und aus der Liste der Welterbedenkmäler weltweit vielleicht noch den Yellowstone-Nationalpark und die Pyramiden von Gizeh hinzufügen. Das ist schon etwas ganz besonderes, wenn unser Wattenmeer in einem

(Regina Poersch)

Atemzug mit anderen weltberühmten Welterbestätten genannt wird.

In Schleswig-Holstein gibt es dann auch noch das **Weltkulturerbe Lübeck**, das darf ich nicht unerwähnt lassen. Das ist die zweite Welterbe-Auszeichnung in Schleswig-Holstein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Also auch ich fange mit lauter Superlativen an. Der Nordsee-Tourismus-Service spricht gar von einem Oscar, Frau Ministerin, Sie sprachen von einem Nobelpreis. Wir alle sind uns heute Nachmittag einig, dass diese Auszeichnung Ehre, Anerkennung und auch Verpflichtung zugleich ist.

Eine **Verpflichtung** zum Schutz und zum Erhalt dieser ganz besonderen Einzigartigkeit unseres Wattenmeeres, Weltnaturerbe zu sein, bedeutet aber auch eine ganz besondere Chance. Das weltweit größte Wattenmeer zu sehen und zu bestaunen, kann und muss **Touristen** in unser Land locken. Man muss nur wissen, dass es hier ein **Weltnaturerbe Wattenmeer** zu bestaunen gibt.

Unsere Nordsee-Orte werben seit ganz langer Zeit mit der Einzigartigkeit des Wattenmeeres im Inland wie im Ausland. Wir wissen, dass die Gäste aus In- und Ausland zunehmend neugieriger auf unsere Nordsee werden. Genau hier müssen wir ansetzen.

Diesen Ansatz fand der Schleswig-Holsteinische Landtag schon in der letzten, der 16. Wahlperiode und hatte einstimmig die Anerkennung des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres als UNESCO-Weltnaturerbe gefordert. Nun ist es wichtig, dass das Marketing rund um das Wattenmeer mit Unterstützung des Landes vorangebracht werden soll. Auch der interfraktionelle Antrag diente dazu, hier ein gemeinsames Zeichen zu setzen - ein Zeichen, dass wir uns unserer Verpflichtung bewusst sind und die Region Nordfriesland und Dithmarschen, unsere Westküste, mit dem Weltnaturerbe nicht alleinlassen.

Die Region ist sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst. Das wird aus den Anstrengungen - der Kollege Jasper hat darauf hingewiesen - deutlich, die schon in der Region selbst unternommen werden. Das Ganze wird immer abgestimmt mit dem Wattenmeersekretariat, dem CWSS.

Nun geht es darum, konkret Geld in die Hand zu nehmen. Die Gesellschafter der Nordsee-Tourismus-Service GmbH tun da eine ganze Menge. Sie sind selbst bereit, eine stattliche Summe in die Hand zu nehmen, aber nur unter einer Bedingung,

nämlich unter der Bedingung, dass das Land mit exakt dieser Summe einsteigt. An der Stelle hätte ich mir eine konkretere Aussage in dem Bericht gewünscht. Ich habe dem Bericht auch nicht entnehmen können, wie das zusammenpassen soll, dass die Gesellschafter der NTS einerseits schon aktiv sind und Geld in die Hand nehmen wollen und jetzt eine Verlagerung des Marketing auf die TASH erfolgen soll.

Auf lange Sicht werden sich unsere Akteure vor Ort auf mehr **Internationalität** einstellen müssen - angefangen bei der Sprache bis hin zu Angeboten, die auf die Wünsche unserer Gäste aus dem Ausland eingehen. Damit das gelingt, ist eine starke Identifikation der Region mit dem besonderen Status des Weltnaturerbes erforderlich. Auch das ist schon erwähnt worden: Die NTS hat das erkannt und ihr Augenmerk ganz stark auf das Innenmarketing gelenkt.

Nun hat die **NTS** allen Fraktionen und den zuständigen Sprecherinnen und Sprechern sehr eindringlich und sehr überzeugend das Erfordernis eines Marketing-Sonderbudgets für 2010 und 2011 geschildert. Meine Fraktion unterstützt dieses Anliegen ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir meinen, dass über die Zusage eines **Marketingsonderbudgets** hinaus die NTS - wie auch andere TMOs - grundsätzlich Planungssicherheit bezüglich ihres Wirtschaftsplans brauchen, gerade auch für das längst begonnene Jahr 2010.

Wir wollten eine Aussage über die Förderfähigkeit der notwendigen Marketing-Maßnahmen. Bekommen haben wir eine sehr gut lesbare, lobenswerte Darstellung des Weltnaturerbes im Allgemeinen und unseres Wattenmeeres im Besonderen. Für diesen Bericht, Frau Ministerin Dr. Rumpf, möchte ich mich ganz ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

(Vereinzelter Beifall)

Ich habe auch aus Ihrer Rede gespürt, dass es Ihnen eine Herzensangelegenheit ist. Leider weiß ich aus dem Bericht immer noch nicht, wie der zuständige Tourismusminister die Möglichkeiten einer **Förderung** sieht. Ich hätte mir da einen kleinen Absatz in Ihrem Bericht gewünscht. Nicht nur wir, auch die NTS braucht **Verbindlichkeit**. In diesem Punkt sind wir leider - was den schriftlichen Bericht angeht - noch nicht wirklich weiter. Ich würde mich aber freuen, wenn alle Fraktionen gemeinsam die-

(Regina Poersch)

sen Bericht noch einmal im Wirtschaftsausschuss vertiefen könnten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Dithmarscher, als Touristiker und als Organisator der Brunsbütteler Wattolümpia-ade ist es für mich natürlich eine besondere Ehre, zu dem Thema Weltnaturerbe Wattenmeer hier im Landtag reden zu dürfen.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit dem 26. Juni 2009 ist es amtlich: Das Wattenmeer an der Nordseeküste ist auf dem Olymp der weltweit einzigartigen Naturlandschaften angekommen. Es ist von meinen Vorrednern schon viel Gutes zum Wattenmeer gesagt worden. Man kann das Wattenmeer eigentlich auch nicht häufig genug lobend erwähnen. Aber keine Sorge, ich werde jetzt nicht ausschweifen, sondern mich kurz halten.

Um es gleich vorwegzunehmen: Natürlich begrüßt die FDP-Fraktion die Auszeichnung des Wattenmeeres, und wir sehen den Titel als Weltnaturerbe als riesige Chance für den **Tourismus**. Daher baten wir auch die Landesregierung zu prüfen, ob und wie eine Förderung des **Tourismusmarketings** für diesen einzigartigen Naturraum möglich ist. Auch ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, Frau Ministerin, für diesen wunderbaren Bericht. Ganz besonders ein Satz hat es mir da angetan. Ich möchte den gern vorlesen, er steht auf Seite 8:

„Für die Menschen an der Nordseeküste, in Dithmarschen und Nordfriesland ist die Auszeichnung eine Bestätigung, dass ihre vertraute und alltäglich gewordene Umgebung als einzigartig auf der Welt anerkannt wird.“

So etwas hört man natürlich gern.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Aufnahme des **Wattenmeeres** in die **Weltnaturerbeliste** hat es die UNESCO zum unverzichtbaren Erbe der

gesamten Menschheit erklärt. Die UN fordern die Wattenmeer-Staaten Deutschland und die Niederlande mit dem Titel auf, dem Erhalt des Raumes oberste Priorität einzuräumen. Das ist selbstverständlich - nicht nur für uns Dithmarscher.

Der Welterbetitel wertet die **Region** enorm auf und bietet vielfältige Chancen zur **nachhaltigen Umsetzung** des naturnahen Tourismus. Als Weltnaturerbe wird das Wattenmeer Naturfreunde aus der ganzen Welt anziehen und zugleich Arbeitsplätze für die Menschen in der Region sichern.

Doch was nützt das alles, wenn niemand weiß, welch wunderbarer Schatz hinter den Deichen an der Westküste liegt? Die UNESCO fordert ein abgestimmtes nachhaltiges **Tourismuskonzept** für das gesamte Weltnaturerbe Wattenmeer. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes ist auch das Marketing.

An der Nordseeküste haben die Verantwortlichen bereits seit Jahren überwiegend die Chancen erkannt, die aus einer guten Partnerschaft zwischen Naturschutz und Tourismus entstehen können. Da, wo bei der Einführung des Nationalparks noch Konflikte zwischen Nutzern und Schützern vorhanden waren, hat sich inzwischen ein gutes, konstruktives Miteinander entwickelt. Dies wird auch durch die ersten Marketingaktionen zum Weltnaturerbe deutlich, die alle wirklich partnerschaftlich gestartet wurden.

Doch es besteht die dringende Notwendigkeit, zumindest für die kommenden zwei Jahre, ein **Sonderbudget für Marketingmaßnahmen** zum Weltnaturerbe Wattenmeer bereitzustellen. Wir hörten es bereits: Aus den **Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen** und von den restlichen Gesellschaftern des **NTS** wurden in diesem Rahmen schon 50.000 € zur Verfügung gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, dass das Land diese Summe ergänzt. In dem Bericht der Regierung ist zu lesen, dass das Wirtschaftsministerium prüft, ob das Marketing für das Weltnaturerbe als **Projekt im ZPW** gefördert werden kann. Das ist natürlich auch sehr begrüßenswert. Ich hoffe, dass es da wirklich zu einer sehr schnellen Entscheidung kommt.

Auch die **Tourismusagentur Schleswig-Holstein - TASH** - ist mit im Boot, was das Thema Wattmarketing angeht. Das ist natürlich sehr zu begrüßen. Ebenso ist die Nationalparkverwaltung einbezogen. Das sind alles sehr gute Vorzeichen. Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich diesen guten Ansatz der partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

(Oliver Kumbartzky)

Abschließend sei gesagt: Der Tourismus wird landesweit von der Anerkennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe profitieren. Das belegen nicht nur Studien, sondern auch konkrete Zahlen, besonders aus Niedersachsen. Lassen Sie uns nun gemeinsam dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen aus Deutschland und Europa nach Schleswig-Holstein kommen, denn hier gibt es im wahrsten Sinne des Wortes „Watt“ zu erleben.

(Beifall bei FDP, CDU und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroee das Wort.

Björn Thoroee [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich selber war in meiner Kindheit öfter an der Westküste am Wattenmeer. Ich war sehr fasziniert von den Wattwürmern, den Prielien und vor allen Dingen von den Gezeiten. Ich möchte, dass alle Kinder die Möglichkeit haben, dieses unglaublich faszinierende Naturschauspiel zu erleben - und dies möglichst noch lange Zeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass das Wattenmeer nun vor nicht allzu langer Zeit Weltnaturerbe geworden ist, freut uns sehr. Mit dieser Auszeichnung ist vor allen Dingen eine große Verantwortung verbunden. Wir glauben allerdings, dass dies noch nicht alle hier begriffen haben. Wie wäre es sonst möglich, **Mittel für FÖJ-Stellen** zu kürzen? Ein Großteil der FÖJ-Stellen befindet sich an der **Westküste**. Die Menschen, die dort arbeiten, helfen mit, das Wattenmeer zu verstehen und zu erhalten.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Der Hauptteil des Berichts befasst sich mit den Möglichkeiten, das Wattenmeer als **Tourismusregion** weiter voranzubringen. Vom Prinzip her ist das ein guter Ansatz. Es wird allerdings sehr schnell klar, wer an der Nordsee Urlaub machen darf und wer unerwünscht ist. Erwünscht sind laut dem von Roland Berger erstellten und hier beschlossenen **Tourismuskonzept für Schleswig-Holstein** sogenannte anspruchsvolle Genießer, Familien mit kleinen Kindern und mittlerem oder hohem Einkommen sowie Bestager. Zum besseren Verständnis: Bestager sind gut betuchte Menschen im Alter zwischen 50 und 70 Jahren. Für sie sollen je nach Wunsch Golfplätze, Hofkultur oder Reitgelegenheiten vorgehalten werden. Eher nicht er-

wünscht sind die anderen, zum Beispiel Rucksack- oder Fahrradtouristen sowie Familien mit niedrigem Einkommen. DIE LINKE hat ein anderes Verständnis von einem Tourismuskonzept. Wir wollen, dass **alle Urlaub am Wattenmeer** machen können.

Für Familien mit kleinem Einkommen wäre es zum Beispiel hilfreich, wenn sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen würde, dass **Kuren** von den Krankenkassen wieder leichter genehmigt und bezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Für die Region am Wattenmeer mit ihrer gesundheitsfördernden Nordseeluft wäre dies ein großer Gewinn. So könnten auch Familien mit niedrigem Einkommen am faszinierenden Weltnaturerbe Wattenmeer teilhaben.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem könnten mehr günstige Übernachtungsmöglichkeiten für **Schulklassen** am Wattenmeer geschaffen werden. Dadurch würde die Teilhabe vieler junger Menschen am Weltnaturerbe Wattenmeer gefördert. Um das Angebot für **Rucksack- und Fahrradtouristen** zu verbessern, wäre es gut, wenn mehr Übernachtungsmöglichkeiten für eine Nacht an der Westküste angeboten würden. Diese sind laut dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club in Schleswig-Holstein nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Der Nebeneffekt dieser Maßnahme wäre, dass solche meist jüngeren Touristinnen und Touristen langfristig an die Region gebunden würden. Sie würden auch dann noch in der Region am Wattenmeer Urlaub machen, wenn aus Menschen mit kleinem Portemonnaie und großem Gepäck Menschen mit kleinem Gepäck und großem Portemonnaie geworden sind.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE wird sich im Land stark dafür einsetzen, dass das Weltnaturerbe Wattenmeer für alle Menschen, egal ob arm oder reich, zu einer erschwinglichen Urlaubsregion wird, und darauf achten, dass schonender ökologischer Tourismus gefördert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat lange gedauert, bis das Wattenmeer endlich als Weltnaturerbe anerkannt wurde. In der Diskussion über dieses Thema ging es zeitweise hoch her. Wenn man bedenkt, wie emotional manchmal in der Region an der Westküste über das Weltnaturerbe diskutiert wurde, kann man die Region nur beglückwünschen, dass sie es trotzdem geschafft hat, hier einen Meilenstein zu setzen.

(Beifall beim SSW)

Allerdings gab es nicht nur nachdenkliche Stimmen, sondern es gab durchaus auch Menschen und Organisationen, die weit vorausgedacht haben. Am Anfang der Diskussion um das Welterbe Wattenmeer gab es durchaus namhafte Stimmen, die sich für die Einrichtung eines Weltnatur- und -kulturerbes eingesetzt hatten. Auch die **friesischen Organisationen** waren zum Beispiel Verfechter dieser Variante. Dies lag nicht zuletzt an der Erkenntnis, dass sich das Welterbe dann noch besser vermarkten lassen konnte. Ergebnis der Diskussion war das **Weltnaturerbe**, das sich hervorragend vermarkten lässt und vor dessen Hintergrund natürlich auch kulturelle Aspekte eine Rolle spielen können und müssen. Ich habe diese Anmerkung vorausgeschickt, weil wir als SSW der Auffassung sind, dass wir das Thema nicht zu eng betrachten dürfen.

Der gestiegene **Bekanntheitsgrad** der Nordseeregion ist eine hervorragende Grundlage dafür, dass Anstrengungen im **Marketing** aller Art überhaupt erst vorangetrieben werden können. Dabei lege ich den Fokus nicht so sehr auf das enge Korsett eines ausschließlichen Bezugs auf das Weltnaturerbe, sondern auf die **Vermarktung der Region** als solcher unter Berücksichtigung der besonderen Rolle als Welterbestätte. Wenn ich aber etwas vermarkten will, reicht es eben nicht, nur die Naturschönheiten und die Einzigartigkeit des Wattenmeeres zu bewerben. Vielmehr muss ich natürlich auch auf die Kulturen der Region und auf die touristische Infrastruktur Bezug nehmen.

Deshalb kann man das Weltnaturerbe nicht isoliert sehen. Vielmehr müssen wir denkbare Strategien für die Vermarktung des Weltnaturerbes mit **Fördermöglichkeiten aus Tourismuskriterien**, aber auch aus Mitteln der **Wirtschaftsförderung** in Einklang bringen. Das heißt, wir brauchen ein klares Bekenntnis, dass wir die Regionen in Bezug auf das Weltnaturerbemarketing fördern wollen, und wir benötigen hierfür die entsprechende Datengrundla-

ge. Wir brauchen aber auch Sicherheit, was die Marketingmittel für die Tourismusverbände angeht. Wenn wir es mit dem Welterbe ernst meinen, darf die Landesregierung bei Marketingmitteln eben keine Streichungen vornehmen, sondern muss sie weiter zur Verfügung stellen. Für das Marketing des Weltnaturerbes muss dann noch etwas draufgesetzt werden.

Grundlage für ein solches Marketing sollte selbstverständlich das **Konzeptpapier** zum Marketingweltnaturerbe Wattenmeer des **Nordsee-Tourismus-Service** sein. In dieser Gesellschaft sind alle relevanten touristischen und kommunalen Einheiten organisiert. Damit wäre es ein Leichtes, die wichtigsten Vertreter der Region für ein gemeinsames Konzept zu gewinnen. Die Vorarbeit ist hier in der Region geleistet worden. Jetzt kommt es darauf an, dass auch das Land und der Bund deutlich machen, dass das Weltnaturerbe nicht nur ein Etikett, sondern mehr sein soll.

Hierzu zählen ein eindeutiges Bekenntnis zum Weltnaturerbe Wattenmeer und natürlich in Kürze auch eine deutliche Aussage darüber, wie die Förderung des Tourismus vor dem Hintergrund des neuen Welterbetitels erfolgen soll. Es geht hier um Geld, aber auch um Inhalte. Dabei muss das Rad nicht immer zwingend neu erfunden werden. Vielmehr können wir auf bewährten Strukturen aufbauen. Allerdings dürfen wir andere Bereiche des Marketings nicht vernachlässigen. Die nordfriesische Küste und die Dithmarscher Küste sind mehr als Natur. Hier gilt es auch die Kultur mit zu vermarkten und darauf zu setzen, dass professionelle Angebote in den Bereichen von **Infrastruktur, Gastronomie** und auch **Beherbergungsgewerbe** vorzuhalten sind.

Zu guter Letzt noch ein Wort zum eigentlichen Weltnaturerbe. Wir können das Weltnaturerbe nur vermarkten, wenn wir es auch erhalten. Deshalb müssen wir noch stärker als bisher die **natürlichen Entwicklungen** im Wattenmeer schützen und dürfen zugleich den **Küstenschutz** nicht vernachlässigen. Beides ist Grundlage dafür, dass wir überhaupt solch ein Weltnaturerbe haben, mit dem sich vorzüglich Geld verdienen lässt. Das Weltnaturerbe und dessen Vermarktung ist daher nicht nur eine Frage von Geld und Strategien, sondern der Erfolg Lohn für unsere Region und für unser Wattenmeer ist in hohem Grad auch davon abhängig, dass wir mit der Natur pfleglich umgehen.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinen Ausführungen eben darum gebeten, dass der Wirtschaftsausschuss über dieses Thema weiter diskutiert. Ich habe bei dem Beitrag des Kollegen Thoroe gerade bemerkt, dass das auch nötig ist. Herr Kollege, wir werden Ihnen sicherlich noch ausführlicher beschreiben müssen, dass es kein Widerspruch ist, sich an Zielgruppen zu orientieren und gleichzeitig, etwas flapsig gesagt, eine Wattenmeermarketingaktion in Gang zu bringen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben in dem Bericht auch den Hinweis bekommen, dass wir weg wollen vom **Themenmarketing**. Wir sind schon weg vom Themenmarketing hin zum **Zielgruppenmarketing**. Das ist auch das, was die NTS in ihrem Konzept, das uns vorliegt, ja auch aufgegriffen hat.

Ich habe gesagt, im Wirtschaftsausschuss sollte das weiter beraten werden. Ich bitte das für die Geschäftsordnung ausdrücklich nicht als Überweisungsantrag zu verstehen; denn wir brauchen schnell eine Entscheidung. Ich denke, darüber sind sich alle Fraktionen einig. Bitte, liebe Frau Ministerin, lieber Herr Wirtschaftsminister, warten Sie nicht lange, sondern einigen Sie sich, aus welchen Töpfen gefördert werden kann! Wir brauchen schnell eine Entscheidung. Deswegen würde vielleicht ein formeller Überweisungsantrag das alles noch weiter verzögern. Das möchte ich ausdrücklich nicht. Ich möchte, dass die Ministerien schnell entscheiden, möchte aber auch, dass wir im Wirtschaftsausschuss weiter an diesem so wichtigen Thema bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden.

(Zurufe: Nein! - Kenntnisnahme!)

- Gut, dann haben einige die Wünsche aus ihrer eigenen Rede hiermit zurückgezogen.

(Heiterkeit)

Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

Entwicklungsperspektive des Flughafens Lübeck-Blankensee

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/238

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum wiederholten Male beschäftigen wir uns heute mit der Zukunft des Flughafens Blankensee. Die Landesregierung hat dem Landtag einen schriftlichen Bericht zugeleitet, der die **Entwicklungsperspektive** des Flughafens beschreibt und bewertet. Darin bewerten wir auch das **Take-off-Konzept** der Hansestadt und die Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung des Flughafens. In den Medien wurde der Bericht teilweise so dargestellt, als würde die Landesregierung ein vernichtendes Urteil über das **Take-off-Konzept** fällen.

(Beifall bei der SPD)

- Zu früh geklatscht! Das ist nicht der Fall. Ich sage das an dieser Stelle nicht zum ersten Mal. Die **Landesregierung** ist von der **Bedeutung** Lübeck-Blankensees **für den Luftverkehr** und die **regionale Wirtschaft** überzeugt. Wir sehen das Potenzial und die Chancen dieses Flughafens. Deshalb haben wir viel Geld in die Straßen- und Schienenanbindung sowie in Zuschüsse in die Flughafeninfrastruktur investiert, und wir haben den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau in kürzester Zeit herbeigeführt, nämlich innerhalb eines Jahres.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben keine rosarote Brille auf. Wenn Sie darin einen Fehler sehen, lebe ich mit diesem Vorwurf gern. Die Sachlage muss aber schon differenziert und nüchtern betrachtet werden. Immerhin sollen wir eine **Förderentscheidung** auf der Basis eines Konzepts treffen. Insofern muss es erlaubt sein, dass man Fragen an dieses Konzept richtet, wenn sie auftauchen. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass man das Projekt in Gänze ablehnt.

Noch einmal ganz deutlich: Das Land ist weiterhin dazu bereit, die Hansestadt zu unterstützen. Wir wollen **Investitionen** in die **Infrastruktur des**

(Minister Jost de Jager)

Flughafens, also den Ausbau gemäß **Planfeststellungsbeschluss**, fördern. Wir sagen in unserem Bericht übrigens, dass wir bereit sind, trotz und angesichts der Haushaltslage gleichwohl zu prüfen, ob wir eine **Förderung** in Höhe von **75 %** als Ausnahmefall tatsächlich vornehmen können. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist ein starkes Bekenntnis zum Flughafen Blankensee in Lübeck.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen dafür einen Investitionsplan und eine Ergänzung des Take-off-Konzeptes, die ich beim Bürgermeister schon erbeten habe.

Bevor wir fördern, meine Damen und Herren, ist aber die **Hansestadt** gefordert. Die Landesregierung kann notwendige Beschlüsse der Bürgerschaft nicht ersetzen. Wir sind keine Ersatzmehrheit für die Bürgerschaft in Lübeck.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Minister de Jager, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister de Jager, ich habe heute Morgen eine Pressemitteilung aus einer Regionalzeitung in Trier auf den Tisch bekommen. Danach hat die Ryanair-Sprecherin, Sarah Seiter, zu Protokoll gegeben: Ryanair will den Flughafen nach dem Sommer gar nicht mehr nutzen. Dafür sei er hinter den Erwartungen geblieben, sagte Seiter. Wie gesagt, Bericht einer Regionalzeitung zum Bericht des Flughafens Hahn. Wenn das stimmt, würden Sie dann immer noch bei Ihrer Bewertung bleiben, dass der Flughafen zukunftsfähig ist?

- Ich komme ja noch zu den **Bedingungen**, die wir erstellt haben. Wir haben von vornherein gesagt, dass unsere Bewertung des Take-off-Konzeptes an eine Reihe von **Kriterien** gebunden ist. Ein Kriterium ist, dass wir tatsächlich eine businessplanähnliche Beschreibung der Entwicklung brauchen, das heißt also nicht nur eine optimistische Annahme, sondern auch ein Minimum Case und ein Worst Case. Wir haben gesagt, Voraussetzung ist die Bereitschaft von Ryanair, tatsächlich dort eine **Base** ein-

zurichten. Und wir haben gesagt, dass Voraussetzung dafür ebenfalls ist, dass die **Mehrheit der Bürgerschaft in Lübeck** bereit ist, mit den Investitionen tatsächlich zu beginnen. Was ich eben gesagt habe, nämlich dass wir bereit sind zu prüfen, ob wir dort bis zu 75 % fördern, ist immer noch daran gebunden, dass zunächst einmal die Bürgerschaft in Lübeck die Entscheidung trifft, überhaupt zu investieren. Ohne Antrag kein Zuschuss! Insofern, meine Damen und Herren, ist das erst einmal das, was geleistet werden muss.

Das Problem ist: Mal abgesehen von den Grünen, glaube ich, und der LINKEN gibt es eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag, diese Investition zu fördern. Das Problem ist, dass es in der Lübecker Bürgerschaft keine fraktionsübergreifende Mehrheit gibt, einen solchen **Investitionsantrag** überhaupt zu stellen. Das, meine Damen und Herren, ist das Problem, vor dem wir im Moment stehen.

Ich möchte, dass der Flughafen Lübeck-Blankensee eine wirkliche Entwicklungsperspektive bekommt. Dafür müssen die Dinge, die ich eben genannt habe, auch angegangen und verwirklicht werden. Ich glaube, dass es erforderlich ist, übrigens auch vor den Entscheidungen, die in Lübeck selber anstehen, sowohl in der Bürgerschaft als auch durch den **Bürgerentscheid**, dass es dort zu einer stetigen Diskussion dessen kommt, was der Lübecker Flughafen tatsächlich leisten kann. Wir haben gesagt, dass wir im Grundsatz bereit sind. Wir haben auch das genannt, was noch geliefert werden muss.

Insofern, meine Damen und Herren, glaube ich, dass die Landesregierung auf der Basis dieses Berichts zusammen mit der Mehrheit der Regierungsfractionen ihrer Verantwortung für den Flughafen Lübeck-Blankensee nachkommt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal gilt mein Dank dem Wirtschaftsminister für den eben vorgetragenen Bericht und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für die ausführliche Ausarbeitung, die uns vorliegt. Jetzt haben wir das, was wir schon lange ahnten und was wir auch mehrfach hier im Landtag

(Hans-Jörn Arp)

miteinander kommuniziert haben. Wir haben den Bericht, und wir haben jetzt schwarz auf weiß alles zugänglich.

Ich denke, dass der Bericht sehr deutlich ist. Aber wer hier auf etwas Neues gehofft hat, der hat vergeblich gehofft. Vieles wurde darüber schon gesagt; wahrscheinlich heute noch nicht, aber sonst schon.

Nach wie vor - ich wiederhole mich; der Minister hat es auch deutlich gesagt - steht die Landesregierung, steht die CDU-Fraktion und - ich gehe davon aus - steht auch die FDP-Fraktion weiterhin zum Ausbau und zum Weiterbetrieb dieses Flughafens. Der Bericht sagt klar und knapp, dass es eine **Investitionsförderung** durch das **Land** geben wird. Der Minister hat eben noch einmal deutlich herausgestellt, welche **Bedingungen** dafür erforderlich sind. Aber nicht wir sind diejenigen, die die Signale senden. Die Signale werden im Wesentlichen in **Lübeck** entschieden. Dort muss es in der Bürgerschaft eine klare Mehrheit geben. Sonst können wir gar nichts machen. Alles andere würde nicht funktionieren.

Die Stadt muss zum **Gesamtausbau** stehen, meine Damen und Herren; das ist die Voraussetzung. Erst dann kann der **Planfeststellungsbeschluss** auch rechtlich Bestand haben. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Lübecker gar nicht genau wissen, wie sehr auf sie geschaut wird. Jede Ausschusssitzung in der Bürgerschaft wird zum Thema und wird nicht nur von uns registriert und ausgewertet, sondern auch von den Investoren und den Fluggästen, die jeden Tag überlegen, ob sie in Zukunft noch von Lübeck aus fliegen wollen oder nicht. Wenn am Mittwoch der Finanz- und Personalausschuss gegen die Bereitstellung der ersten 4 Millionen € für den Ausbau des Flughafens votiert, dann ist das aus meiner Sicht ein schlechtes Signal, wenn man andererseits weiterhin zum Ausbau steht, wie der Bürgermeister es uns immer wieder erzählt und wie es auch im Take-off-Konzept dargestellt wurde.

Auf dieser Grundlage kann der **Planfeststellungsbeschluss** rechtlich kaum Bestand haben, und ohne Planfeststellungsplan gibt es keine **Base** von Ryanair. Ohne Base von Ryanair ist das ganze **Take-off-Konzept** Makulatur. Ohne die Umsetzung des Take-off-Konzepts gibt es natürlich auch keinen Flughafen Lübeck-Blankensee, das ist die Folge.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Herr Dr. Tietze, warten Sie ab! Ihre Kollegen in Lübeck, die Kollegen von SPD und Linken, entscheiden. Wir können nur die **Rahmenbedingungen** hierfür stellen. Wir sagen: An diesem Flughafen besteht auch ein **landespolitisches Interesse**. Zu diesen landespolitischen Interessen stehen wir weiterhin. Die Voraussetzungen aber kann nur die Hansestadt Lübeck schaffen, und dort müssen für Investitionen die Lichter auf Grün gestellt werden. Ansonsten haben wir keine Möglichkeiten.

Wenn der Minister davon redet, dass man bis zu **75 % der Investitionen** fördern will, dann ist das die **höchste Förderquote**, die ein Land leisten kann, um deutlich zu sagen: Jawohl, wir stehen aus Landesinteresse heraus dazu. Wie gesagt, mein Appell lautet hier und heute: Wir brauchen klare Signale aus Lübeck dahin gehend, wie es weitergehen soll. Herr Dr. Tietze, auf die Frage von eben, die von einem Rückzug sprach, sage ich erstens: Das ist eine Entscheidung, die nicht wir hier zu bewerten haben. Zweitens ist ihr heute auch von Frau Henrike Schmidt widersprochen worden. Das ist die Unternehmenssprecherin. Zwei **neue Linien** werden geflogen, man geht davon aus, dass man in diesem Jahr auf 700.000 kommt.

All das ist nicht unser Problem. Ich glaube, das habe ich Ihnen - seitdem Sie im Landtag sind - schon dreimal erzählt. Es gibt kaum ein Thema, über das wir so oft diskutiert haben; vielleicht gilt das noch für die Frage der festen Fehmarnbelt-Querung. Das Schlimme ist nur, dass Sie das nicht verstehen wollen. In der Demokratie führt man einen Dialog um die besseren Argumente. Diese liegen in diesem Fall bei uns und nicht in Lübeck, und sie liegen auch nicht bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir an dem Unternehmen Flugplatz Lübeck nicht beteiligt sind. Wir sind dort nicht in der Gesellschaft, und das ist gut so. Das haben wir immer so gewollt. Deshalb ist die Entscheidung darüber, welche Linien dort fliegen, nicht unsere.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Entscheidung** liegt bei der **Stadt Lübeck**. Stellen Sie das Geld bereit, schaffen Sie die Voraussetzungen für die Beteiligung am Planfeststellungsverfahren, dann schaffen wir eine Förderung von bis zu 75 %! Ansonsten sind wir hier gar nicht gefordert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erklärtes Ziel der Mehrheit im Landtag - so vermutete ich das nach der bisherigen Diskussion - ist ein **funktionierender Regionalflughafen in Lübeck**. Ich will mit meinem Beitrag versuchen, die Regierung dort abzuholen, wo sie steht. Diesem bestehenden Flughafen sprechend die Befürworter, zu denen meine Fraktion ausdrücklich zählt, eine **verkehrspolitische Bedeutung** für unser Land zu. Das ist nur logisch, denn sonst müssten wir uns als Landespolitikerinnen und Landespolitiker ja nicht mit diesem Thema befassen. Dieses Ziel sollte auch der Antrag meiner Fraktion vom November des vergangenen Jahres verfolgen, nämlich mit einem abgestimmten Konzept zwischen der Stadt Lübeck und der Landesregierung ausloten, wie der Flughafen zukunftsfähig erhalten und ausgebaut werden kann und wie vor allem die bestehenden **Arbeitsplätze** erhalten werden können.

Das Take-off-Konzept der Stadt Lübeck liegt uns seit Weihnachten vor. Heute liegt nun auch der Bericht der Landesregierung vor; Mayday, mag ich rufen. Die Quintessenz des Berichts lautet: Das Take-off-Konzept ist unzureichend, die nachhaltige Wirtschaftlichkeit des Flughafens ist nicht nachgewiesen und überhaupt: Das Konzept enthält viel zu optimistische Annahmen. Ohne Investitionen kein Investitionszuschuss, so einfach ist das. Ohne einen Vollausbau des Flughafens - selbstverständlich durch die Stadt Lübeck - besteht keine Planrechtfertigung und somit überhaupt keine Rechtsgrundlage. Das Land habe sowieso keine Haushaltsmittel, so lese ich den Bericht.

Wozu der Bericht nichts sagt, ist das Folgende: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass dieser Flughafen wegen seiner verkehrspolitischen Bedeutung erhalten werden muss? Hält die Landesregierung diesen Regionalflughafen für landesweit bedeutsam? Welche eigene Idee hat die Landesregierung, um den Flughafen zu erhalten? Welche Haltung hat die Landesregierung zu einer immerhin möglichen Nulllösung? Was sagt die Landesregierung zu einer immerhin denkbaren Abwicklung des Flughafens? Wäre dies allein Sache der Hansestadt Lübeck? Was würde im Fall einer Abwicklung aus den bestehenden Arbeitsplätzen?

Aus meiner Sicht wirft der **Bericht** mehr **Fragen** auf, als er Antworten gibt. Es tut mir leid, ich kann mit diesem Bericht nichts anfangen. In dieser schwierigen Phase müssen wir auch noch zur Kenntnis nehmen, dass Lübecks bester Kunde, gemeint ist **Ryanair, Fluglinien** streicht und ausdünn. Der Kollege Dr. Tietze hat aus einem Pressegespräch von Ryanair zitiert. Heute gab es eine andere Meldung, aus der hervorgeht, dass zwei weitere Linien hinzukommen, gleichwohl werde ausgedünnt. Die Verwirrung ist groß.

Dass angesichts des Zauderns der Landesregierung Fluglinienbetreiber und Passagiere sich nicht euphorisch auf dem Flugplatz tummeln, darf niemanden überraschen. Der Flughafen steht seit Monaten mit negativen Schlagzeilen in der Öffentlichkeit. Wenn eine Zeitungsüberschrift lautet: „Ein Desaster“, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass potenzielle Passagiere für ihren Flug lieber einen anderen Flughafen wählen.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Regina Poersch [SPD]:

Gern.

Hans-Jörn Arp [CDU]: An welcher Stelle werfen Sie der Landesregierung Zaudern vor? Was hätte die Landesregierung zu welchem Zeitpunkt schneller machen können?

- Die Landesregierung hätte nicht schneller, sondern aus meiner Sicht klarer in dem Bericht darlegen können: Ja, wir stehen bereit, der Hansestadt Lübeck zu helfen. Der Bericht verweist ausdrücklich darauf, dass ein Teilausbau und eine Teilumsetzung des **Planfeststellungsbeschlusses** nicht ausreichen, sondern dass ein **Vollausbau** erforderlich sei. An dieser Stelle wird aber kein Wort darüber verloren, ob das die Hansestadt allein macht oder inwieweit das Land helfen könnte. Ich habe es gesagt, ich hätte mir ein klareres **Bekanntnis der Landesregierung** gewünscht. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gerade erwähnt, dass es dieser Flughafen angesichts der negativen Schlagzeilen nicht leicht hat. Auch die Stadt Lübeck hat es nicht leicht, seien wir doch ehrlich. Ich habe gesagt: Die **SPD-Landtagsfraktion** steht zu diesem Flughafen. Wenn er aber eine Bedeutung für das ganze Land hat, dann muss das Land auch mithelfen. Das ging beispiels-

(Regina Poersch)

weise auch aus unserem Ursprungsantrag aus dem November hervor.

Eigentlich ist es ein Wunder, dass die **Passagierzahlen** auch im Krisenjahr 2009 insgesamt noch erfreulich waren. Noch einmal: Wenn das Land und die Landesregierung der Meinung sind, dass dieser Flughafen eine Bedeutung hat, dann muss Geld des Landes in die Hand genommen werden. Ich fühle mich in dieser Frage sehr durch Aussagen der **IHK zu Lübeck** unterstützt. Es gab eine schallende Ohrfeige für die Landesregierung durch die Veröffentlichungen von der IHK zu Lübeck. Ich sage es ganz deutlich: Aus meiner Sicht wird die Regierung mit dem Bericht zum Totengräber des Flughafens, und die Sterbehilfe kommt vom besten Kunden. Das ist übrigens nicht meine Formulierung, sondern es ist eine Zeitungsüberschrift. Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wieder Freitagnachmittag, wir sprechen mal wieder über den Flughafen in Lübeck. Das wird langsam eine schöne Tradition in diesem Haus, bloß die Beiträge werden nicht unbedingt besser. Das muss man leider feststellen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Jetzt wird es besser!)

- Ja, jetzt wird es besser, jetzt geht es los. DIE LINKE kommt ja noch, darauf freuen wir uns schon.

Ebenso wie der geschätzte Kollege Arp danke ich der Landesregierung dafür, dass sie dem Landtag unter Federführung des Wirtschaftsministeriums einen sehr objektiven und auch kritischen **Bericht zur Entwicklungsperspektive** des Flughafens Lübeck-Blankensee vorgelegt hat. Die FDP-Fraktion sieht sich durch den Bericht in ihrer Haltung bestätigt. Frau Poersch, er zeigt sehr deutlich, welche Möglichkeiten das Land hat, zur Entwicklung des Flughafens beizutragen. Er zeigt, dass es bei diesem Thema vor allem darum geht, dass der berühmte Ball zunächst bei der **Hansestadt Lübeck** liegt. Das ist nicht zu verwechseln mit dem Schwarzen Peter; an diesem Spiel wollen wir uns nicht beteiligen. Frau Poersch, der berühmte Ball liegt bei diesem Thema bei der Stadt Lübeck. Das können auch

Sie mit Ihrem Beitrag nicht kaschieren. Das ist nun einmal so.

Die Landesregierung hat in dem vorgelegten Bericht noch einmal klar und deutlich dargestellt, dass eine Übernahme der **FLG** - beziehungsweise eine direkte **Beteiligung des Landes** an dieser - nicht zielführend und deshalb auch nicht gewollt ist. Das haben Sie selbst im November noch beantragt. **Investitionszuschüsse** des Landes sind aber durchaus möglich. Sie müssen natürlich zunächst beantragt werden und sind auch nur für bestimmte Bereiche bis maximal 75 % Prozent möglich. Anlaufbeihilfen, Marketingsupport und Betriebsmittelzuschüsse bewertet die Landesregierung äußerst kritisch, und auch diese Haltung der Landesregierung teilt die FDP-Fraktion.

Das oftmals thematisierte und aus meiner Sicht recht optimistische **Take-off-Konzept** der Hansestadt Lübeck wird in dem Bericht der Landesregierung umfassend analysiert. Der große Schwachpunkt des Konzepts ist die Tatsache, dass es in jedem aufgeführten Modell nur einen **Teilausbau** vorsieht. Die Landesregierung hat zum Glück sehr deutlich dargestellt: Für das Bestehen des beklagten Planfeststellungsbeschlusses vor dem Obergericht in Schleswig ist es jedoch notwendig, dass die Hansestadt als derzeit alleiniger Gesellschafter der FLG den Willen und auch die Möglichkeit aufzeigt, den im **Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Ausbau** auch tatsächlich umzusetzen.

Nun hat die Bürgerschaft ja schon die Mittel für den Teilausbau verweigert, und auch das Verhalten von Ryanair in Sachen Einrichtung einer **Base** ist bisher leider noch fraglich, weil diesbezüglich bis heute keine schriftliche Absichtserklärung vorliegt. Die Pressemitteilung von Herrn Tietze, der dies -

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erwähnt hat!)

- erwähnt hat - - Vielen Dank, Herr Dr. Tietze, für die Erwähnung dieser Pressemitteilung und für die Hilfe bei der Formulierung. - Das werden wir prüfen. Das ist natürlich neu und überraschend; dass muss man ehrlich zugeben. Wir werden sehen, was daraus wird.

Wir teilen die Einschätzung der Landesregierung, dass die Hansestadt Lübeck jetzt noch einige Dinge zu liefern hat. Minister de Jager hat es dargestellt: Es fehlt eine **Erweiterung** des Take-off-Konzepts, in dem bisher noch kein Medium-Case- und kein Worst-Case-Szenario aufgeführt sind, was der Bür-

(Christopher Vogt)

germeister im Wirtschaftsausschuss zwar zugesagt hatte, aber bisher noch nicht geliefert hat.

Es fehlt eine Aussage dazu, wie die Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses erreicht werden soll. Es wird ein **Beschluss der Bürgerschaft** von Lübeck benötigt, der sich ohne Wenn und Aber zum Flughafen und dessen Ausbau bekennt, der die **Liquidität der FLG** dauerhaft sichert und auch zugesagt, dass die Investitionen zur **vollständigen Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses** vorgesehen sind.

Außerdem muss weiterhin eine aktive Suche nach einem **privaten Investor** betrieben werden, und der Vollzug der ersten Ausbauphasen muss vorbereitet und gestartet werden. Das Ganze muss dann im Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht dargelegt werden, damit dies für den Flughafen positiv ausgehen kann. Vor Kurzem - dies wurde schon erwähnt - erreichte uns dann die Nachricht - Herrn Fürter wird das gefreut haben -, dass zwei Fluglinien gestrichen werden, weil die Auslastung nicht gegeben ist. Heute haben wir erfahren: Es wird zwei neue geben.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Fürter, die Grünen in Lübeck und Geld sparen, das ist ein Thema für sich!

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie sollten sich einmal allgemein damit befassen. Punktuell Geld sparen, und in anderen Bereichen immer schön heraus damit!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FDP-Fraktion in diesem Haus - das möchte ich ganz klar betonen; so viel auch zum Bekenntnis zum Flughafen - steht nach wie vor hinter dem Flughafen und seinen Entwicklungschancen, aber, Frau Poersch, der Ball liegt zunächst bei der Hansestadt Lübeck. – Ganz natürlich liegt der Ball bei der Hansestadt Lübeck.

Auch Sie haben in Ihrem Antrag keine **Beteiligung des Landes** gewünscht. Sie sind heute schwammig und blumig geblieben. Was will denn die SPD konkret? Machen Sie doch einmal konkrete Vorschläge und sagen Sie, was das Land aus Ihrer Sicht konkret tun soll. Das wurde aus Ihrem Redebeitrag nicht klar. Vielleicht können Sie in einem Dreiminutenbeitrag noch darstellen, was die SPD wünscht. Darauf freuen wir uns. Wir werden wohl den **Bürgerentscheid** im April abwarten müssen, um end-

lich Klarheit zu haben. Wenn sich die Hansestadt Lübeck und vor allem die Lübecker SPD in dieser Frage nicht bewegt, kann das Land nicht zur Entwicklung des Flughafens Lübeck beitragen.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren! Zunächst eine kleine Vorbemerkung an Herrn Kollegen Arp. Lieber Herr Kollege Arp - - Wo ist er? – Oh, er sitzt schon auf der Regierungsbank!

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte keinen Neid!)

- Die Hoffnung stirbt zuletzt. – Das gilt auch für Sie, Herr Vogt.

Lieber Herr Minister de Jager, der Bericht, der uns heute vorliegt, war für mich eigentlich klar. Ich hatte nicht das Gefühl, dass ich irgendetwas nicht verstanden hätte oder dass Sie an dieser Stelle herumgeeiert hätten. Sie haben das sauber abgearbeitet. Dafür zunächst einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Mir ist natürlich klar, dass Sie als CDU-Minister auf Ihre Basis Rücksicht nehmen müssen, die hier sitzt und die

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, hier sitzt die Basis!)

- genau; da sitzt sie auch - andere Berichte gelesen und ein bisschen mehr Jubelstimmung erfahren hätte. Aber leider haben Sie ihr diesen Gefallen nicht getan, Herr de Jager. Im Gegenteil, Sie sind in der Sache beinhart geblieben. Ich finde, das ist eine sehr gute Eigenschaft für einen Minister; denn es zählen Fakten, Argumente, und am Ende zählt die ökonomische Vernunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

- Ja, das muss man einmal sagen.

Herr Stegner, wer im Ausschuss war und das Take-off-Konzept von Bürgermeisters Saxe vor Augen hat, weiß – deshalb verstehe ich die Haltung Ihrer

(Dr. Andreas Tietze)

Fraktion an dieser Stelle nicht -, dass es dieses Konzept verdient hat, gnadenlos auseinandergenommen zu werden. Mir ist selten ein handwerklich so schlecht gemachtes Konzept vor Augen gekommen. Ich möchte aus diesem Bericht zitieren:

„Der schwerwiegendste Mangel des Take-off-Konzeptes“

- so schreiben Sie, Herr Minister, oder Ihre Mitarbeiter -

„besteht darin, dass es weder den Willen noch die Fähigkeit erkennen lässt, den gesamten Planfeststellungsbeschluss umzusetzen.“

Das heißt konkret: Finger weg, das kann nicht gelingen!

Es geht auch nicht, wie uns vorgegaukelt wird, um eine kleine Investitionssumme: Mal eben 4 Millionen €, dann haben wir es geschafft. Nein. Es geht um 60 Millionen €.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nein! 30 Millionen €!)

- Nein, es geht um 60 Millionen €! Man muss sich das einmal vorstellen. Ich will gar nicht sagen, welche Konstellation besser regiert, ob Sie es dies tun oder wir mit Ihnen oder mit anderen. Das ist auch völlig egal. Aber in Lübeck gibt es derzeit die Konstellation Rot-Rot-Grün, und dort sind sie tatsächlich vernünftig.

(Lachen bei CDU und FDP)

1,3 Milliarden € Schulden der Stadt Lübeck, Herr Hamerich. 101,8 Millionen Defizit pro Jahr.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Es mag ja sein, dass man das diskutieren kann. Aber es wäre doch ökonomisch völliger Unsinn, wenn man jetzt noch 60 Millionen € in die Hand nähme und in ein Flughafenkonzept steckte, wo doch alle Experten sagen: Das kann nie und nimmer gelingen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist ökonomischer Unsinn, und das muss man an dieser Stelle im Parlament auch einmal sagen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Der **Teilausbau** des Flughafens, den das Take-off-Konzept prognostiziert, wird unweigerlich dazu führen, dass die Klagen vor dem OVG weitergehen werden.

Meine Damen und Herren, auch wenn es jetzt wehtut, ist eines klar, und das müssen wir uns doch in dieser Runde deutlich machen: Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lübeck jetzt in einem **Bürgerentscheid** entscheiden sollen, ist doch im Grunde genommen zu fragen, ob man den Bürgerinnen und Bürgern jetzt nicht reinen Wein einschenkt und fragt: In welcher Zeit leben wir, dass wir es uns leisten können, in ein Konzept frisches Geld hineinzustecken, einem Konzept, das nicht gelingen kann, gutes Geld hinterher zu werfen! Das wäre redlich, das wäre ehrlich, und das ließe auch die Politik ein Stück Glaubwürdigkeit wiedergewinnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen haben das von Anfang an gesagt. Wir können ja prüfen, ob das, was wir heute in der Presse lesen, stimmt oder nicht. Aber wenn eine Pressesprecherin von Ryanair aus dem Nähkästchen geplaudert hat - ich gebe zu, nicht in unserer Region; aber vielleicht hat sie ja Informationen, und sie hat aus dem Nähkästchen geplaudert - und wenn sie in dieser Situation ökonomisch vernünftig gesagt hat: Nein, **Lübeck** hat für **Ryanair** keine Zukunft, und alle hängen sich an diesen Strohalm Ryanair und warten, dass Herr O'Leary so gnädig ist, den Flughafen Lübeck aus sozialen Gründen weiterzuführen. Ich mag ja an der einen oder anderen Stelle noch ein gläubiger Mensch sein, aber so viel Glauben, dass ich denke, dass das gelingen wird, habe ich nun doch nicht. Wer das hier behauptet, hat tatsächlich den Blick für die Realität verloren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir sagen als grüne Landtagsfraktion ganz klar: Das Take-off-Konzept ist Makulatur. Alle optimistischen **Annahmen** brechen wie ein Kartenhaus zusammen. Alle, die sich heute hier hinstellen und noch ein Fünkchen Hoffnung in diesem Konzept sehen und meinen, es werde sich schon richten, blamieren sich, auch Sie, Frau Poersch. Das, was Sie hier gesagt haben, hat mich nicht überzeugt. Die **städtischen Mittel**, die in den Flughafenbetrieb hineinfließen, sind unseres Erachtens Stranded Investments. Wir wären alle gut beraten, jetzt auch als Schleswig-Holsteinischer Landtag deutlich zu machen: Wir leben in einer Zeit, in der man auch einmal politisch sagen muss, was möglich ist und was nicht möglich ist, dass Mäßigung keine politische Niederlage ist und dass, Herr Vogt, es auch keine Schwäche ist zu sagen: Ja, wir haben uns alle geirrt; an dieser Stelle gibt es kein Weiterfliegen von Lübeck.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter Tietze, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Letzter Satz noch, Herr Präsident! - Die Weißheit der Dakota-Indianer habe ich schon einmal im Wirtschaftsausschuss genannt: Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab. Ich wiederhole sie noch einmal hier in diesem Parlament.

(Zuruf von der FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion der SPD - Entschuldigung, für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Kollegin Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Tietze, ich spreche immer nach den Grünen. Ich brauche eigentlich gar nichts mehr zu sagen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben mir sozusagen aus dem Lübecker Herzen gesprochen. Aber mit ein paar Worten will ich dieses Hohe Haus noch auf den aktuellen Stand bringen. Wir in **Lübeck** haben den **Bericht der Landesregierung** so verstanden, dass die Landesregierung auch nicht an die wirtschaftlichen Erfolge des Lübecker Flughafens glaubt. Wir waren recht froh, dass die Landesregierung gesagt hat: 4 Millionen € reichen eben nicht aus. Die Landesregierung war diejenige, die der Lübecker Öffentlichkeit und den Gegnern gesagt hat: 4 Millionen € reichen für den ersten Planfeststellungsbeschluss, aber danach geht es in den **ersten Ausbau**, und der kostet **60 Millionen €**. Das hat Herr Tietze ja auch schon gesagt. Ich denke mir, das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Diese 60 Millionen € will die Mehrheit in der Lübecker Bürgerschaft - Gott sei Dank, sage ich - nicht ausgeben für einen Flughafen, der in den letzten Jahren nicht gewinnbringend gewesen ist und Lübeck und auch das Land viele Millionen Euro gekostet hat. Er schadet uns.

Gestern hat die **Lübecker Bürgerschaft** noch sogenannte soziale Wohltaten beschlossen. Wir brauchen in Lübeck diese 60 Millionen €, um soziale Projekte zu finanzieren, um die soziale Schieflage in Lübeck zu korrigieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach fünf Jahren CDU-Alleinregierung in Lübeck brauchen wir das.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir werden auf den Lübecker Flughafen verzichten.

Wir haben gestern auch beschlossen, diese 4 Millionen € nicht in den Haushalt zu stellen. Wir warten den **Bürgerentscheid** ab. Ich denke, im Mai werden wir hier weiterdiskutieren, ob die Lübecker Bürgerinnen und Bürger diesen Flughafen wollen, ja oder nein, und ob sie 60 Millionen € und noch mehr dort hineinstecken wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin Jansen, Sie sprechen in der Tat für die Fraktion DIE LINKE. Ich entschuldige mich bei Ihnen, allerdings auch bei der SPD-Fraktion.

(Heiterkeit)

Das Wort hat Herr Kollege Lars Harms vom SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst einmal beim Wirtschaftsminister und bei seinem Ministerium für den Bericht bedanken. Nach meiner Auffassung zeigt der Bericht nicht nur auf, wo mögliche Probleme liegen könnten, sondern führt am Ende noch einmal ganz explizit aus, wie diese Probleme gelöst werden können.

Aus dem Bericht wird deutlich, dass es einen halberzigen Schritt in Lübeck nicht geben kann. Die **Stadt Lübeck** ist verantwortlich für ihren Flughafen und muss allein entscheiden, ob sie diesen weiterbetreiben will und ob sie bereit ist, die entsprechende Investition zu tätigen.

Ich sage dies deshalb, weil durch den Bericht noch einmal klar geworden ist, dass auch die Stadt Lübeck hier ihren Anteil tragen muss. Und wenn man ehrlich ist, muss sie die **Hauptlast** beziehungsweise das Hauptrisiko tragen. Das Land kann weder Betriebskostenzuschüsse noch andere Zuschüsse ge-

(Lars Harms)

ben. Das, was das **Land** leisten kann, ist, dass **Investitionen** bezuschusst werden. Hierzu hat sich die Landesregierung bereit erklärt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung in dieser Sache ausdrücklich.

Trotzdem ist die Arbeit noch lange nicht getan. Die Lübecker müssen nun schnellstmöglich dafür sorgen, dass ein **Investitionsprogramm** aufgestellt und durchfinanziert wird, das alle Maßnahmen enthält, die vom **Planfeststellungsbeschluss** umfasst sind. Nur dann wird es möglich sein, überhaupt den Ausbau des Flughafens umsetzen zu können. Geschieht dies nicht, ist der Ausbau rechtlich nicht möglich, und ohne diesen Ausbau gibt es weder einen Grund für Ryanair, eine Basis einzurichten, noch für private Investoren einzusteigen.

Insofern kann das **Take-off-Konzept** der Stadt Lübeck nur ein erster Schritt sein. Aufbauend auf dem Konzept muss nun genau berechnet und finanziert werden, was in Zukunft an Investitionen durchgeführt werden soll. Nach meiner Auffassung muss dies noch **vor dem Bürgerentscheid** am 25. April 2010 geschehen. Ich glaube nicht, dass man sich Sorgen machen muss, dass sich eine solche ehrliche Planung negativ auf das Projekt auswirken wird. Vielmehr werden die Menschen in Lübeck Gewissheit über das **Investitionsvolumen** und die **wirtschaftlichen Risiken** bekommen und so nicht immer wieder von Neuem Dinge diskutieren müssen, die ohnehin schon klar waren.

Wenn sich die Menschen in Lübeck bei voller Information für einen Flughafenausbau und -weiterbetrieb entscheiden, wird man sich in der Kommunalpolitik nicht mehr so zerfleischen, wie man das bisher getan hat. Genau diese harten Diskussionen und Debatten haben dem Flughafen aber bisher geschadet. Deshalb plädiere ich nochmals dafür, möglichst schnell die Daten zusammenzustellen und öffentlich zu machen.

Aber auch das Land braucht im Vorfeld ein deutliches Signal, dass die Stadt Lübeck wirklich willens und dazu in der Lage ist, den Flughafen entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss auszubauen. Bisher sind im Take-off-Konzept erst die allerersten Schritte beschrieben und die Finanzierung nicht detailnah dargestellt. Um aber die Investitionen auf ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit hin bewerten zu können, ist dies dringend notwendig.

Die **Fluggastzahlen** erscheinen realistisch unter der Voraussetzung, dass eine Ryanair-Basis eingerichtet wird. Aber es ist eben auch notwendig zu wissen, wie hoch der **Kapitalbedarf** insgesamt ist, wie

dieser gedeckt werden soll und wie hoch die Kapitalkosten sind; um nur einige Parameter zu nennen. Wenn diese Fragen nicht geklärt sind, kann eine verantwortungsbewusste Landesregierung nicht in die Förderung einsteigen.

Wir sehen durchaus die **Chancen**, die ein Ausbau von Lübeck-Blankensee beinhaltet. Wir sehen aber auch, dass beim Take-off-Konzept noch nachgearbeitet werden muss, damit die formellen Anforderungen an eine mögliche Förderung erfüllt werden können. Neben diesen formellen Anforderungen kommt es nach unserer Auffassung darauf an, die Menschen vor Ort mit einer langfristigen Perspektive sachgerecht zu informieren. Auch hierzu können die Forderungen, die die Landesregierung in ihrem Bericht aufstellt, beitragen.

Abschließend möchte ich noch einmal deutlich machen, dass sich das **Land** einer Förderung des Flughafens in Lübeck nicht verschließt, sondern durchaus bereit ist, auch eine **höhere Förderquote** anzuwenden. Liebe Kollegin Frau Poersch, das kann man auch auf Seite 6 des Berichts nachlesen. Dort steht es nämlich.

Voraussetzung ist, dass sich die Lübecker, sowohl die Bürgerinnen und Bürger im Entscheid als auch die Kommunalpolitik, für einen Flughafen entscheiden und man dann bereit ist, die Maßnahmen, die notwendig sind, vollständig durchzufinanzieren. Wenn das geschehen ist, dann bin ich mir auch sicher, dass eine entsprechende Förderung durch das Land erfolgt und diese Investitionen dann auch Erfolg haben werden.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Gibt es den Wunsch auf Ausschussüberweisung? - Das sehe ich nicht. Es ist kein Antrag gestellt. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/182

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/307

(Präsident Torsten Geerds)

Hier gibt es eine Verständigung, dass es heute keine Aussprache gibt, sondern dass wir diesen Antrag federführend an den Wirtschaftsausschuss sowie mitberatend an den Europaausschuss überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 17/249

Ich erteile der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann, das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle Ihnen heute den aktuellen Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses aus dem 4. Quartal 2009 vor. Der Bericht umfasst die Monate Oktober bis Dezember letzten Jahres und somit den Zeitraum, in dem der neugewählte Petitionsausschuss seine Tätigkeit aufgenommen hat. Alle Ausschussmitglieder befassen sich sehr intensiv - man merkt es, wir haben einmal zweieinhalb Stunden getagt - mit ihren Fällen, die allesamt von der Geschäftsstelle und somit von den Mitarbeiterinnen sehr gut aufbereitet worden sind.

Insgesamt hat der Ausschuss im letzten Quartal 80 neue Petitionen erhalten und 92 Petitionen abschließend beraten. Die meisten Petitionsverfahren betreffen diesmal die Bereiche Inneres und Justiz. Gut jeder vierte Fall konnte mit einem positiven Ergebnis für die Petentinnen und Petenten abgeschlossen werden.

Einer unserer **Petitionsschwerpunkte** ist nach wie vor die Erhebung von Rundfunkgebühren. Die Zahl der Eingaben in diesem Bereich ist deutlich angestiegen, seit viele Einkommensschwache nach Inkrafttreten des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages nicht mehr von der Gebührenpflicht befreit werden. Die derzeit geltenden Befreiungstatbestände sind ausschließlich an die Bewilligung von Sozialleistungen wie beispielsweise Arbeitslosengeld II geknüpft. Andere Einkommensschwache wie Geringverdiener oder Studenten, die kein BAFöG erhalten, müssen Gebühren bezahlen - auch wenn sie mit genauso wenig oder manchmal sogar

noch mit weniger Geld als Sozialleistungsempfängerinnen und Sozialleistungsempfänger auskommen müssen.

Diese Befreiungsregelungen sind den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern kaum vermittelbar und werden - oftmals zu Recht - als ungerecht empfunden. Der Ausschuss hat daher beschlossen, sich im Rahmen seines Selbstbefassungsrechtes intensiv mit dieser Thematik zu befassen. Uns ist klar, dass wir hier in Schleswig-Holstein keine Lösung im Alleingang finden können. Ich beabsichtige daher, als Ausschussvorsitzende länderübergreifend Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Petitionsausschüssen zu führen.

Weitere Schwerpunkte unserer Tätigkeit können Sie dem aktuellen Bericht entnehmen, in dem alle Beschlüsse des Petitionsausschusses - natürlich in anonymisierter Form - enthalten sind. Der Bericht ist im Übrigen jetzt auch neu auf unserer Homepage nachzulesen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Petitionsausschuss - der Tradition seines Vorgängers folgend - weiterhin Sprechstunden in verschiedenen Städten des Landes sowie in den Justizvollzugsanstalten anbieten wird. Den Auftakt machen wir am 15. März 2010 mit einer Sprechstunde in der JVA Neumünster, wo wir uns ein Bild von den Haft- und Arbeitsbedingungen der dort Inhaftierten machen möchten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Hauptsache, ihr kommt wieder nach Hause!)

- Wir kommen wieder nach Hause, Herr Arp. Kein Problem. Das hast du letztes Mal schon gesagt.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Wir werden den Gefangenen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizvollzugs Gelegenheit zu Gesprächen geben. Über die Ergebnisse werde ich intensiv, besonders mit Herrn Arp, sprechen.

Zum Ende will ich Ihnen noch über drei beispielhafte Petitionen berichten.

Der Ausschuss hat sich nachdrücklich für eine Verlegung der B 431 in Wedel ausgesprochen. Die stark befahrene Bundesstraße führt mitten durch die historische Wedeler Altstadt. Die Wedeler Bürgerinnen und Bürger fordern seit Jahrzehnten eine Verkehrsentslastung. Der Petition lag eine Liste mit sage und schreibe 993 Unterschriften bei.

Zudem hat der Ausschuss dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit der K 15

(Katja Rathje-Hoffmann)

im Ortseingangsbereich der Gemeinde Bollingstedt angemahnt, auf der die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h regelmäßig überschritten wird.

Zum Schluss: Für alle hier anwesenden VfB-Lübeck-Fans - ich weiß nicht, ob es so viele sind -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Ja!)

tut es mir sehr leid. Es gab eine Petition mit der Forderung nach der Finanzierung der Sanierung der maroden Haupttribüne des VfB. Das konnten wir leider nicht empfehlen. Denn die rechtlichen Voraussetzungen für die Vergabe öffentlicher Fördermittel lagen einfach nicht vor. Pech gehabt!

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist kein Ruhmesblatt!)

- Auch wir haben nichts zu vergeben. Wir prüfen das nur.

Damit komme ich zum Schluss und bitte Sie, die Erledigung der Petitionen aus dem 4. Quartal 2009 zu bestätigen.

(Beifall)

Präsident Torsten Geerds:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 17/249 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 38 auf:

Verbesserung der Standortbedingungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/271 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 48 A auf:

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 28. Januar 2010 über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. September 2009

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 17/295

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

(Zuruf: Er verweist auf die Vorlage!)

- Der Herr Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Für die Annahme der Drucksache 17/295 haben die Fraktionen von CDU und FDP gestimmt, dagegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden. Ich stelle das Ergebnis so fest.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte auf, für die ohne Aussprache eine Gesamtabstimmung vorgesehen ist:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 17/290

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nur noch wenige Minuten vor uns; dann haben wir die Tagung beendet.

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, für die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 37, Hochbegabtenförderung - der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen -, in einer Gesamtabstimmung beschließen. Voraussetzung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Ich stelle fest: Das ist nicht der Fall.

(Präsident Torsten Geerds)

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache.

Ich lasse jetzt abstimmen. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/290 mit Ausnahme von Tagesordnungspunkt 37 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Landtag diesen Empfehlungen gefolgt.

Damit sind wir am Ende unserer Tagung angelangt. Ich weise Sie darauf hin, dass die nächste Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags in der Zeit vom 17. bis 19. März stattfinden wird. Ich gehe von einer dreitägigen Tagung aus. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Tschüss.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:28 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
 13. Sitzung am 26. Februar 2010
Für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung
 Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Drucksache 17/259 (neu)
 (Seite 943 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	FDP	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	DIE LINKE	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
SPD		Ranka Prante	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	Ja	Björn Thoro	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	SSW	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Enthaltung
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Enthaltung
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Enthaltung
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Enthaltung
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Sandra Redmann	Ja	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	95
Bernd Schröder	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	43
Marion Sellier	Ja	Neinstimmen	48
		Enthaltungen	4